

Er scheint täglich außer Montags. Preis pro Nummer 2 Pf. ...

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die ...

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1708 ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 13. Juni 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bekämpfung der Schwiharbeit

II. Was gegen die gewerbliche Hausarbeit ...

im vorigen Artikel erwähnten Gesetz von 1891 getroffen werden, die Pflicht auferlegt wird, im März und September jeden Jahres dem Fabrikinspektor ihres Distrikts eine Liste der von ihnen beschäftigten Hausarbeiter zuzustellen, und alle Ausgeber von Arbeiten, die in das Gebiet der Bekleidungsindustrie fallen, ein für allemal als unter jenes Gesetz fallend erklärt werden (§ 42).

Billigkeit des Produkts, die in der Hausindustrie verkauft wird durch überlange Arbeitszeit, Hungerlöhne und Fäden in verpesteten, miserablen Böden; durch eine Existenz, die ihren Träger immer wieder auf das öffentliche Almosen verweist. In Leeds hat sich die Zahl der Kleiderfabriken von 1881 bis 1891 von 7 auf 54 vermehrt, in Leicester und Umgebung haben die Schuhfabriken den gedrückten, abgerackerten Hausarbeiter der Schuhindustrie in einen leblich begabten, widerstandsfähigen Fabrikarbeiter verwandelt, dessen Arbeitszeit geregelt ist. Dasselbe Bild zeigt die Hemdenfabrik der Schottischen Großhandels-Genossenschaft zu Glasgow, zeigen die großen Werkstätten in der Hauptstadt und andernwärts, wo die von Regierungsdirektoren vergebenen Arbeiten ausgeführt werden, und das zeigen auch ähnliche Unternehmungen auf dem Festlande.

Reue

Roman von Nicolaus Krauß. Die Frühjahrswässer der Eger standen noch auf den weiten Wiesen, als Lene sich nach Konradkreuth aufmachte. Sie kam von Leibitz herauf, wo sie die letzten Wochen bei ihrem Bruder zugebracht. Er hatte versprochen, ihr ihre Sachen am nächsten Tage nachzufahren.

Lene freute sich über die Auskunft. Wenn schon die Banern gut von dem Förster sprachen, konnte er kein Tyrann sein. Sie erwachte den Kleinsten der Bäuerin und küßte ihn ab, daß der pausbäckige Hosenmag gar nicht wußte, wie ihm geschah.

dem Hintergrunde ragten die finsternen Thürme der Stadt. Und wie die breiten Sonnenstreifen und die dunklen Schatten über die frischgrünen Saaten hüllten, so zog an Lene's Auge ihr vergangenes Leben vorbei. Der Jammer und das Elend in Leibitz, die liebeleeren, hungen Jahre in Mählesen, das Treiben im Wirtshaus zu Zettenberg. Der alte Pflauser mochte wohl nicht mehr leben. Wer auf dem Hofe jetzt saß? „Der Bürgermeister von Wien“ sicherlich nicht. Dann stand der sterbende Streicher-Hof vor ihr, und die unmenschliche Schinderei, die sie da leisten mußte. Und was hatte es dem Bauer genügt? Ein Schnapsbruder war er jetzt, in den Straßen Eggers stand er umher und bettelte seine alten Bekannten an, die ihm eine Kleinigkeit gaben, um ihn nur loszuwerden. Sie fühlte heute noch den Schrecken, der sie durchfuhr, als er auch sie einmal angesprochen.



# Sozialreform und politische Parteien.

Landgerichtsrath Kulemann, ein früheres Mitglied der nationalliberalen Reichstags-Fraktion, bepricht in der „Zukunft“ die Stellung der politischen Parteien zu den kleinen sozialpolitischen Reformen, die seitens der Regierung theils durchgeführt sind, wie die Bäckereiverordnung, theils geplant sein sollen, wie die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik betr. den Kutsch-Ladenschluss. Aus dem zweiten Theile seiner Ausführungen zitiren wir folgende für seine früheren Freunde und deren Verbündete recht bezeichnende Stellen:

Überblickt man diese Verhandlungen in ihrer Gesamtheit, so weiß man nicht, ob das Gefühl des Mergers oder der Beachtung am Plage ist. Ja, wenn diese Vertreter von „Bildung und Besitz“ wenigstens offen sagten: „Wir sind im Besitze der Macht und wollen sie gründlich für unser Interesse ausnützen; die Arbeiter sind dazu da, daß sie uns das Leben bequem machen, und wir werden sie dazu zwingen, so lange wir es können und den Staat leiten!“ Das wäre eine Gewalt- und Räuberpolitik, die sich auf Niebische und andere Kraftmenschen berufen könnte, doch sie wäre ethisch; man sagte offen, was man meint. Aber wer nicht den Muth hat, das zu thun, und sich hinter Proben verkrümelt, an die er selbst nicht glaubt, der hat kein Recht auf unsere Achtung.

Man befürchtet die Vernichtung des Kleingewerbes. Nun, ich bin oft genug öffentlich für dessen Interessen eingetreten, um gegen den Verdacht, es schädigen zu wollen, geschützt zu sein; aber das darf nicht zur Ungerechtigkeit verfahren, sonst treibt man eine haltlose Politik.

Betrachten wir zunächst den Ladenschluss. Ob er in der vorgeschlagenen Form zweckmäßig ist, ob insbesondere eine allgemeine Vorschrift für alle Arten von Ladengeschäften oder besser eine individualisierende Behandlung am Plage ist, das soll hier nicht untersucht werden; aber der Grundgedanke ist unzweifelhaft berechtigt. Weßhalb darf denn heute kein Zubehör sein Geschäft um acht Uhr schließen? Weßhalb muß er sich selbst oder wenigstens seinem Personal die nach zwölfstündiger Tagesarbeit wohl verdiente Ruhe entziehen, Gas und Kohlen verbrennen? Etwa deshalb, weil die zwölf Tagesstunden nicht ausreichen, um die Geschäftsarbeit zu erledigen und das Publikum zu befriedigen? Ach nein, wie viele Stunden des Tages ist fast nichts zu thun! Die Zeit von zwölf Stunden ist für den Bedarf völlig ausreichend. Aber mander, dem es am Tage nicht recht gepaßt hat, will nun noch am Abend einkaufen. Viele sind es ja freilich nicht und die jungen Leute beiderlei Geschlechts, die bis zehn oder elf Uhr im Laden sitzen müssen, werden sich da nicht todarbeiten, sondern häufig an Langeweile leiden. Aber sie müssen dableiben, denn wenn Herr Müller um acht Uhr sein Geschäft schließt, so würden diese Spätlinge seinem Konkurrenten Schutze zufallen. Aber wie würde es dann wohl kommen, wenn Herr Schulte und die übrigen Konkurrenten ebenfalls schloßen? Ja, — dann müßten sich die Spätlinge einfach früher einkaufen und im übrigen bliebe alles beim alten. Der gesammte Verkehr würde sich einfach konzentriren — von vierzehn und fünfzehn Stunden auf zwölf Stunden — und würde in dieser Zeit sehr gut erledigt werden, ohne irgend eine Schmälerung zu erleiden.

Also die Parteien! Ueber die wollte ich ja auch noch etwas sagen. Man darf sich kaum noch wundern, wenn die Sozialdemokraten sie als „eine reaktionäre Masse“ bezeichnen.

In den nicht katholischen Kreisen sind bisher nur erst schwache Ansätze sozialer Verständnisses zu bemerken. Freilich, in den Klassen der wirklichen Bildung ist der Durchbruch längst erfolgt; auf den Universitäten herrscht der Sozialismus unter Professoren und Studenten; und Herr von Stumm wird schon darauf verzichten müssen, sie alle todzuschießen, — dazu sind ihrer zu viele. Auch in den Kreisen der akademisch Gebildeten außerhalb der Universitäten ist es kaum anders und mit jedem Jahre bringt der jüngere Nachwuchs eine Verstärkung der sozialreformerischen Elemente, so daß Adolph Wagner nicht ganz mit Unrecht in Frankfurt sagen konnte: „Die Kreise der Gebildeten haben wir erobert, jetzt bleiben nur noch die Kreise der Besitzenden zu gewinnen.“ Aber im politischen Leben vertreten diese wirklich gebildeten Klassen keine große Macht, da ihnen die Fühlung mit den Volksmassen meistens fehlt, und deshalb hat der „christliche Sozialismus“ es im Reichstage bis jetzt nur zu zwei Vertretern gebracht.

Was die Freisinnigen an kräftiger Sozialreform hindert, hat die Konservativen nie belästigt; mancherliche Neigungen kommen ihnen erst jetzt, wenn sie die arbeiterfreundlichen Vorschläge der Regierung angreifen, weil sie mit dem Maximal-Arbeitsstage „in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreife“, die „Vertragsfreiheit beeinträchtigt“, die „Bäckerei unter Polizeiaufsicht stelle“, u. s. w. Früher, als man die Preise durch Zölle regeln wollte, Wanderscheine und Arbeitsbücher forderte, da wurde man durch solche Bedenken nicht geplagt; und auch jetzt, wenn man für den Befähigungs-nachweis eintritt, wenn man Margarinegehehe schafft und staatlichen Getreidehandel verlangt, versteht man ebenfalls, seine Schen vor Eingriffen in die Vertragsfreiheit und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu überwinden. Eine zeitlang fand wirklich die Sozialreform an den Konservativen warme Förderer und Stöder war durchaus in Uebereinstimmung mit seiner Partei. Aber damals richtete sich die Sozialpolitik ja auch nur gegen die Industrie, gegen die „Schlotbarone“ und die „Juden“. — Das konnte ein deutsch-agrarischer Herz ja nur mit innerer Freude begrüßen. Jetzt fängt man plötzlich an, auch von Rechten der ländlichen Arbeiter zu reden, man will das Prädikat der Gesunde-Ordnung beseitigen, ja man will — horribile dictu — den Landarbeitern ein Koalitionsrecht geben, damit sie Forderungen gegen ihre Herren geltend machen können, — nein, da hört denn doch die Gemüthlichkeit auf. Und nicht genug hiermit: man bestreitet auf dem evangelisch-sozialen Kongreß, einer Versammlung, die man bis dahin für ganz harmlos gehalten hatte, die Möglichkeit des Großgrundbesitzes in seinem bisherigen Umfange und selbst der „Verein für Sozialpolitik“ veranfaßt Landarbeitererhebungen und empfiehlt eine „innere Kolonisation“. Das könnte ja schließlich dahin führen, die Vorkerschaft des Großgrundbesitzes und des Adels im preussischen Staate in Frage zu stellen! Nein, meine Herren, das Feuer sieht sich ganz gut an, wenn es bei einem anderen brennt, aber wenn man selbst bedroht ist, dann — drei Schritte vom Leibe!

Solchen Wankelmuth, wie die Konservativen, haben die Mittelparteien niemals bewiesen; ihre Haltung ist stets einheitlich und konsequent gewesen. Freilich, zur Zeit der Arbeiter-versicherungs-Gesetze, da ergriß ein gewisser sozialer Zug den ganzen Reichstag und ihm konnten sich auch die Mittelparteien um so weniger völlig entziehen, als Bismarck sich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit dafür einlegte.

Freilich mag der staatspolitische Gesichtspunkt ihnen etwas ferner gelegen haben; an seine Stelle trat die Hoffnung, durch gewisse Opfer ein gutes Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu erlangen. Beide Gedankenreihen gipfelten aber in dem Moment des Dankes der Arbeiter für die ihnen erwiesenen Wohlthaten — und gerade dieses Moment versagte. Im Gegentheil: die Arbeiter tabelten an den geschaffenen Einrichtungen diesen Wohlthätigkeitscharakter und erklärten, vielmehr organische Reformen des Arbeitsverhältnisses zu verlangen, die den Arbeiter in die Lage bringen könnten, selbst für seine Bedürfnisse zu sorgen. Sie forderten deshalb vor allem eine freiere Stellung ihrer eigenen Organisationen und volle Neutralität der Staatsgewalt in den wirtschaftlichen Kämpfen. Als Zweck dieser Kämpfe bezeichneten sie neben Erhöhung der Löhne und Ermäßigung der Arbeitsdauer eine grundsätzliche Veränderung des beiderseitigen Verhältnisses, eine gewisse Theilnahme der Arbeiter an der Gestaltung ihrer Geschicke, kurz, ähnliche Veränderungen, wie sie auf politischem Gebiet früher der Liberalismus

von der Autokratie des Monarchen gordert und ihr abgezwungen hatte, so daß man dem Wesen des Gegensatzes sehr gut gerecht wird, wenn man als Streitgegenstand bezeichnet: die Einführung des konstitutionellen an Stelle des absoluten Systems der Arbeitsverfassung.

Das ist nun etwas, wogegen die heutigen Industriellen in ihrer großen Mehrheit sich mit der größten Entschiedenheit auflehnen; sie sehen darin nicht minder eine Herabsetzung ihrer sozialen Stellung, als es früher die Fürsten in gleicher Lage thaten. Sie wollen aber diesen Vergleich nicht gelten lassen und berufen sich darauf, daß es sich bei ihnen nicht um staatliche, sondern um private Verhältnisse handle und daß ein Eingriff in ihre Rechte einfach einen Raub bedeute. Wo es die Rechte der Fürsten auf absolute Regierung nicht eben so vertrieben gewesen wären! Und wenn man das Verhältnis des Arbeitgebers zu seinen Arbeitern für ein rein privates erklärt, so übersieht man, daß es sich darum handelt, ob die bisherigen Grundlagen der staatlichen Gemeinschaft, auf denen alles Privat-recht beruht, als gesund und gerecht anzuerkennen sind. Die Gestaltung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln, durch die man theoretisch den Inhaber der Arbeitskraft zum Sklaven des Besitzers der Arbeitsmittel macht, da er ohne diese nicht arbeiten und existiren kann, ist nur so lange erträglich, wie die theoretische Abhängigkeit praktisch einigermaßen gemildert wird. Hierfür zu sorgen und dem Arbeiter den erforderlichen Schutz zu verschaffen, ist aber die Aufgabe des Staates und bleibt es so lange, wie er die zu grunde liegende Einrichtung des Privateigentums unter seinen Schutz stellt.

Allerdings bedarf es bei allen diesen und ähnlichen Erwägungen einer Grundvoraussetzung, ohne die man den ganzen Gedankengang nicht anerkennen kann. Diese Voraussetzung ist die „gesetzliche Gleichberechtigung“, die der Reichstag unserer Kaiser von 4. Februar 1890 den Arbeitern gewahrt wissen will. Das war für viele ein hartes Wort, das härteste in dem ganzen Reichstag, und Herr Buech, der Generalsekretär des „Vereins mit dem langen Namen“, erklärte als Vertreter der rheinisch-westfälischen Großindustriellen auf dem Frankfurter Kongreß des „Vereins für Sozialpolitik“ kurz und bündig: „Wir werden mit den Arbeitern niemals auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln.“ Wir sind die Herren, und was wir für unsere Arbeiter thun, ist unser guter Wille! Ja, Herr Buech hat sich ein ganz unweifelhaftes Verdienst erworben, als er diesen Standpunkt so bestimmt und klar formulirte; aber man darf wohl auch die Frage aufwerfen, weshalb denn die nationalliberale Partei gerade diesen einseitigsten Vertreter des Klassenhochmuths und der rückständigsten sozialen Beschränktheit zu ihrem Organe machte. Und wenn neben ihm Herr v. Gynern zu Worte kam, dessen Standpunkt kein minder aristokratischer ist, so beweist das in der That, daß die sozialreformerischen Elemente in der Partei, wie sie — abgesehen von dem leider jetzt ausgegliederten Döschelhauser — Siegle, Freiherr von Seyl-Herrnsheim, Hammacher u. a. darstellten, nicht im Stande sind, jener Strömung mit Erfolg entgegenzuwirken. Es war ja noch einmal ein Schritt, als Herr von Gynern im Namen der Fraktion die unerhörten Zustände in der Konfektion öffentlich an den Pranger stellte und einen einstimmigen Beschluß des Reichstages herbeiführte, dessen Gewicht sich dann schließlich selbst die hartgesottene Großkonfektionäre beugten. Die nationalliberale Partei als Führerin zu einer ernsthaften Sozialreform, — ja, das wäre im Stande, ihr frische Kräfte, neues Blut und junge, warme Begeisterung zuzuführen und die Aussicht auf Wiedergewinnung ihrer früheren Stellung zu eröffnen. Aber die Freude hat nicht lange gedauert, — und so müssen die Männer, die die Hoffnung auf eine solche schönere Zukunft einzuweilen nicht völlig aufgeben mögen, sich noch länger mit Geduld wappnen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Juni.

Im Reichstage wurde heute die dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle endlich zu Ende gebracht. Die Schlussabstimmung konnte freilich nicht erfolgen, da von Seiten Bebels Einspruch erhoben wurde. Daß die Novelle angenommen wird, unterliegt keinem Zweifel, und ist der „Mittelstand“ dann wieder einmal gerettet.

Von den zahlreichen Abänderungsanträgen, welche von der Opposition eingebracht waren, wurde nur der von Siegle und Genossen im Interesse der Bardowicker und Grönninger Samenbändler gestellte Antrag, Gemüse- und Blumenamen weiterhin für den Hausverkauf frei zu lassen, angenommen. Dagegen wurden die Anträge unserer Genossen Birt und Reiffhaus, das Verbot des Verkaufs von Schmuckfäden und Bijouterien fallen zu lassen, abgelehnt. Dasselbe Schicksal ereilte den Antrag, Briefen und optische Instrumente zu steuern.

Es feierte überhaupt die gewerbliche Reaktion Sieg auf Sieg und der alte Adermann in Dresden wird seine Freunde haben, wenn er liest, wie seine Lehren gläubige Nachfolger gefunden haben.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde der Handelsvertrag mit Japan ohne Debatte erledigt.

Morgen ist Schwerinstag und steht der Antrag auf Einführung des Reichspressgesetzes in den Reichslanden auf der Tagesordnung.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag eine Reihe kleinerer Vorlagen und wandte sich hierauf zu der Beratung des Antrages Brömel (fr. Bg.), welcher die Regierung auffordert, schleunige Abhilfe für die Uebelstände zu schaffen, welche auf der Berliner Stadt- und Ringbahn infolge häufiger Uebersättigung der Wagenabtheile seit Jahren bestehen und neuerdings durch den Verkehr nach und von der Gewerbe-Anstellung noch gesteigert worden sind. Der Antrag tabelte den Mangel an Aufsichtsbearbeitern und die geringe Wagenzahl. Die Schuld für die Uebelstände schob er zum großen Theil der Berliner Stadtverwaltung zu, die das Verkehrsnetz nicht genügend unter Berücksichtigung des elektrischen Betriebs ausgebaut habe. Auch Frhr. v. Erffa (kons.) erhob gegen die Stadtverwaltung den Vorwurf, daß sie die Lange'sche Schwebebahn abgelehnt habe. Der Stadtverordneten-Vorsitzer Abg. Dr. Langerhans (fr. Bg.) verwarfte Berlin gegen diese Vorwürfe und hob hervor, daß die Stadtverwaltung sich der fortschreitenden Technik gegenüber abwartend verhalte. In Vertretung des Eisenbahnministers stellte Ministerialdirektor Fied Reformen in Aussicht, und Geh. Rath Schröder versprach, die Einrichtung des Zweiminuten-Verkehrs auf der Stadtbahn zu erwägen. Der Antrag, für den sich sämtliche Redner des Hauses aussprachen, wurde schließlich einstimmig angenommen, womit natürlich noch nicht gesagt ist, daß die Uebelstände in absehbarer Zeit beseitigt werden. Am Sonnabend steht die Interpellation Knebel — v. Gynern betr. Entziehung von Staatszuschüssen für dieländwirthschaftlichen Vereine, sowie der Währungsantrag Krndt auf der Tagesordnung.

Das Reichs-Vereins-Nothgesetz ist jetzt im Reichstag eingebracht. Dasselbe enthält nur einen Artikel, in dem ausgesprochen wird, daß den Vereinen das Inverbindung-treten gestattet ist und alle entgegenstehenden Landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben sind. Der Antrag ist von Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der Frei- und Deutschkonservativen unterzeichnet.

Wo fängt der christliche Sozialismus an, Aufium zu sein? Der „Reichsbote“ theilt hoch erfreut mit:

„Der Präsident des Co. Oberkirchenraths hat in einem Schreiben an den Oberpfarrer Dr. Lorenz, den früheren Vorsitzenden des Mitteldeutschen Verbands Ev. Arbeitervereine, erklärt, daß der Erlaß des Oberkirchenraths vom 6. Dezember 1895 sich durchaus nicht auf die segensreiche Wirksamkeit der Geistlichen in den Ev. Arbeitervereinen beziehe. Hinsichtlich der Ev. Arbeitervereine gelte noch immer der Erlaß vom Jahre 1890, wonach ein evangelischer Geistlicher solchen Bestrebungen nicht kalt und gleichgültig gegenüber stehen dürfe.“

Diejenige politische Betätigung der Arbeiter der evangelischen Geistlichkeit, die darauf abzielt, die Arbeiter im Ordnungssperrch zu halten und sie gegen Obrigkeit und Unternehmer gefügig zu machen, erfreut sich also noch immer hoher oberkirchenrätlicher Gunst. Aber die Arbeiter für den Klassenkampf schulen, das dürfen die Geistlichen nicht, dieweil sie das garnichts angeht. Ist auch ganz unnötig; das besorgen die Arbeiter schon unter sich.

## Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Eine Auflage wegen Majestätsbeleidigung ist gegen eine Prostituirte eines Hamburger Bordells erhoben, und zwar auf Grund einer Anzeige einer anderen Dirne desselben Bordells. — Die Monarchisten sollten doch nun schleunigst die Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen betreiben.

In München kam der bereits erwähnte Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den Redakteur der demokratischen „Münchener Freien Presse“ wegen eines am 24. April erschienenen Artikels zur Verhandlung. Es war darin unter Bezug auf eine vom Reichstags-Abgeordneten v. Buchla im Reichstage gehaltene Rede über die Gründung des Wilhelmsordens die Bezeichnung des Kaisers Wilhelm I. als „Wilhelm der Große“ mit Ausdrücken kritisiert, in welchen die Anklage einer Beleidigung des Kaisers Wilhelm II. erblickt. Redakteur Rost bekennt sich als Verfasser des betreffenden Artikels. Er behauptet jedoch, daß es ihm bei Abfassung des Artikels fern gelegen habe, den regierenden Kaiser zu beleidigen, der Artikel habe lediglich eine Kritik der Rede eines Volksvertreters im Parlamente enthalten. Er habe allerdings gewußt, daß die Bezeichnung „Wilhelm der Große“ vom jetzigen Kaiser herrühre. Der Staatsanwalt hielt die Anklage anrecht und führte in längerer Rede aus, daß aus dem Wortlaute und der Zusammenfassung des Artikels deutlich herorgehe, daß es hier dem Verfasser des Artikels um etwas anderes zu thun war, als eine Parlamentrede zu kritisieren. Der Verteidiger des Angeklagten führte aus, daß man nur bei vorgerückter Meinung in dem unter Anklage gestellten Artikel, der thatsächlich nur eine Kritik der Rede des Abgeordneten v. Buchla bilde, eine Kaiserbeleidigung herausfinden könne. Da die Geschworenen die Schuldfrage verneinten, wurde Redakteur Rost freigesprochen.

## Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner am 11. d. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1898/97, dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Revision des Rendanten der Bureauverhältnisse beim Reichs-Versicherungsausschuss, sowie den Ausschussanträgen zum Entwurf einer Anweisung zur chemischen Untersuchung des Weines, über den Antrag Württemberg, betreffend Aenderung des Statuts der Württembergischen Notendank, zum Entwurf von Bestimmungen betreffend die Kontingentierung der Zuderfabriken für das Betriebsjahr 1898/97, ferner: betreffend die Aenderung des Zoll- und Salzsteuer-verwaltungskosten-Etats für das Königreich Bayern und betreffend die Erledigung der Kontrolle der Tabak-Verdunstungscheine die Zustimmung erteilt. Die Resolution des Reichstages, Maßnahmen gegen die Verfälschung des Trinkbranntweines betreffend, wurde dem Reichskanzler überwiesen. Außerdem wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

Das Verneinmonopol. Die „Krenz-Zeitung“ theilt mit, die durch den Prozeß Westphahl angeregte Frage des Verneinmonopols der Firma Stantion u. Beder werde seitens der konservativen Fraktion nicht in Form einer Interpellation, sondern gelegentlich der Besprechung der bekannten Denkschrift des Landwirtschafts-Ministers zur Sprache gebracht werden.

Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Die Interessenten rühren sich schon, es auszunutzen; so hat der Detailisten-Verein für den Bezirk Münster am 9. Juni in seiner Generalversammlung eine aus 15 Mitgliedern bestehende ständige Kommission eingesetzt, die in Verbindung mit einem in Münster i. W. ansässigen Rechtsanwalte zur Ueberwachung des unlauteren Wettbewerbs bestimmt ist. Ihr Augenmerk wird in erster Linie auf jeglichen in Zeitungen, Inseraten u. s. w. irgendwie sich kundgebenden unlauteren Wettbewerb gerichtet sein.

Inkonsequentes vom Herzog von Lauenburg. Der nur in der Nögelei gegen seine Nachfolger konsequent ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ will von durchaus kompetenter und zuverlässiger Seite erfahren haben, daß Fürst Bismarck vor einigen Tagen erklärt habe, er würde es auf das lebhafteste bedauern, wenn der Reichstag einem durchaus unberechtigten Drucke nachgäbe, der dahin geht, den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs noch in der gegenwärtigen Session durchzudrücken. — Ein solches Verfahren erinnere an das Durchgehen des österreichischen Handelsvertrages im Jahre 1891. — Eine Vorlage von der Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuchs müsse in ihren Einzelbestimmungen zunächst zur Kenntniss aller davon betroffenen Kreise gelangen. — Dann erst könne das Plenum des Reichstages — nicht eine kleine Gruppe des Reichstages im Hochsommer — in eine Beratung eintreten.

Bei seinen Sozialistengesetzen war Bismarck nicht der gleichen Meinung.

Wieder ein Staatsanwalt Gerichtspräsident geworden. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht in Magdeburg, Raigier, ist, wie die „Märkische Zeitung“ hört, zum Präsidenten des Landgerichts in Neu-Muppin ernannt worden an Stelle des verstorbenen Präsidenten Geh. Ober-Justizraths Bergmann.

Der Raigier hat durch seinen großen Eifer und seine Schneidigkeit in den bekannten Magdeburger Sozialistenprozessen die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt.

Begnadigung. Der Pulver-Fabrikant Wilhelm Winkhaus aus Hagen, der von der Oberfelder Straf-kammer seinerzeit wegen fabriklässiger Tödtung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, ist jetzt zu vier Monaten Festungshaft begnadigt worden. Winkhaus hatte, um die Transportkosten von Pulver zu ersparen, mehrere Fässer mit Pulver auf einem gewöhnlichen Wotensfuhrwerk neben anderen Sachen nach Oberfeld schaffen lassen. Am 31. Mai 1895 explodirte in den Straßen Oberfelds das Pulver; dabei wurde der Fuhrmann getödtet, mehrere Personen wurden verlegt.

Im Wahlkreise Löwenberg sind Zwistigkeiten innerhalb der Zentrumsparthei ausgebrochen. Für die auf den 4. Juli angelegte Reichstags-Erstausswahl hatte am Dienstag in Liebenthal die offizielle Vertretung der Zentrumsparthei des Wahlkreises in einer Besprechung von Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern Stellung genommen. Es ging in dieser Besprechung heiß her, und man hat endlich unter lebhaftem Widerspruch aus der Versammlung beschlossen, für den konservativen Kandidaten Grafen Rostig zu stimmen. Ein Theil der Erschienenen, die vom Standpunkte der Zentrumsparthei aus, ein solches Kartell mit Nationalliberalen



und Konfessionen nicht billigen, hat sich die Meinung des Namens bei dem Wahlausschuss für den Grafen Noth verbieten und will, nach Angabe des freisinnigen „Voten aus dem Reichsgebirge“, für den freisinnigen Direktor Kopsch eintreten. Zwei Geistliche, die Pfarren Pöbel in Gersdorf und Weinhöfen in Liebenthal, haben ihren Austritt aus dem Wahlkomitee der Zentrumspartei erklärt, da dasselbe den katholischen Wählern wieder wie 1893 die konservativen Kandidaten ohne jede Garantie für die Wahl vor schlägt.

Die Bildung einer polnischen Volkspartei wird nach der „Post“ in den Kreisen der polnischen Demokraten vorbereitet. Seit etwa zwei Jahren habe diese Bewegung eine lebhaftere Unternehmung in einer zu diesem Zweck gegründeten Wochenchrift, dem in Posen erscheinenden „Przeglad polnanski“, gefunden. Vor kurzem hat dieses Blatt die Vereinigung aller polnischen Demokraten zu einer Partei mit einem gemeinsamen Vorstand und einem einheitlichen Programm angeregt. Zu diesem Zwecke solle die nächste Sitzung der Aktionäre des „Przeglad“ aus ihrer Mitte ein organisierendes Komitee bilden.

Man hat es hier offenbar mit einer Reaktion des polnischen Bürgerthums gegen die hiesige Liebedienerei der bisher das Polen thum in unseren östlichen Provinzen leitenden Adelpartei zu thun.

Leipzig. Um zu verhindern, daß die Beschlüsse der städtischen Kollegien durch persönliche Interessen beeinflusst werden, hat die Stadtverordnete Professor Dr. Wücher und Genossen einen Antrag eingebracht, nach dem kein Mitglied des Stadtraths oder des Stadtverordneten-Kollegiums einer mit der Stadt im Verträge- oder Konzeptionsverhältnis stehenden Erwerbsgesellschaft als Aufsicht- oder Verwaltungsraths-Mitglied angehören darf, als Aktionäre solcher Gesellschaften sich der Berathung und Abstimmung enthalten und ohne ausdrückliche Genehmigung beider Kollegien als Gewerbetreibender keine Lieferungen und Arbeiten für die Stadt übernehmen oder bei Submissionen auf solche den Zuschlag erhalten soll. Vom Stadtverordneten-Kollegium wurde dieser Antrag jedoch mit 29 gegen 16 Stimmen (darunter acht sozialdemokratische Stimmen) abgelehnt und folgender Antrag angenommen, den Rath zu ersuchen, in den Bekanntmachungen, das Vergeben der Arbeiten und Lieferungen betreffend, diejenigen namhaft zu machen, die die betreffende Arbeit oder Lieferung erhalten haben, und spätestens bis zum 1. Februar jedes Jahres dem Stadtverordneten-Kollegium ein Verzeichnis derjenigen Arbeiten und Lieferungen vorzulegen, welche durch Submission oder auf andere Weise im verfloffenen Jahre an Mitglieder des Rathes und der Stadtverordneten vergeben worden sind, unter Namhaftmachung der letzteren und Angabe der vereinbarten bzw. gezahlten Beträge.

Eine christlich-soziale Thätigkeit eigener Art scheint die Geistlichkeit in Dessau zu entfalten. Aus dem Hamburger Gastwirthshaus verbreitete sich nämlich der Gastwirth Lindenberg-Dessau über die Verhältnisse im Herzogthum Anhalt. Dort legten die Geistlichen den Gastwirth alle möglichen Hindernisse in den Weg, auch sei von Anhalt aus ganz besonders die Petition der Berliner Synode begrüßt worden. Dabei habe die Geistlichkeit in Dessau in einer Kirche einen eigenen Vier-Klassen-Saal errichtet. (Weiterkeit. Auf: Bierliche!) Man habe es sogar erreicht, daß dieser Kirchenauschuss bis 12 Uhr nachts Konfession erhielt, während die Dessauer Gastwirth nur bis 10 Uhr offen halten dürfen. (Hört! hört!) Die Bedienung in der Kirche werde von Kellnerinnen ausgeübt. (Stürmische Weiterkeit.) Unter solchen Umständen erscheine doch die sittliche Entfaltung der Dessauer Geistlichkeit in einem recht zweifelhaften Licht. — Die „Germania“ bemerkt zu diesem Bericht: Wir halten das Erzählte für ungläublich, immerhin wird die Dessauer protestantische Geistlichkeit nicht umhin können, klarzustellen, was an der Sache ist.

Weshalb ungläublich? Wir möchten das katholische Blatt daran erinnern, daß die Klosterbrüder sich eines verdienten Rufes erfreuen und daß zwei der edelsten Schätze der Welt, Charakters und Benediktiner in Mähren beschützt werden. Zu dieser „sozialen“ Wirkfamkeit nehmen es also die Geistlichen beider christlichen Konfessionen mit einander auf.

Zum Kapitel Gewerbe-Inspektion bringt die Thüringer Tribüne eine recht charakteristische Mittheilung über das Verhalten des großherzoglich sachsen-weimarschen Gewerbe-Inspektors, Major a. D. v. Noth. Unser Genosse, der Landtags-Abgeordnete Vaudert, hatte mehrfach Beschwerde über Mängel und Mißstände bei der Inspektion geführt. Wer nun glaube, daß diese Monita irgend eine Wirkung haben werde, dürfte jetzt eines anderen belehrt sein. Wie die Tribüne berichtet, haben in letzter Zeit wieder mehrfach Inspektionen von Fabriken in Apolda stattgefunden. Den Arbeitern war aber wiederum keine Gelegenheit gegeben, über vorhandene Mißstände in Fabriken u. den Herrn Inspektor außerhalb der Fabriktürme zu sprechen. Ein besonderes Interesse schien dagegen den Herrn zu recht eigentümlichen Fragen Anlaß zu bieten: „Ob die Arbeiter einem Verband angehören?“ oder „Ob sich in der Fabrik auch solche Aufwiegler, solche Nothe befanden?“ — Ist es ein Wunder, wenn die Arbeiter zu solchen Inspektoren kein Vertrauen gewinnen können?

Das Zeugniß wangsverfahren in Sachen wider unbekannt gegen die Mitglieder der Redaktion der Thüringer Tribüne ist am 11. Juni wieder angenommen worden. Die Genossen Dietel und Sigler wurden vor dem Untersuchungsrichter vernommen, um sämtliche Mitarbeiter der Tribüne namhaft zu machen.

Hamburg, 11. Juni. (Eig. Ber.) Wegen des Hamburger „Echo“, den Hamburgischen Korrespondenten“ und die Hamburger Nachrichten“ ist auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Hamburg ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Vergehens gegen § 17 des Gesetzes über die Presse. Die genannten Zeitungen sollen dadurch gegen den genannten Paragraphen gesündigt haben, daß sie Ende März d. J. gelegentlich des Michelsonschen Millionen-Erbstiftungsschwindel-Prozesses vor Beendigung der Hauptverhandlung die Anklageschrift, respektive einen Theil derselben veröffentlicht haben sollen. Man sieht, das letzte Reichsgerichtsurtheil auf diesem Gebiete trägt keine Früchte. Lustig ist es übrigens, daß das Hamburger Senatorenblatt, der „Korrespondent“, und vor allem, daß die in jüngster Zeit erst wieder für ein verschärftes Vorgehen gegen die Presse schwärmenden „Hamburger Nachrichten“ mitangeklagt werden sollen.

In Hamburg wird gegenwärtig der 23. Deutsche Gastwirths-Tag abgehalten. Gleichzeitig feiert der Verein Hamburger Gastwirths von 1871 sein 25-jähriges Stiftungsfest, zu welchem er wohl die fremden Gastwirths, nicht aber die Mitglieder anderer Hamburger Wirthvereine eingeladen hat, und zwar letztere deshalb nicht, weil sie dem genannten, feiernden Verein, der sich fast nur aus sehr wohlhabenden Wirths zusammensetzt, nicht reaktionär genug sind. Die beiden so von der Jubelfeier ausgeschlossenen Vereine beriefen nun eine öffentliche Wirtherversammlung ein, in der sie ihre Differenzen mit dem 1871er Verein klar legen wollten. Nach der Versammlung wollte man im Festzuge mit Musik nach einem großen Konzertlokale gehen, um sich dort an Konzert und Ball zu ergötzen. So dachten die Mitglieder der beiden nichtreaktionären Wirthvereine Hamburgs, anders dachte jedoch die Polizei über den Ball. Sie verbot einfach Festzug und Ball, weil sie darin eine Demonstration gegen den Deutschen Gastwirthsverband sah und eine solche partout verbieten wollte. Der stellvertretende Chef der Polizei erklärte, daß er den Festzug gestatten werde, wenn man dazu die Einwilligung des Präsidenten des Deutschen Gastwirthsverbandes einhole. Das that man nicht, und der Festzug mußte unterbleiben, während der Ball nachträglich gestattet wurde.

München, 12. Juni. Die Kammer der Abgeordneten nahm mit allen gegen vier sozialdemokratische Stimmen das Finanzgesetz an. Die Petitionen um Zulassung der Feuerbestattung wurden von den Liberalen und Sozialdemokraten befürwortet, seitens des Zentrums bekämpft. Nachdem der Minister des Innern, Hr. v. Jellisch, betont hatte, daß gegenwärtig kein Bedürfnis zur Einführung der Feuerbestattung bestehe, wurde die Berücksichtigung der Petitionen abgelehnt. Die Schlußsitzung findet nachmittags 3 1/2 Uhr statt.

Die Kammer der Reichsräthe nahm einstimmig das Finanzgesetz an. Hierauf verlas der Minister Hr. v. Jellisch die Botschaft des Prinz-Regenten, durch welche der Landtag bis auf weiteres vertagt wird.

Mürnberg, 11. Juni. (Eigener Bericht.) Der „Vorwärts“ berichtete in Nr. 131 über ein ganz neues Preisvergehen, welches die „Vossische Zeitung“ Nürnbergern entnommen haben will. Danach sollte das durch die Presse begangene Vergehen eines Kohlenhändlers gegen das Gesetz zum Schutze der Waarenbezeichnungen auch auf den verantwortlichen Redakteur übertragen worden sein. In hiesigen journalistischen Kreisen ist von einer solchen irrtümlichen Anwendung des zitierten Gesetzes gegen einen Redakteur nichts bekannt; wohl aber ist der Kohlenhändler Waldemar Pescha wegen Vergehen wider § 16 des Gesetzes vom 12. Mai, betr. den Schutz der Waarenbezeichnungen, verurtheilt durch die Presse, vor das Schwurgericht verwiesen worden. Die Verhandlung findet am 30. Juni statt. Da in hiesigen Blättern die von der „Vossischen Zeitung“ angeordnete Behauptung in bezug auf die Uebersetzung der Verantwortlichkeit auf den Redakteur nicht enthalten war, so scheint eine irrtümliche Auffassung genannten Blattes vorzuliegen.

Mertissen, 12. Juni. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der vorgestrigen Erziehung im Reichstags-Wahlkreise Mertissen dürfte Freiherr v. Hertling (3.) mit einer Mehrheit von etwa 2500 Stimmen gewählt sein. Mit Hertling erfährt der reaktionäre Flügel des Zentrums eine wesentliche Verhärtung. So wurde seinerzeit in München im Zentrumskreis erzählt, daß v. Hertling bei den Wahlen von 1884 sich für eine sympathische Stellung zum Sozialistengesetz seitens des Zentrums aussprach. Die damaligen Führer des bayerischen Zentrums lehnten aber eine solche Zumuthung entschieden ab.

Reichstags-Wahlkreis Landau (Pfalz 2). Vom Abg. Bärlein hieß es in diesen Tagen, daß er sein Mandat zum Reichstage wegen Kränklichkeit niederlegen beabsichtige. In pfälzischen Blättern wird diese Meldung demittirt.

Karlsruhe, 12. Juni. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde der Antrag Wacker und Genossen auf Aenderung der Verfassung zurückgezogen. Im Verlaufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, die Regierung sei im allgemeinen nicht gegen die Einführung des direkten Wahlsystems, sie bestrebe nur die Abwehrung gegen den unberechtigten Einfluß der großen Masse. Eine derartige Aenderung erblicke die Regierung schon darin, wenn neben einem Theil aus direkter Wahl hervorgegangener Abgeordneter ein anderer Theil indirekt gewählt würde.

Oesterreich. Prag, 12. Juni. Die Bezirkshauptmannschaft Tephly untersagte die Feier des für den 13. und 14. Juni in Tephly geplanten deutschen Turnfestes wegen des demonstrativen Charakters desselben. Die Statthalterei Prag verbot die Feier des für die gleichen Tage bereits bewilligt gewesenen Solofestes in Tephly, da aus dem Ruf der „Narodny List“, in welchem dazu aufgerufen wird, die sich zum Solofest in Tephly versammelnden in der Vertheidigung befindlichen Czechen sollten Stärke, Muth und Vertrauen mitbringen, erhelle, daß das ursprünglich als rein turnerisches angemeldete und als solches bewilligte Solofest den eingetragenen Zweck verfolge, eine möglichst glänzende Rundgebung des czechischen Nationalbewußtseins zu erzielen, so daß insbesondere angesichts des zu erwartenden starken Zuganges der Deutschen die Ruhe, Ordnung und das öffentliche Wohl gefährdet erscheinen.

Ungarn. Budapest, 12. Juni. Im Abgeordnetenhaus brachte heute der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein betreffend die Aenderung des Zucker-Steuer-Gesetzes. Nach diesem Entwurf soll die Verbrauchsabgabe für Zucker von 11 auf 13 Gulden und die Ausfuhrprämie von 5 auf 9 Millionen Gulden erhöht werden; die Ausfuhrprämie soll am 1. August 1898 in Kraft treten und bis zum 31. Juli 1897 in Kraft bleiben.

Schweiz. Zürich, 10. Juni. (Eig. Bericht.) Bei der am letzten Sonntag in Ranton Baselland vorgenommenen Neuwahl des Landrathes (Landtages) gewann unsere Partei zu den bisherigen drei Sitzen zwei neue hinzu, so daß sie nun durch fünf Abgeordnete vertreten ist. Es sind dies: Schwind, Rubin, Schaublin und Gaf, bisherige; Sellen-Jänsschilling und Seiler-Haas, neue. Letzterer ist in Pratteln, Gaf in Biesfelden und die anderen drei sind in Winingen gewählt.

Warschau. Bei den jüngsten Landrathswahlen ist zum ersten Male auch ein Sozialdemokrat gewählt worden in der Person des vom Gröllverein Schwanden portirten Apothekers Pesty.

Frankreich. Paris, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die sozialistischen Abg. Chauvin und Lavy interpellirten gestern den Kriegsminister über die Lohnherabsetzungen in verschiedenen Pulver- und Waffenfabriken beziehungsweise über die Massenentlassung von Arbeitern in der Waffenfabrik von Chateaufort. Das Kabinett belam dabei einige bittere Wahrheiten zu hören. „Wenn Sie auf politischem Gebiete eine Kampfregerung sind“, bemerkte Chauvin, an die Minister gewendet, „so sind Sie auf sozialem Gebiete eine Auswanderungs-Regierung.“ Der sozialdemokratische Redner verglich die schönen Versprechungen der ministeriellen Declaration in bezug auf Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse mit den häßlichen, arbeitserheblichen Thaten. Lavy tabelte seinerseits die brutale Entlassung von 5500 Arbeitern der Waffenfabrik von Chateaufort. Nicht genug damit, ist für die nächsten Monate die Entlassung von weiteren 650 Arbeitern beschlossen worden, darunter mindestens hundert, die 10 bis 15 Arbeitsjahre hinter sich haben. Der Kriegsminister schützte zur Rechtfertigung die Verminderung der betreffenden Kredite vor, als ob es nicht die Pflicht des Staates wäre, so oder anders seine Lohnarbeiter nicht von heute auf morgen dem Hunger preiszugeben. Ferner bestritt er nur die von Chauvin angeführte Höhe der Lohnherabsetzungen, ohne dieselben irgendwie rechtfertigen zu können. Trotzdem konnten es die großbürgerlichen Parteien, die ja alle von Arbeiterfreundlichkeit überfließen, nicht über sich bringen, Chauvin's Antrag gemäß den Minister aufzufordern, die Lohnherabsetzungen wieder rückgängig zu machen. Mit 378 gegen 176 Stimmen gingen sie über die Entlassungen der Arbeiter „zur Tagesordnung“ über. Sie beugten sich mit der Versprechung des Ministers, einen Gesetzentwurf betr. Schaffung von mageren Alterspensionen für die Staatsarbeiter der Kriegswerkstätten einzubringen. Die Pensionisten sollten gespart werden zur Hälfte durch Beiträge der Arbeiter (4 pCt. des Lohnes), zur Hälfte durch Staatsbeiträge.

Paris, 11. Juni. Eine Depesche des Gouverneurs von Dahomeh meldet, daß die zur Aufsuchung der Leiche des Forschungsreisenden Forget unter Führung Fonsagrives ausgesandte Expedition durch die Varibas in Jagdstation angegriffen wurde. Fonsagrives wurde vermundet, sieben seiner Soldaten wurden getödtet. Er konnte seinen Marsch jedoch fortsetzen. Man ist ohne

Nachricht von einem Theil seiner Begleitung, welcher sich von ihm während des Marsches trennte.

Belgien. Brüssel, 9. Juni. (Eig. Ber.) Am 5. Juli finden hier die Ergänzungswahlen zum Parlament statt. Die meisten austretenden Mitglieder gehören der liberalen Partei an. Es müssen im ganzen 72 Abgeordnete gewählt werden. Von den 72 austretenden sind 64 Katholiken und 7 Independents — was eigentlich dasselbe ist. Werden die Liberalen nicht wiedergewählt, so ist auch ihre Majorität im Parlamente umgekehrt. Weinaus schlaggebend sind in dieser Beziehung die städtischen Wahlkreise. Brüssel-Stadt hat 18 Abgeordnete, Antwerpen 10 zu wählen. Die hiesige sozialistische Partei hat mit den Radikalen-Progressisten eine gemeinsame Liste aufgestellt, nachdem die letzteren erklärt hatten, daß sie das Minimal-Programm der Arbeiterpartei anerkennen und sich verpflichten, dasselbe im Parlament zu vertheidigen. Nach den Auslassungen der bürgerlichen Presse ist zu erwarten, daß die Katholiken, Doktrinärs, Christlich-Sozialen und Independents eine Koalition schließen werden, um ihrerseits ebenfalls eine gemeinsame Liste aufzustellen. Die verschiedenen Parteien haben schon jetzt ihre Agitation angefangen. Besonders thätig ist, wie immer, die Arbeiterpartei. In jedem kleinen Orte finden täglich Versammlungen statt, in den Städten sogar täglich mehrere. Interessant sind die Versammlungen der liberalen Liga in Brüssel. Den liberalen Größen sind alle Mittel gut im Kampfe gegen den Sozialismus. Dieser soll jetzt der einzige Feind der Freiheit sein, — der zwar im Parlament ein paar Plätze erobert hat, aber nur durch das „Blinde, unwissende, gleiche (?) und direkte Wahlrecht.“ (Wie bekannt besteht die Gleichheit des Wahlrechts darin, daß der Reiche drei und der Arme des eine Stimme hat.) „Es sei unrecht, dem Gebildeten und dem Ungebildeten dasselbe Stimmrecht zu geben.“ „Es müssen Gesetze geschaffen werden, damit die Produktiv-Genossenschaften verschwinden, — dadurch wird den kleinen Kaufleuten geholfen. Fabrikgesetze sollen natürlich gar keine gemacht werden, damit die „Freiheit der Arbeit“ nicht geschädigt wird u. s. w. u. s. w. Die man sieht, ziemlich dieselbe „liberale“ Weisheit wie in Deutschland.

Daß übrigens die Herren ein schlechtes Gewissen haben und viel für den Ausfall der Wahlen fürchten, sieht man an der beginnenden Wahlmache. Hier rettet ein Bürgermeister den Staat, indem er verbietet, die rothe Fahne zu tragen, dort werden die Kommunalbeamten entlassen, die im Verdacht stehen, nicht einmal sozialistisch, sondern nur progressiv zu denken.

Auch in der Presse haben Liberale und Merkale ihren alten Streit vergessen und betreiben die Sozialistenbitterei im großen, und im Parlament wenden die Vorkämpfer für Sitte, Religion und Ordnung manchmal recht eigenartige Mittel an. Während der vorigen Wahlen nämlich haben die Liberalen in einem Wahlkreise ein Manifest und eine Zeitung veröffentlicht mit dem Titel „Sozialistische Arbeiterpartei“, und die Zeitung außerdem noch mit dem Namen „Peuple“, Organ der sozialistischen Partei Belgiens, worin den Genossen empfohlen wurde, für die Merkale zu stimmen. Der Leser kann sich gut vorstellen, was das Ganze für ein Blech war. — Auf dieses „gedruckte Dokument“ gefährt, fängt gestern der christlich-soziale Abgeordnete Hoois zu beweisen an, was für verriete Ideen die Sozialisten haben. — „Das Dokument ist in Ihrer Schmiede gemacht worden“, ruft ein sozialistischer Abgeordneter aus. „Das macht nichts“ — entgegen der andere und setzt seine Vernichterei fort. — Ein anderer Abgeordneter spricht bei jeder Gelegenheit: „wie zum Beispiel während der Kommune“... und was war denn da? Häuser wurden verbrannt, Leute getödtet u. s. w. — für das alles sind natürlich die jetzigen Sozialisten mitverantwortlich, — wenn auch nicht direkt, so doch durch ihre Ideen.

Nach den Wahlen werden die Herren hoffentlich mehr Ruhe haben, über die Verrücktheit der sozialistischen Ideen nachzudenken.

Brüssel, 12. Juni. In der gestrigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde die von sozialistischer Seite beantragte Abschaffung der militärischen Stellvertretung abgelehnt.

England. London, 11. Juni. In dem heutigen Verhandlungstage im Jameson-Prozess beschrieb der Inspektor des Postwesens der südafrikanischen Republik, Fleischard, die Untersuchung der Koffer des Majors White in Victoria. Die meisten der darin enthaltenen Papiere seien bereits veröffentlicht worden. Ein Brief des Dr. Jameson an Major White vom 9. November besage: „Ich bin gewiß, daß das Datum der 26. Dezember ist. Wenn mehr Uniformen gebraucht werden, müssen sie von Stevens beschafft werden. Nach viel wichtiger, als die Ausrüstung, ist es aber, daß kein Verdacht erregt wird.“ (Stevens ist der Geschäftsführer der Chartered Company in Kapstadt.)

Unterhaus. Chamberlain erklärt: Rhodes habe seit einigen Jahren als Betriebsdirektor der Chartered Company in Südafrika fungirt und werde als solcher in dem Jahresberichte bezeichnet, außerdem sei ihm von der Gesellschaft Generalvollmacht erteilt worden. Er (Chamberlain) sei aber darüber unterrichtet, daß die Chartered Company weder den Betriebsdirektor noch ihren Bevollmächtigten ermächtigen könne, Handlungen des Administrators ihres Gebietes umzusetzen oder zu kontrolliren; mithin habe Rhodes nicht die Macht, Grey's Handlungen als Administrator zu kontrolliren oder umzusetzen; ihm sei also nicht die Hauptautorität in der Zivilverwaltung des Gebietes gesetzlich übertragen.

Mit anderen Worten; Herr Chamberlain wird seinen Freund Rhodes auf seinem Posten in Südafrika belassen, trotz alledem und alledem!

Italien. Rom, 7. Juni. (Eig. Ber.) Das Ministerium di Rudini, dem ein mit knapper Noth erhaltener Sieg bei der Abstimmung des Abgeordnetenhauses das Verbleiben im Amte ermöglichte, ist auf einen neuen Widerstand, diesmal im Senat, gestoßen. Die vom Kriegsminister Nicotti entworfene Umgestaltung der Heeresorganisation hat im Senat, dem sie zuerst vorgelegt worden war, so viel Widerspruch gefunden, daß der Minister, dem ein ähnlicher Widerstand auch noch im Abgeordnetenhause bevorstand, die Hoffnung aufgeben mußte, die Reform noch in der gegenwärtigen Session zur Annahme bringen zu können und deshalb die Beratung derselben im Senate abbrechen ließ. Die Gründe des Widerspruchs im Senate waren theils formaler Art; Nicotti hatte seine Reform nicht als selbständigen Gesetzentwurf, sondern in Form von Amendements zu einem von seinem Amtsvorgänger herrührenden Entwurf, der dem Senate zur Berathung vorlag, eingebracht. Hauptächlich aber galt die Opposition der Sache selbst. Nicotti's Entwurf ging von den Grundfragen aus, daß das gegenwärtige Militärbudget für die Aufrechterhaltung der Truppenstärke, welche gesetzlich vorgeschrieben ist, thätlich nicht ausreicht und daß eine Erhöhung des Militärbudgets ebenso wenig möglich sei, als die Verminderung disponibler Summen durch Einsparnisse in der Heeresverwaltung, so daß eine Einschränkung der Truppenstärke der einzige Ausweg bleibe. Diese Einschränkung wollte Nicotti in der Weise bewirken, daß zwar die 12 Armeekorps erhalten bleiben, aber die Zahl der Kompagnien soweit vermindert werden sollte, daß diese Verminderung etwa der Abschaffung von zwei Armeekorps gleichkäme. Die im Senate sitzenden Generale wollten von einer so tief einschneidenden Maßregel nichts hören und die politischen Anhänger des Ministeriums Crispi, wie z. B. der ehemalige Minister Savacco, schlossen sich ihnen an. Die Entscheidung der Frage ist also thätlich auf den Herbst vertagt worden. Wodurch werden vielleicht für das Abgeordnetenhause Neuwahlen



für den Senat die Einleitung einer Anzahl neuer Senatoren...  
für den Senat die Einleitung einer Anzahl neuer Senatoren...  
für den Senat die Einleitung einer Anzahl neuer Senatoren...

### Spanien.

Madrid, 9. Juni. (Fig. Ber.) Das Bombenattentat in Barcelona...  
Madrid, 9. Juni. (Fig. Ber.) Das Bombenattentat in Barcelona...  
Madrid, 9. Juni. (Fig. Ber.) Das Bombenattentat in Barcelona...

### Portugal.

Lissabon, 11. Juni. (Berl. Tagebl.) Sechs der bedeutendsten Zeitungen wurden nach dem neuen Anarchistengesetz...  
Lissabon, 11. Juni. (Berl. Tagebl.) Sechs der bedeutendsten Zeitungen wurden nach dem neuen Anarchistengesetz...  
Lissabon, 11. Juni. (Berl. Tagebl.) Sechs der bedeutendsten Zeitungen wurden nach dem neuen Anarchistengesetz...

### Türkei.

Konstantinopel, 10. Juni. (Berl. Tagebl.) Die Proklamation des Sultans...  
Konstantinopel, 10. Juni. (Berl. Tagebl.) Die Proklamation des Sultans...  
Konstantinopel, 10. Juni. (Berl. Tagebl.) Die Proklamation des Sultans...

viele wichtige Punkte zwischen Ganea und Bulokis besetzt haben...  
viele wichtige Punkte zwischen Ganea und Bulokis besetzt haben...  
viele wichtige Punkte zwischen Ganea und Bulokis besetzt haben...

Die amtlich bekannt gegebene Zahl der bei dem Entsatze der Stadt Vamos...  
Die amtlich bekannt gegebene Zahl der bei dem Entsatze der Stadt Vamos...  
Die amtlich bekannt gegebene Zahl der bei dem Entsatze der Stadt Vamos...

Im englischen Unterhause richtete Frant die Anfrage an die Regierung...  
Im englischen Unterhause richtete Frant die Anfrage an die Regierung...  
Im englischen Unterhause richtete Frant die Anfrage an die Regierung...

### Amerika.

New-York, 12. Juni. Die New-Yorker „World“ schreibt, in Folge...  
New-York, 12. Juni. Die New-Yorker „World“ schreibt, in Folge...  
New-York, 12. Juni. Die New-Yorker „World“ schreibt, in Folge...

Das republikanische Nationalkomitee in St. Louis beschloß...  
Das republikanische Nationalkomitee in St. Louis beschloß...  
Das republikanische Nationalkomitee in St. Louis beschloß...

St. Paul (Minnesota), 12. Juni. Die demokratische Vereinigung...  
St. Paul (Minnesota), 12. Juni. Die demokratische Vereinigung...  
St. Paul (Minnesota), 12. Juni. Die demokratische Vereinigung...

### Afrika.

Pretoria, 11. Juni. Die Freilassung der Reformistenführer wurde...  
Pretoria, 11. Juni. Die Freilassung der Reformistenführer wurde...  
Pretoria, 11. Juni. Die Freilassung der Reformistenführer wurde...

Sansibar, 11. Juni. Ein Boot des englischen Kreuzers „Philomela“...  
Sansibar, 11. Juni. Ein Boot des englischen Kreuzers „Philomela“...  
Sansibar, 11. Juni. Ein Boot des englischen Kreuzers „Philomela“...

### Australien.

Adeleide, 29. April. (Köln. Ztg.) Die am 25. April vollzogenen...  
Adeleide, 29. April. (Köln. Ztg.) Die am 25. April vollzogenen...  
Adeleide, 29. April. (Köln. Ztg.) Die am 25. April vollzogenen...

Offene Antwort an das Mitglied des Abgeordnetenhauses Herrn v. Gynern-Barmen.

### Berlin, 12. Juni 1896.

Zu Ihrem aus Karlsruhe vom 10. d. M. an mich gerichteten offenen Brief...  
Zu Ihrem aus Karlsruhe vom 10. d. M. an mich gerichteten offenen Brief...  
Zu Ihrem aus Karlsruhe vom 10. d. M. an mich gerichteten offenen Brief...

Dieser Bericht der „Voss. Ztg.“ hat einige Sätze meiner Rede...  
Dieser Bericht der „Voss. Ztg.“ hat einige Sätze meiner Rede...  
Dieser Bericht der „Voss. Ztg.“ hat einige Sätze meiner Rede...

Nach dem stenographischen Bericht lautet der auf die „Aufsichtsräte“...  
Nach dem stenographischen Bericht lautet der auf die „Aufsichtsräte“...  
Nach dem stenographischen Bericht lautet der auf die „Aufsichtsräte“...

„Herr Graf Kanitz würde gewiß viele Bekannte und Mitglieder...“  
„Herr Graf Kanitz würde gewiß viele Bekannte und Mitglieder...“  
„Herr Graf Kanitz würde gewiß viele Bekannte und Mitglieder...“

„In dem sich hieran anschließenden Theile der Rede — aber vollständig...“  
„In dem sich hieran anschließenden Theile der Rede — aber vollständig...“  
„In dem sich hieran anschließenden Theile der Rede — aber vollständig...“

Was ich von Ihnen gesagt habe, brauche ich nicht noch zu beweisen...  
Was ich von Ihnen gesagt habe, brauche ich nicht noch zu beweisen...  
Was ich von Ihnen gesagt habe, brauche ich nicht noch zu beweisen...

Aufsichtsrath bei verschiedenen industriellen Unternehmungen zu sein...  
Aufsichtsrath bei verschiedenen industriellen Unternehmungen zu sein...  
Aufsichtsrath bei verschiedenen industriellen Unternehmungen zu sein...

Das Sie zu den „Kunden der Börsenmänner im Sinne der Abhängigkeit“...  
Das Sie zu den „Kunden der Börsenmänner im Sinne der Abhängigkeit“...  
Das Sie zu den „Kunden der Börsenmänner im Sinne der Abhängigkeit“...

Der Zweck Ihres offenen Briefes ist mir demnach nicht recht ersichtlich...  
Der Zweck Ihres offenen Briefes ist mir demnach nicht recht ersichtlich...  
Der Zweck Ihres offenen Briefes ist mir demnach nicht recht ersichtlich...

Vom Genossen Stadthagen geht uns folgende Zuschrift zu:

Der Landrath des Kreises Teltow-Beeslow, Stubenrauch, hat in der „Nordb. Allg. Ztg.“ vom 11. Juni 1896 folgende Mittheilung veröffentlicht:

„Nach dem Sitzungsbericht des „Vorwärts“ hat der Abgeordnete Stadthagen...“  
„Nach dem Sitzungsbericht des „Vorwärts“ hat der Abgeordnete Stadthagen...“  
„Nach dem Sitzungsbericht des „Vorwärts“ hat der Abgeordnete Stadthagen...“

Der Landrath Stubenrauch bestätigt somit in einer für mich...  
Der Landrath Stubenrauch bestätigt somit in einer für mich...  
Der Landrath Stubenrauch bestätigt somit in einer für mich...

### Gewerkschaftliches.

Die Steinarbeiter Schlesiens hielten zu Pfingsten eine Provinzialkonferenz...  
Die Steinarbeiter Schlesiens hielten zu Pfingsten eine Provinzialkonferenz...  
Die Steinarbeiter Schlesiens hielten zu Pfingsten eine Provinzialkonferenz...

Der Leipziger Glaseraufstand dauert fort. Der Streik der Metallarbeiter...  
Der Leipziger Glaseraufstand dauert fort. Der Streik der Metallarbeiter...  
Der Leipziger Glaseraufstand dauert fort. Der Streik der Metallarbeiter...

Die Basler Metallarbeiter der Firma E. Merz u. Co. haben ihre Lohnbewegung...  
Die Basler Metallarbeiter der Firma E. Merz u. Co. haben ihre Lohnbewegung...  
Die Basler Metallarbeiter der Firma E. Merz u. Co. haben ihre Lohnbewegung...

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Kiel, 12. Juni. (Privat-Telegramm.) Im Vudengang fand ein Gerüstensturz...  
Kiel, 12. Juni. (Privat-Telegramm.) Im Vudengang fand ein Gerüstensturz...  
Kiel, 12. Juni. (Privat-Telegramm.) Im Vudengang fand ein Gerüstensturz...

Wien, 12. Juni. (W. Z. B.) Nach Meldungen verschiedener Blätter...  
Wien, 12. Juni. (W. Z. B.) Nach Meldungen verschiedener Blätter...  
Wien, 12. Juni. (W. Z. B.) Nach Meldungen verschiedener Blätter...

Barcelona, 12. Juni. (W. Z. B.) In der letzten Nacht sind neuerlich...  
Barcelona, 12. Juni. (W. Z. B.) In der letzten Nacht sind neuerlich...  
Barcelona, 12. Juni. (W. Z. B.) In der letzten Nacht sind neuerlich...

Mérida, 12. Juni. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Der Prozeß...  
Mérida, 12. Juni. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Der Prozeß...  
Mérida, 12. Juni. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Der Prozeß...

London, 12. Juni. (W. Z. B.) Aus Rom wird gemeldet, daß Ende...  
London, 12. Juni. (W. Z. B.) Aus Rom wird gemeldet, daß Ende...  
London, 12. Juni. (W. Z. B.) Aus Rom wird gemeldet, daß Ende...

Panama, 12. Juni. (W. Z. B.) Die Aufständischen brannten mehrere...  
Panama, 12. Juni. (W. Z. B.) Die Aufständischen brannten mehrere...  
Panama, 12. Juni. (W. Z. B.) Die Aufständischen brannten mehrere...



## Reichstag.

108. Sitzung vom 12. Juni 1896. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Büttcher.  
Eingegangen ist ein zweiter Nachtragsetat für das Etatsjahr 1896/97.

Die dritte Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung wird fortgesetzt und zwar beim Artikel 11, welcher das Feilbieten im Umherziehen betrifft. Nach der Vorlage sollen in diesem Feilbieten ausgeschlossen sein außer den jetzt bereits im § 56 der Gewerbeordnung aufgezählten Waaren 10. Bäume aller Art, Sträucher, Sämereien und Blumenzwiebeln, Schnitt- und Wurzelreben und Futtermittel; 11. Schmucksachen, Bijouterien, Brillen und optische Instrumente.

Ferner sollen Eisenerzeugnisse nur dann im Umherziehen feilgeboten werden dürfen, wenn der Gesamtpreis auf jeder einzelnen Lieferung verzeichnet ist.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Von den Abgg. Weis und Venzmann: die Brillen und optischen Instrumente zu streichen;

2. von den Abgg. Vitz, Meißhaus, Schmidt-Berlin: die Schmucksachen und Bijouterien zu streichen;

3. von den Abgg. Siegle, Bayer, von Wangenheim: die Ziffer 10 zu fassen: Bäume aller Art, Sträucher, Schnitt- und Wurzelreben, Futtermittel und Sämereien, mit Ausnahme von Gemäßen und Blumenamen.

4. von dem Abg. v. Strombeck (Z.): Hinter den Worten Schmucksachen und Bijouterien die Worte zu setzen: „beides im Verkaufsprise von mehr als zwei Mark für das Stück.“

Abg. Siegle (natl.) verweist darauf, daß in einigen württembergischen Gemeinden, namentlich in Gmüngen, das Hausiren mit Pflanzen und Samen besonders verbreitet sei, daß das Verbot dieses Hausirens die Gemeinden schwer treffen würde; die Vertreter der betreffenden Gemeinden hätten sich aber dahin erklärt, daß sie mit dem von ihm gestellten Antrage auskommen könnten.

Ministerialdirektor v. Schider unterstützt die Wünsche des Abg. Siegle.

Abg. Goller (südd. Wp.) tritt ebenfalls für den Antrag ein. Staatssekretär v. Büttcher: Ich kann wohl zur Abklärung der Debatte beitragen, wenn ich auch seitens der preussischen Regierung das Einverständnis mit dem Antrag Siegle ausspreche.

Abg. v. Gillingen (Wp.) verzichtet nach dieser Erklärung auf das Wort.

Abg. Vitz (Soz.) wendet sich zunächst gegen den Abg. Schäbler und dessen Antrag wegen der Konfessionspflichtigkeit des Flaschenbierhandels, den die Gastwirthe, in deren Interesse er gestellt sei, durchaus nicht billigen. Redner empfiehlt dann die Streichung der Schmucksachen und Bijouterien, die als Gegenstände des Hausirergewerbes sehr beliebt sind. Den Juwelieren und Goldschmieden werde aber damit keine erhebliche Konkurrenz gemacht. Mit solchen Glückwünschen kommt man bei der Entwicklung des Verkehrs und Gewerbes nicht mehr aus, deshalb sollte man seinen Antrag annehmen.

Abg. v. Strombeck (Z.) erklärt sich auch zunächst für die Streichung der Schmucksachen und Bijouterien, weil sich diese Begriffe überhaupt nicht feststellen lassen, empfiehlt aber für den Fall der Aufrechterhaltung des Hausirerverbotes für diese Gegenstände seinen Antrag, damit wenigstens die billigen Waaren dieser Art vom Hausiren gefehrt werden können.

Abg. Meißhaus (Soz.): Es fehlt an jeder Definition des Begriffes „Schmucksachen“. Gutnadeln können z. B. darunter verstanden werden, auch Haarnadeln, und schließlich entscheiden darüber die untergeordneten Polizeiorgane. Sollte etwa der Christbaum „Schmuck“ auch unter den Begriff fallen? In meiner engeren Heimath leben hunderte von armen Leuten davon, welche in wenigen Wochen auf Monate hinaus sich das erwerben, was sie an baarem Gelde brauchen. Um jeden Zweifel auszuschließen, bitte ich die Regierung, zu erklären, daß der Christbaumschmuck nicht Schmuck im Sinne dieses Gesetzes ist. Dies wird die armen Leute vor Enttäuschungen schützen. Durch den Art. 11, selbst in seiner abgeschwächten Fassung, wie durch Art. 8 werden zahlreiche kleine Erzeugnisse vernichtet werden. Die Hausirer nehmen keineswegs höhere Preise als die schäbsten Händler, und rekrutieren sich aus inwärtigen gewordenen Leuten. Wird ihnen die Existenz geraubt, so haben die Kommunen den Schaden davon, denn die Armenlasten werden noch mehr steigen. Ich bitte Sie, den Artikel 11 abzulehnen oder wenigstens unseren Antrag anzunehmen. Der Antrag Strombeck verfolgt Wahlkreispolitik und die ist nicht Aufgabe des Reichstages.

Staatssekretär v. Büttcher: Es ist Sache der Gesetzgebung, gewisse Dinge des Verkehrs zu ordnen; daß daraus Unbequemlichkeiten für einzelne Gewerbetreibende erfolgen, ist richtig; aber die Gesetzgebung zeigt schon mehrfach solche Verkehrsregelungen, die aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen erfolgt sind. Was als Schmucksachen angesehen ist, geht aus den Gesetzen hervor. Christbaumschmuck fällt nicht unter diesen Artikel, weil er nicht Schmuck für den Menschentypus ist, sondern für den Christbaum. (Heiterkeit.) Der Antrag Strombeck ist nicht annehmbar, weil er seltsamen Auslegungen Thür und Thor öffnet.

Abg. Schäbler erklärt sich gegen jede Abänderung des Artikel 11.

Abg. Weis (fr. Wp.) hält das Hausirerverbot für Brillen und optische Instrumente für wirtschaftlich durchaus nicht begründet. Staatssekretär v. Büttcher: Ich lege ein großes Gewicht auf den Ausschluß der Brillen vom Hausiren. Aus sanitären Gründen muß das Hausiren mit Brillen verboten werden. Heutzutage sollte niemand eine Brille kaufen ohne ärztliche Untersuchung der Augen. (Widerspruch links.)

Abg. Hahn erklärt sich für den Antrag Siegle, aber gegen den Antrag Weis.

Abg. Venzmann (fr. Wp.): Für das Verbot des Hausirens mit Brillen ist kein Grund angeführt worden; denn die eigene Erfahrung des Herrn v. Büttcher ist kein Beweis; er hat doch wohl seine Brille nicht vom Hausirer gekauft (Heiterkeit), sondern beim schäbsten Brillenhändler. Der Uhrmacher, der Brillen nebenbei verkauft, ist kein Sachverständiger, wohl aber der Hausirer, der nur mit Brillen und optischen Instrumenten handelt. Außerdem brauchen die Arbeiter Schutzbrillen, die gar nicht beim Optiker zu kaufen sind. Die Fabrikanten optischer Instrumente inachen haben sich vergeblich an die Zentralkommissionen gewandt, um eine Aenderung der Vorlage herbeizuführen; aber sie haben keine Antwort erhalten und haben sich nun an die bösen Demokraten gewandt. Sie schreiben, daß 90 pCt. der Reichstags-Abgeordneten keine Vorstellung von dem Zweck und der Wirkung der Novelle zur Gewerbeordnung hätten.

Der Antrag Siegle wird einstimmig angenommen; die übrigen Anträge werden abgelehnt; darunter der Antrag wegen der Brillen und optischen Instrumente mit 112 gegen 96 Stimmen.

Artikel 11 mit dem Antrag Siegle wird genehmigt, ebenso ohne Debatte Artikel 11a, welcher das Ausschließen von Befreiungen gegen Theilzahlungen verbietet.

Artikel 12 geht zunächst den Landesregierungen die Be-

zugnis, für ihr Gebiet das Hausiren mit Gegenständen der Nummer 10 des § 56 der Gew.-O. (Bäume, Sträucher etc.) zu gestatten.

Abg. v. Strombeck beantragt, die Nummer 11 (Schmucksachen etc.) hinzuzufügen.

Ferner soll § 56 b einen Zusatz erhalten, wonach durch die Landesregierungen das Umherziehen mit Zuchthängnissen zur Deckung von Stuten, sowie auf bestimmte Dauer der Handel mit Rindvieh, Schweinen, Ziegen oder Geflügel im Umherziehen untersagt oder Beschränkungen unterworfen werden kann.

Hierzu liegen mehrere Anträge vor: 1. ein redaktioneller Antrag Ditt. 2. Des Abgeordneten Radwancki, die Worte „sowie auf bestimmte Dauer im Umherziehen“ zu streichen. 3. Der Abg. von Arnswaldt-Hardenbostel will die Worte hinzufügen: „zur Abwehr oder Unterdrückung von Seuchen“. 4. Abg. August will die „Triebschweine“ einfügen.

Abg. Radwancki (Z.) begründet seinen Antrag damit, daß die Regierungen bereits genügende Mittel zur Abwehr von Viehseuchen haben, daß er namentlich der preussischen Regierung nach seinen Erfahrungen in Oberschlesien nicht vertraue und daher ihr keine neuen Machtbefugnisse geben wolle.

Abg. August (südd. Wp.) hält es für notwendig, bei diesem Punkte eher eine Einschränkung des Verkehrs als eine Erleichterung zuzulassen, die namentlich der Handel mit Schweinen im Umherziehen für die Landwirthe viel mehr Schaden als Nutzen bringe.

Abg. v. Strombeck (Z.) empfiehlt im Anschluß zu seinem Antrage, daß die Landesregierungen von ihrer Ausnahmebefugnis denjenigen Bezirken oder Ortsgemeinden gegenüber, bei deren Bewohnern infolge mangelnder anderweitiger Erwerbsgelegenheit das Hausiren zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes gebräuchlich ist, Gebrauch machen mögen. Jedoch sollen nur in die Ortsgemeinden ziehende Personen allen Beschränkungen der Gewerbeordnung unterworfen werden. In der Hausindustrie selbst hergestellte Schmucksachen und Bijouterien sollen auch außerhalb des Wohnortes von den Herstellern und deren Angehörigen (letztere im weitesten Sinne verstanden, bis auf die Verlobten) feilgehalten werden können.

Geheimrath Köster bestritt, daß die Seuchengefährdung vollständig anreiche, um die Seuchengefährdung zu verhindern und bittet um Annahme des Artikel 12.

Abg. Vitz (Soz.) schildert die schlechten Zustände, welche bei Viehtransporten, namentlich soweit sie in München ankommen, herrschen.

Abg. v. Kardorff (Wp.) hält es für gut, daß die Polizei diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Redner empfiehlt daher die Annahme des Artikel 12.

Abg. v. Arnswaldt-Hardenbostel (Welfe) empfiehlt seinen Antrag.

Abg. Hahn hält den Antrag für überflüssig.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedike hat gegen den Antrag Strombeck, die Befugnisse der Landesregierungen auch auf die Nummer 11 (Schmucksachen u. s. w.) auszudehnen, nichts einzuwenden, bekämpft aber die darüber hinausgehenden vom Antragsteller empfohlenen Maßregeln. Dabur würde einzelnen Personen eine alleinige Verordnungsgebung zum Hausiren gewährt werden. Daraus können sich die verbündeten Regierungen nicht einlassen.

Artikel 12 wird mit dem Antrag von Arnswaldt-Hardenbostel angenommen; alle übrigen Anträge werden abgelehnt.

Die Artikel 13, 14 und 15 betreffen Aenderungen der Bestimmungen über die Verfassung des Hausirergewerbes (§§ 57, 57a und 57b der Gew.-Ord.) von denen namentlich Artikel 14 hervorzuheben ist, nach welchem der Hausirer verhaftet werden muß, wenn der Nachzuehnde das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Jetzt wird der Hausirer nach dem Minderjährigen verhaftet.

Abg. v. Strombeck will den Artikel 14 streichen.

Abg. Schwarze will den Artikel 14 hinzufügen, daß der Wandergewerbeschein dem Nachzuehnden zu erteilen ist, wenn er der Ernährer einer Familie und bereits 4 Jahre im Wandergewerbe thätig gewesen ist.

Abg. v. Strombeck beantragt ferner, daß jüngeren Personen der Wandergewerbeschein zu erteilen ist, wenn die Verfassung desselben voranschrittlich deren Nothstand oder der Angehörigen derselben zur Folge haben würde.

Abg. Vogtherr (Soz.): Dieser Artikel ist für die beteiligten Kreise nicht minder schädlich als die Artikel 8 und 11. Bei der Veranlassung der Altersgrenze von 21 auf 25 Jahre hat sich die Regierung zweifellos durch die Petitionen derjenigen leiten lassen, welche behaupten, die Hausirer seien meist Leute, die keine ernste Lust hätten zur Arbeit oder zum Handwerk, die nichts Genügendes gelernt hätten, unbrauchbar seien, keinen Sinn für Nothwendigkeit hätten und meistens betrafte Subjekte wären. Wenn das letztere zutreffen sollte, so hätte die Regierung doch einen Nachweis durch Vorlegung der Kriminalstatistik erbringen müssen. Es ist eine große Härte, daß jüngere Leute vom Hausirergewerbe ausgeschlossen werden sollen, mögen dieselben nun tüchtig und unbescholten sein oder nicht. Es giebt in Deutschland ganze Gegenden und Ortsgemeinden, deren Bewohner sich fast ausschließlich vom Hausirerhandeln nähren, in denen das Hausirergewerbe sich vom Vater auf den Sohn fortpflanzt. Wenn nun das Hausirergewerbe erst vom 25. Lebensjahre ab ausgeübt werden darf, so wird diesen Familien die Existenzquelle entzogen. Verschlimmert wird die Sache noch durch den Art. 15, wonach der Wandergewerbeschein schon dann verfallt werden kann, wenn der Nachzuehnde mit einer Woche Haft bestraft worden ist. Das ist eine maßlose Härte, denn in diesen Kreisen sind sich die betreffenden einer strafbaren Handlung oft nicht bewußt und werden häufig wegen ganz nebensächlicher Delikte bestraft. Das Alter hat mit der Befähigung wenig zu thun; es giebt Leute, die mit 30, 40 Jahren vom Hausiren nichts verstehen, während Leuten mit 17 oder 18 Jahren ihre Befähigung nachgewiesen haben sollen! Meine Parteigenossen werden selbstverständlich zunächst für Streichung des Artikels 14 stimmen; der Antrag Schwarze enthält allerdings eine Abschwächung, aber diese hilft nichts, wenn die Altersgrenze festgehalten wird. Wir werden ebenso gegen die Artikel 13, 14 und 15 stimmen, weil sie, wie fast alle Bestimmungen der Novelle, lediglich dazu angethan sind, den Kreis der zum Wandergewerbe Berechtigten um eine weitere große Zahl zu beschränken und damit der herrschenden großen Arbeitslosigkeit Vorschub zu leisten und die Noth der betreffenden Kreise zu vergrößern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Schwarze und v. Strombeck begründen ihre Anträge, während Abg. Venzmann (fr. Wp.) sich gegen jede Einschränkung des Hausirerhandels ausspricht.

Staatssekretär v. Büttcher weist darauf hin, daß wegen jüngeren Lebensalters der Wandergewerbeschein nur in der Regel verfallt werden solle; in besonderen Fällen könne also eine Ausnahme von der Regel erfolgen. Gegen den Antrag Schwarze wäre daher nichts zu erinnern.

Die Artikel 13, 14 und 15 werden angenommen und zwar Artikel 14 mit dem Antrag Schwarze.

Die Artikel 16—19, welche Strafbestimmungen enthalten und Artikel 20, nach welchem das Gesetz am 1. Januar 1897 in Kraft treten soll, werden ohne Debatte genehmigt.

Die Gesamtbestimmung wird nach erfolgter Zusammenstellung der Beschlüsse erfolgen.

Ebenso werden ohne Debatte die Verträge mit Japan in dritter Lesung endgültig genehmigt.

Schluß gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 1 Uhr (Anträge und Petitionen).

## Tokales.

Zur Lokalliste. In Reinickendorf ist das Lokal von Grünow in der Nordbahnstraße nicht mehr zu haben; dafür ist jedoch das Lokal von Förster, Amendestr. 1, in die Liste aufzunehmen.

Nächst den Behörden sind es natürlich die Kriegervereine, welche verneinen, im Saalabgeben eines der Mittel gefunden zu haben, durch welches die Ausbreitung der Sozialdemokratie gehindert werden kann. So trat vor einigen Tagen der Kriegerverein in Schmöckwitz an sein bisheriges Ehrenmitglied, den Gastwirth Kurras mit dem Ultimatum heran, entweder der Arbeiterchaft sein Lokal zu verweigern, oder den Ausschluß aus dem Verein zu verweigern. Herr Kurras zog es vor, freiwillig auf die Mitgliedschaft in einem Verein zu verzichten, der mit derartigen Mitteln kämpft. Mit recht, kämpfen unsere Parteigenossen in Schmöckwitz an diesen Vorgang die Erwartung, daß die Arbeiterorganisationen in Berlin mit peinlicher Gewissenhaftigkeit darauf achten, daß sie bei Ausflügen in die Umgegend nur solche Lokale besuchen, deren Inhaber Frieden und Freundschaft mit den Arbeitern halten. In Schmöckwitz steht der Arbeiterchaft außer der Palme des Herrn Kurras noch das Gesellschaftshaus des Herrn Scholandt zur Verfügung.

Apothekerschwindel und Polizei. Das Berliner Polizeipräsidium hat einem Lokalblatt zufolge an den Apothekerverein ein Schreiben gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß in letzter Zeit häufig darüber Klage geführt worden ist, daß in den Apotheken Geheimmittel, welche durch die chemische Untersuchung als schwindelhaft erwiesen sind, feilgeboten und abgegeben werden. Das Polizeipräsidium hat daher den Apothekern eine Uebersicht aller der Geheimmittel zugehen lassen, vor deren Anwendung durch öffentliche Behörden gewarnt wird, und spricht in seinem Schreiben die Erwartung aus, daß die Apotheker von dem Feilbieten und der Abgabe derartigen Abhandeln ablassen werden. Sollten dem Polizeipräsidenten etwa die Mittel fehlen, gegen den Theil der Mitglieder des Apothekervereins, der schwindelhafte Waaren veräußert, strafrechtlich vorzugehen, so wäre dringend Abhilfe nöthig. Mitglieder von Arbeitervereinen verlegen zuweilen nach der Ansicht der Polizeibehörden und der Gerichte das von der öffentlichen Meinung längst verurtheilte preussische Vereinsgesetz, trotz ihres ehrlichen und gewissenhaften Strebens, sich nicht in den Fängen dieses Gesetzes zu verstricken. Es fällt aber niemand ein, die Arbeiter zu warnen, sondern es erfolgt in solchen Fällen ohne Umschweife Schließung der Vereine und Strafanzeige gegen ihre „gesetzesverletzenden“ Mitglieder.

Die städtische Schuldeputation hat in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung beschlossen, auch fernerhin von den Kindern Auswärtiger, welche die hiesigen Gemeindeschulen besuchen, das Schulgeld in Höhe von 2,50 M. pro Kind und Monat zu erheben.

Auf unsere Geißelung der Organisation katholischer „Arbeitervereine“ weist die „Germania“ in einem bloßen Geschimpfe in ihrer Freitagsummer nichts anderes zur Rechtfertigung vorzubringen, als daß im Vorstande der meisten Arbeitervereine die Arbeiter selbst in der Mehrheit seien. Es scheint, daß die „Germania“ mit den „meisten“ Arbeitervereinen nur die katholischen Kunstprodukte meint, da es sich auch für ein ultramontanes Blatt wohl von selber verstehen sollte, daß die aus dem Klassenkampf heraus gewordenen Arbeiterorganisationen nur aus Arbeitern bestehen. Um so gemeiner ist der giste Vorwurf des Blattes, daß sich die selbständigen Arbeiter von „verkrachten Advokaten und anderen Volkstribunen führen lassen“. Vielleicht hat das für Wahrheit und Recht kämpfende Organ die Güte, die verkrachten Advokaten namhaft zu machen, welche in gewerkschaftlicher oder politischer Beziehung sozialdemokratische Arbeiter „führen“.

Lieutenant Röder's Schwanengefang. Große Heiterkeit erregt in Lichtenberg-Friedrichsberg-Bilhelmberg eine Bekanntmachung des Amts- und Gemeindevorstebers, Lieutenant a. D. Röder, worin er ankündigt, er habe einen mehrwöchentlichen Urlaub angetreten. Der mehrwöchentliche Urlaub wird offenbar kein Ende nehmen, denn im „Preussischen Verwaltungsblatt“ macht der Landrath v. Wadow bekannt, daß in Lichtenberg-Friedrichsberg-Bilhelmberg ein besoldeter Gemeinde- und Amts-vorsteher, der beide juristische Examina bestanden haben muß, vorgestellt werden soll; an Gehalt soll der Ermählte 7500 M. und 500 M. Miethentschädigung erhalten. Diese Stellung ist viel umworben; wie die „Volls. Ztg.“ hört, sollen sich bereits einige Bürgermeister aus Schlesien den Gemeindevorstellern der in Rede stehenden großen Gemeinde als Bewerber vorgestellt haben, als die Ausschreibung der Stelle durch den Landrath noch nicht stattgefunden hatte.

Die wegen Verübung groben Unfalls in der Schwelger-acht zur gerichtlichen Entscheidung gebrachten Anzeigen haben ihre Erledigung gefunden, nachdem sämmtliche erkannten Strafen rechtskräftig geworden und verbüßt sind. Im ganzen wurde gegen 121 Personen das gerichtliche Verfahren eingeleitet, darunter gegen eine weibliche (Arbeiterin), die mit einem Verweiss davongekommen ist. Von den anderen Angeklagten erlitten 33 Haftstrafen von sechs Wochen bis zu einem Tage und 70 Personen Geldstrafen von 50 M. bis herab zu der nur in einem einzigen Falle erkannten Strafe von 1 M., während 2 Strafen mit 50 M., 2 mit 30 M., 5 mit 20 M. und 14 mit 15 M. ausgesprochen wurden. 17 Angeklagte wurden freigesprochen. Dem Stande nach waren angeklagt: 10 Hausdiener, 18 Arbeiter, 5 Lehrlinge, 3 Schreiber, 1 Kellner, 39 Handwerker, 26 Kaufleute, 10 Studenten und je 1 Inspektor, Apotheker, Ingenieur, Baumeister, Baubeamter und 1 Rentier. Man sieht, daß die sogenannten gebildeten Elemente an dem Schwelgerabend relativ weit häufiger beteiligt waren, als die Angehörigen der Arbeiterchaft.

In Charlottenburg will der Magistrat das statistische Amt der Stadt auflösen. Dieser Beschluß ist nun so besprechlicher, als der Magistrat bislang stets auf den bedeutenden Vortheil eines statistischen Amtes für Statistik hingewiesen hat.

Für die elektrische Bahn Dönhofsplatz-Gewerbe-Anstaltung ist gestern die Verbindung zwischen der Mitter- und Lindenstraße fertiggestellt worden. Zeit wurde es auch!

Die Gesellschaft „Normal-Zeit“ soll dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung die Mittheilung gemacht haben, daß Angestellte eines Uhrmachers an den Urania-Säulen die Leitungen zerschneiden und die Kontaktanrichtungen, welche zur Kontrolle dienen, abgehoben haben. Die Gesellschaft „Normal-Zeit“ beabsichtigt nunmehr die Einstellung des Betriebes an den Urania-Säulen. Aus dem angeführten Grunde?

Einen Fall Mählig wird auch Charlottenburg haben. Der im Jahre 1894 entlassene Hilfsarbeiter Muntzer hat den Magistrat betreffs seiner Beamtenqualität verklagt.



Bei dem vorgestrigen Unwetter hat der Blitz dreimal in die Leitung der elektrischen Straßenbahn Behrenstraße-Treptow eingeschlagen, ohne daß ein nennenswerther Schaden angerichtet und eine Betriebsstörung verursacht wurde. Dasselbe Gemitter hatte in ganzen Westen und Südwesten zahlreiche Ueberschwingungen und Verlethtschaltungen zur Folge. Ein starkes Einstrahlen wurde auf den Kirchthurnspitzen der beiden Garnisonkirchen in der Hasenheide beobachtet. Es schien, als wenn eine starke elektrische Lampe auf ihnen brannte. Bei der Höhe der Thürme dürften in Wirklichkeit die leuchtenden Strahlen fast einen Meter lang gewesen sein.

Bedenken erregt in gesundheitlicher Beziehung der Zustand des Nordhafens für die dort befindlichen beiden Badeanstalten für Männer bezw. Frauen und Kinder. In den Nordhafen mündet ein Arm der Havel. Aus dieser haben sich nun namentlich an der Einflußstelle so starke Schmutzmassen abgelagert, daß die Bäder bequem darauf spazieren gehen können. In der heißen Jahreszeit verpestet die Ablagerungen nicht bloß die Luft, sondern auch das Wasser des Hafens. Mit Rücksicht auf die Badeanstalten wäre wohl eine gründliche Reinigung am Plage.

Zur Vorsicht werden durch die oberirdische Leitung der elektrischen Straßenbahnen die Diebstahlflüge der Pferdebahn gemahnt. Am Donnerstag wurde in der Lindenstraße von einem der bekannten Verhütungswagen aus eine schadhast gewordene Stelle der Leitung ausgebeßert, während die Strecke, wie immer, zahlreich von Pferdebahnwagen befahren wurde. Ohne den Geräuschwagen gewahr zu werden, wollte ein Fahrgast von seinem Deckstuhl heruntersteigen, als er beim Aussteigen so festig mit dem Kopfe gegen den im Wege stehenden Wagen stieß, daß er fast besinnungslos auf den Verdeck niederschlug. Zum Glück fuhr der Pferdebahnwagen langsam, so daß der Passagier ohne schlimme Verletzungen davon kam.

Die Derflingerstraße von dem Grundstück Nr. 9 bis zur Kurfürstenstraße wird behufs Asphaltierung vom 11. d. M., die Grunerstraße vom Alexanderplatz bis zur Straße An der Stadtbahn vom 13. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aufsehen erregte am Donnerstag Vormittag die Revision eines Postkutschens durch einen höheren Beamten in bürgerlicher Kleidung auf offener Straße. Solche Revisionen, die feststellen sollen, ob alles regelmäßig bestellt wird, wurden früher nach den Befestigungsanordnungen auf den Postämtern selbst vorgenommen. Diese Art der Kontrolle erwies sich aber als unpraktisch, und zwar dadurch, daß die Beamten die Sachen, die schon hätten bestellt sein sollen, nicht bei sich behielten, sondern in einer benachbarten Schauplatz bis zum nächsten Befestigungstermin niederlegten. Am Donnerstag hielt nun der Postkassierer Hag (vom Amt 19 in der Beuthstraße) in der Kommandantenstraße einen Kutschwagen auf offener Straße an, nahm ihm die Briefschaften aus der Tasche und untersuchte sie auf die Stempel. Als er alles in Ordnung fand, gab er die Sachen zurück und ließ den Wagen weitergehen. Diesem war die Kontrolle erschwerlich sehr peinlich, da sich rasch Leute ansammelten, die sich den Vorgang ansahen. Hätte nun der kontrollierende Beamte die Postuniform getragen, so hätte wohl jedermann sich sagen können, um was es sich handelte. So aber hielt man den Kontrollanten für einen Kriminalbeamten und den Kontrollierten für einen verbrecherischen Beamten. Die Revision würde sich ebenso wirksam, aber weniger auffallend gestalten lassen, wenn der Vorgesetzte den Wagen vielleicht auf einen Augenblick auf einem Hausflur mitnahm.

Gegen den Arbeiter, aber für den Rehschaf ist das Berliner Agartierorgan, die „Deutsche Tageszeitung“. Sie schreibt: Eine ebenso neue wie verwerfliche Art der Schaufensterdekoration hat ein Kaufmann und Bildhändler in der Joffenstraße zur Anwendung gebracht. In dem Fenster, welches mit einem aus Lammzweigen hergestellten Hintergrund versehen ist, hat der rellamelunige Kaufmann ein lebendes Reh eingezwängt. Das Thier ist kaum in der Lage, sich in seinem gar zu engen lastenartigen Behälter herumzudrehen, und erweckt das Mitleid aller Passanten. — Ein behördlicher Eingriff ist hier am Plage.

Wir hätten dagegen nichts einzuwenden. Die „Deutsche Tageszeitung“ müßte aber auch dann gegen die Einspernung der Handlungsbühnen nach 8 Uhr eintreten. Ja Bauer, das ist etwas ganz anderes!

Unerhörte Mißhandlungen. Zu der Notiz unter dieser Epigramme in der letzten Nummer unseres Blattes sendet uns Herr Richard Höfcke per Telegramm aus München folgende Berichtigung:

Zu gefriger Nummer Ihres Blattes bringen Sie eine Mitteilung der „Potsdamer Korrespondenz“ zum Abdruck, wonach die dortige Polizeibehörde auf Grund einer Revision gefälste, das heißt verwässerte Milch aus der mir gehörigen „Oekonomie Louisenhof“ habe beschlagnahmten lassen. Außer Stande, von hier aus den Thatbestand genau festzustellen, bemerke ich, daß mir von meinen dortigen Beamten berichtet wird, daß allerdings die Untersuchung einer Flasche Milch, wie solche in Potsdam zum Verkauf gelangt, statgefunden, daß die Untersuchung aber einen Fettgehalt von 3 pCt. ergeben habe, während die Potsdamer Polizei selbst nur einen solchen von 2,7 pCt. verlangt. Wie ein Chemiker auf Grund eines solchen Resultates von einer Fälschung durch Wasserzusaß reden kann, ist mir unverständlich, gleichviel welche Vermögensgegenstände der erwählten Denuntiation und der Verbreitung derselben zu Grunde liegen. Die etwaige Schlussfolgerung, als ob mit meinem Wissen und Willen auch nur eine einzige Flasche Milch der Oekonomie Louisenhof jemals verfälscht worden sei, muß ich umsonst als eine dreiste Unwahrheit und unerhörte Verdächtigung bezeichnen, als ich auf die Kleinheit, genügenden Fettgehalt, gewissenhafteste Behandlung der Milch von jeher den größten Werth gelegt, sowie durch fortgesetzte Kontrollen und chemische Untersuchungen der zum Verkauf gelangenden Milch die Durchsichtigkeit dieser Grundflüsse sicherstellen gesucht habe. Unmittelbar nach meiner Rückkehr werde ich die notwendigen Schritte thun, um die Urheber dieser Verdächtigungen zu belangen, vor denen mich, wenn nicht mein Name, so doch der geringe Umfang des in Rede stehenden Milchgeschäfts hätte schützen sollen. Ich bitte inzwischen um Aufnahme dieser Berichtigung in Ihr geschätztes Blatt.

Wie aus unserer Notiz ersichtlich ist, haben wir dieselbe der „Volks-Zeitung“ entnommen, übrigens ist in derselben nicht gesagt, daß die behaupteten Fälschungen mit Wissen des Herrn Höfcke erfolgt sind.

Durch Ueberfahren ist am Freitag Vormittag um 9/2 Uhr der 32 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Eckert aus der Bartelsstr. 17 schwer verunglückt. Eckert saß auf einem mit Eisstrahlen beladenen Kollwagen. Vor dem Hause Hannoverstraße 7 wurde der Wagen von einem anderen mit Äpfeln beladenen Kollwagen so stark angerannt, daß Eckert herunterfiel; unglücklicherweise gerieth er unter die Räder. Die schwere Last zermalmete ihm den linken Unterschenkel; der Verunglückte wurde mit einem Kopp'schen Kränkenwagen in die Charité gebracht.

Die Betriebsleitung der elektrischen Straßenbahn Behrenstraße-Treptow theilt uns mit, daß am 10. d. Mts. in der Wienerstraße, Ecke der Siegnitzerstraße, ein Kind von 2 bis 3 Jahren unbeaufsichtigt über den Fahrdamm gelaufen sei, als gerade ein Zug mit vollem Strom die Strecke passirt hätte. Nur der Geistesgegenwart des Führers Wobbe, der den Zug sofort zum Stehen brachte, wäre es zu danken gewesen, daß ein Unglück verhütet sei. Die Betriebsleitung erklärt, daß dies bereits der fünfte Fall wäre, daß Kinder durch die Nichtamkeit der Wagenlenker unter Anwendung der Gefahrenbremse vor dem Ueberfahren

bewahrt blieben; gleichzeitig weist die Direktion darauf hin, wie gefährlich es ist, kleine Kinder unbeaufsichtigt über den Fahrdamm laufen zu lassen.

Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich am Donnerstag Nachmittag in der Bergstraße zu Nordorf zu. Der wolkenbruchartige Regen hatte die Straßen überflutet, da die Kanalisation die ungeheuren Wassermassen nicht zu fassen vermochte. Nachdem der Regen nachgelassen, waten spielende Kinder in dem Wasser umher. Plötzlich verschwand vor dem Armenhause der achtjährige Arbeiter Otto Matthies aus der Kirchhofstraße 6 zum Entsetzen der zahlreichen Zuschauer in den Wassermassen. Wie sich ergab, war der Deckel des dort befindlichen Gullys geöffnet und dadurch das bedauernswerthe Kind in den Kanal gestürzt und von den wirbelnden Wassermassen mit fortgerissen. Sofort angeordnete Rettungsversuche erwiesen sich als erfolglos und erst am späten Abend konnte die durch die Kanäle geschwemmte Leiche an der Pumpstation herausgeholt werden.

#### Witterungsübersicht vom 12. Juni 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. redbreitig am d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0-100)
Swinemünde	759	NNW	3	heiter	19
Hamburg	762	W	1	bedeckt	16
Berlin	759	W	3	wolkig	18
Wiesbaden	765	N	2	halb bedeckt	17
München	764	W	5	bedeckt	13
Wien	760	SW	3	wolkenlos	16
Saparanda	762	D	2	wolkig	15
Petersburg	—	—	—	—	—
Oslo	768	S	4	bedeckt	16
Aberdeen	765	D	1	wolkig	13
Paris	768	W	2	wolkenlos	15

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. Juni 1896. Warmes, zunächst meistens heiteres Wetter mit schwachen südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

### Gewerbe-Ausstellung 1896.

Durch Kurzschluß entstand Donnerstag Nachmittag während des Gewitters im Verwaltungsgebäude der Ausstellung zweimal Feuer. Die hohe elektrische Spannung in der Atmosphäre hatte sich auf die Fernspreitleitungen übertragen, durch welche, vermuthlich infolge in Betriebsetzung eines Hausanschlusses, Strom durchging. Hierdurch entstand ein Kurzschluß, durch welchen der Zentralkasten in der unteren Etage in Brand gesetzt wurde. Während die Feuerwehrmannschaften hier noch mit Emsarbeitsen beschäftigt waren, entstand in derselben Weise auf dem Dach ein Brand, jedoch sofort eine Nachrequisirung der Löschmannschaften erfolgte. Ein Blitzstrahl traf kurz darauf das Industriegebäude und drang durch das Dach der Gruppe III in den Raum der Untergruppe E, versetzte den Balken der Decke, ging dann durch die elektrische Beleuchtungsanlage hindurch und verbrannte die Lichtsicherung an zwei Stellen. — Infolge Versandung des Geleises der Rundbahn unter der Brücke am Ausstellungsbahnhof entgleiste ein Wagen der elektrischen Rundbahn und jagte in die Rabitzwände der Brücke hinein. Diese wurde stark beschädigt; der Wagen mußte außer Betrieb gesetzt werden, wodurch eine etwa 1/2stündige Störung im Betrieb der Rundbahn entstand. — Der wolkenbruchartige Regen verursachte in der Ausstellung manchen Schaden. So wurden im Nordpark Dampf-Kullegehege unterpflüßt, am Chemiegebäude durch abfließendes Wasser gewaltige Sandmassen fortgerissen und auch an anderen Stellen des Parks entstanden tiefe Vertiefungen.

Das Gewitter in der Ausstellung. Der Schaden, den das vorgestrige Unwetter am Nachmittag in der Ausstellung angerichtet hat, stellt sich nach der „Potsdamer Zeitung“ als außerordentlich gering dar. Dem Besucher mochte es den Eindruck machen, als er kurz nach Beendigung des Gewitterregens in manchen Abtheilungen das Wasser ziemlich hoch stehen sah, als ob das Dach nicht stand gehalten hätte und der Regen in das Hauptgebäude eingedrungen sei. Die Sache verhält sich indessen wesentlich anders. Das durch einige hundert Scheuerfrauen in allerzürstester Frist wieder beseitigte Wasser war genau so wie in den Straßen Berlins stehen geblieben, weil die Kanalisationanlage der Ausstellung nicht in der Lage ist und auch nicht sein konnte, so gewaltige und unbeschreibliche Wassermassen im Augenblick wieder zu entfernen. Durchgerechnet hat es nur in drei Gruppen, ohne besonderen Schaden anzurichten, eine Folge der Vorsicht, daß seit Wochen unausgeseht 15 Dachdecker auf dem Hauptgebäude beschäftigt sind, deren Zahl seit 3 Tagen sogar verdoppelt wurde. Neben ihnen sind ebenfalls unausgeseht eine große Zahl von Glasern und Malern beschäftigt, die den Kitt aufschmieren und streichen, um ihn widerstandsfähig zu machen. Diese sich insgesamt auf etwa 50 Personen beschränkten Arbeitskräfte werden auch ferner beibehalten werden, da die gewaltige Ausdehnung des Hauptausstellungs-palastes unausgeseht Wachsamkeit erfordert. Ein Rundgang durch das Hauptgebäude heute früh ließ nirgends mehr sonderliche Spuren des gestrigen Unwetters erblicken. — Die Erscheinung eines Kugelblitzes wurde gestern bei dem Gewitter in der Ausstellung beobachtet. Etwa drei Minuten, nachdem ein Blitzstrahl die Industriehalle getroffen hatte, sahen Arbeiter eine feurige Kugel vom Dach herunter in den Park hineingleiten und dort in der Nähe des Bahnhofes etwa dreißig Zentimeter hoch über dem Erdboden zwischen Bäumen und Gebäuden sich bewegen, bis sie nach einigen Minuten dicht an einem jungen Baum unter lauter Detonation zersprang, einen starken Schwefelgeruch verursachend. Von dem Baum war die Rinde abgerissen und an der Krone das Holz gespalten, die Blätter waren versengt. Die Kugel mochte einen Durchmesser von etwa 15 Zentimeter haben und hatte gelbrothe Farbe.

### Gewerbe-Zeitung.

Das Kammergericht hat am 11. Juni eine außerordentlich wichtige Entscheidung gefällt, die um so bedeutungsvoller ist, als es dadurch selbst seine bisherige Rechtsprechung berichtigt. Zu den Vereinen, welche nach ihren Bestrebungen als solche angesehen werden, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, gehört auch der Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter (Zentralstelle Bochum). Der Leiter der Bittener Zählstelle desselben hatte zum 10. März 1895 eine Versammlung der Zählstelle einberufen, ohne sie bei der Polizei anzumelden, und war deswegen nebst einigen anderen, als Vorsteher etc. bei der Versammlung theilnehmend auf Grund des § 1 und 12 des Vereinsgesetzes in der Berufungskammer zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Das Landgericht berief sich auf die jahrzehntelange vom Kammergericht vertretene Rechtsanschauung, daß nach dem Gesetz alle Versammlungen jedes Vereins, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirkt, beziehentlich einwirken wolle, unterchiedslos der polizeilichen Anmeldung bedürften. Der Strafbescheid des Kammergerichts hat nunmehr dieses Urtheil aufgehoben und ausdrücklich durch den Mund des Vorsitzenden erklärt, daß es seinen so lange vertretenen Standpunkt aufgiebe und mit dem Ober-Verwaltungsgericht annehme, daß Vorsteher von Vereinen, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, nur diejenigen

Vereinsversammlungen polizeilich anmelden brauchen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Maßgebend war hierfür der Wortlaut des § 1 des Vereinsgesetzes.

Disziplinarverfahren gegen einen Arbeiterbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts. Seit dem jetzt vierjährigen Bestehen des Gewerbegerichts wurde gestern zum ersten Male im Wege des Disziplinarverfahrens gegen ein Mitglied desselben verhandelt. Die 6. Strafkammer des Landgerichts Berlin I fungirte deshalb als Disziplinar-Kammer. Im Absatz 2 des § 19 des Gewerbegerichts-Gesetzes heißt es, daß ein Mitglied des Gewerbegerichts seines Amtes entsetzt werden kann, wenn es sich einer groben Verletzung der Amtspflicht schuldig gemacht hat. Der Stellvertreter Ferdinand Wegener, welcher seit Einführung der Gewerbegerichte der sechsten Kammer als Beisitzer angehört, war angeklagt, gegen den erwähnten Paragraphen verstoßen zu haben, weil er in öffentlicher Versammlung mehrere Vorstehende des Gewerbegerichts grüßlich beleidigt und dabei gleichzeitig das Amtsgeheimnis verletzt haben sollte. Am 12. Juli vorigen Jahres, also genau vor 11 Monaten, waren die Beisitzer, welche im Gewerbegericht die Arbeitnehmer vertreten, zu einer Versammlung in dem Louisenstädtischen Konzerthaus in der Alten Jakobstraße eingeladen worden. Unser Genosse Stadthagen wollte einen Vortrag halten über die Prozedur des Gewerbegerichts und des Landgerichts mit Bezug auf den Bauschwundel gegenüber den Arbeitnehmern. Es waren von den 240 Beisitzern etwa 160 der Einladung gefolgt. Nach Schluß des Vortrages wurde in die allgemeine Besprechung eingetreten. Der Angeklagte ergriff das Wort mit dem Bemerkten, daß er gegen einzelne der Vorstehenden schwere Vorwürfe erheben müsse. Im allgemeinen handelten die Vorstehenden zu sehr nach eigenem Ermessen und legten den Ansichten der Beisitzer nicht genügendes Gewicht bei. Magistrats-Assessor von Wibleben habe eines Tages nach Schluß der Sitzung den beiden Arbeitnehmer-Beisitzern den Vorwurf gemacht, daß sie nicht nach freier Ueberzeugung urtheilten, sondern unter dem Einflusse ihrer Partei ständen. Die beiden Beisitzer hätten sich energisch hiergegen verwahrt. Darauf habe Herr von Wibleben den Wunsch geäußert, er möge wohl mal an einer der Versammlungen, die häufig von den Beisitzern der Arbeitnehmer veranlaßt würden, theilnehmen. Es seien ihm darauf wiederholt Einladungen zugegangen, auch zu dieser Versammlung, Herr v. W. sei aber niemals erschienen und müsse des Wortbruchs geziehen werden. Derselbe Herr habe einmal eine Klägerin mit den Worten angefahren: „Sie freches Weib, halten Sie Ihr M...! Auf wessen Seite da wohl die Frechheit liegen möge? Ein anderer Vorstehender, Magistrats-Assessor Lohmeyer, habe einmal einen Vergleich angebahnt, obgleich im Verhandlungszimmer bereits eine andere definitive Entscheidung getroffen worden war, und noch willkürlich sei ein anderer Vorstehender, der Magistrats-Assessor Dr. Leo vorgegangen. Obgleich im Verhandlungszimmer ein entscheidendes Urtheil zu Stande gekommen sei, habe Dr. Leo doch zur Ueberzeugung der Beisitzer verkündet, daß die Verhandlung zwecks Ladung neuer Zeugen zu vertagen sei. Der Angeklagte bezeichnete das Verhalten der betreffenden Vorstehenden als Willkür und Geschwätzigkeit und ermahnte am Schluß seiner Rede die Beisitzer, sie möchten den Vorstehenden, welche sich derartige Eigenmächtigkeiten erlauben, gehörig auf die Finger klopfen. — Der größte Theil dieser Behauptungen soll nicht der Wahrheit entsprechen. Der Angeklagte gab im wesentlichen zu, die in der Anklage aufgeführten Behauptungen aufgestellt zu haben, aber von der Verletzung der Amtsverschwiegenheit könne keine Rede sein, denn er habe nicht seine eigenen Wahrnehmungen mitgetheilt, sondern nur das, was ihm von anderen Beisitzern erzählt worden sei. Zunächst wurde Assessor v. Wibleben als Zeuge vernommen. Nach einer Sitzung habe er zu dem Töpfer Thieme, einem der Beisitzer, geäußert, er habe gehört, daß in den Ausschüßungen der Vertreter der Arbeitnehmer die Fälle besprochen würden, die verhandelt worden seien. Er möchte einer solchen Verhandlung wohl einmal beizuwohnen. Thieme habe ihm bald darauf auch eine Einladung geschickt, er habe derselben aber nicht Folge leisten können. Später habe er seinen Kollegen von seinem Wunsch Kenntniß gegeben, diese hätten ihm aber abgerathen, einer derartigen Versammlung beizuwohnen, da seine Unparteilichkeit dadurch in den Schatten gestellt werden könne. Dies habe er dem Beisitzer Thieme auch offen mitgetheilt, als derselbe ihm eine zweite Einladung zugehen ließ. Der Zeuge belunzelt ferner, daß er einmal im Verhandlungszimmer der Besprechung über die Aufstellung eines Streitfalles von den Arbeitnehmer-Vertretern beigewohnt habe, welche seinen Rechtsbewußtsein, sowie dem der anderen Beisitzer und den thatsächlichen Verhältnissen widerprochen habe. Daraus habe er allerdings geäußert, daß sie unter dem Einflusse ihrer Partei ständen. — Der folgende Zeuge, Hornier Körsten, ist ebenfalls Beisitzer als Vertreter der Arbeitnehmer. Es sei ihnen besondentlich erschienen, daß in ganz analogen Fällen verschiedene Urtheile von dem Gewerbegerichte gefällt worden seien und seien deshalb mehrere Beisitzer an den Obmann der Vorstehenden, Assessor Freund, mit dem Wunsch herangetreten, daß doch Plenarsitzungen der Beisitzer anberaumt werden möchten, damit man sich im Interesse einer gleichmäßigen Rechtsprechung über gleichliegende Fälle vereinbaren könne. Assessor Freund habe dies mit dem Bemerkten abgelehnt, daß derartige Versammlungen zwecklos seien, denn ein Vorsteher lasse sich durch etwaige Beschlüsse der Beisitzer doch nicht beeinflussen, sondern urtheile von Fall zu Fall. — Assessor Dr. Leo stellte mit Bestimmtheit in Abrede, daß er die ihm nachgesagte Willkür begangen habe. Der Angeklagte sage in seiner Kammer. Derselbe habe stets korrekt, gewandt und mit Verhinderung seines Amtes gewaltet. Der Zeuge erklärt, daß er die Beisitzer vor den Erörterungen in den Versammlungen gewarnt habe, da einestheils dadurch falsche Voraussetzungen bewirkt würden und anderentheils zum Bruch der Amtsverschwiegenheit verleitet werde. — Es wurde noch durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß zu der fraglichen Versammlung jeder Beisitzer eine Karte zugeführt bekommen hatte, welche als Ausweis beim Betreten des Saales diene.

Staatsanwalt Dr. Borchert hielt weder erwiesen, daß die Versammlung eine öffentliche gewesen, noch daß der Angeklagte die ihm auferlegte Amtsverschwiegenheit gebrochen habe. Dagegen habe derselbe sich doch durch seine Rede arg vergangen und sich der Ehre, das Amt eines Beisitzers ferner zu belassen, unwürdig gemacht. Der Angeklagte habe das Bestreben gehabt, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der Vorstehenden zu säen, er habe Handlungen begangen, welche das Ansehen des Amtes, bei dem er mitzuwirken berufen war, gefährdeten. Die Einrichtung der Gewerbegerichte beruhe auf dem Vertrauen des Publikums und dies habe der Angeklagte zu erschüttern versucht. Die unzulässige Form, die der Angeklagte bei Vortragung seiner so schlecht begründeten Beschwerden gewählt, komme nicht in Betracht, da derselbe nicht wegen Verletzung angeklagt sei. Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seines Plaidoyers gegen den Angeklagten die geschichtlich allein zulässige Strafe: Entsetzung vom Amte.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld führte aus, daß das Verhalten des Angeklagten nicht ein so schweres Vergehen rechtfertige. Der Gerichtshof möge berücksichtigen, daß es sich um den Beisitzer eines Gewerbegerichts und Vertreter der Arbeitnehmer handle, einem solchen Manne könne man in Folge seiner Erziehung und sozialen Stellung doch nicht dasselbe Maß von Selbstbeherrschung zutrauen, wie einem ordentlichen Richter. Gerade deshalb habe der Gesetzgeber die Amtsentsetzung nur bei einer „groben“ Amtsverletzung angedroht. Eine solche liege doch nicht vor. Der Angeklagte habe geglaubt, darauf setzen zu müssen, daß die Rechte der Vertreter der Arbeitnehmer nicht verkleinert, sondern ihre Gleichberechtigung



mit den Vertretern der Arbeitgeber und den Vorsitzenden aufrecht erhalten würden. Habe er mit Bezug auf den Professor v. Willebrand die Ausdrücke „Freiheit“ und „Ehre“ gebraucht, so sei doch zu berücksichtigen, daß dieser Herr den Beisitzern ebenfalls einen beleidigenden Vorwurf machte, als er behauptete, daß dieselben nicht ihrer Ueberzeugung gemäß richteten, sondern unter dem Einflusse ihrer Parteifreunden händeln. Wenn der Angeklagte in der Form gefehlt habe, so sei dies auch nicht in seiner Eigenschaft als Richter, sondern als Privatmann geschehen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Minne, verurtheilte nach kurzer Berathung das Urtheil dahin, daß der Angeklagte freizusprechen sei. Die gegen den Vorsitzenden erhobenen Vorwürfe seien allerdings unbegründet, aber es könne dem Angeklagten geglaubt werden, daß er von der Wahrheit des ihm Mitgetheilten und von ihm Weitergegebenen überzeugt gewesen sei. Eine Verletzung der Amtsverschwiegenheit liege nicht vor. Der Gerichtshof stellte die Beisitzer der Gewerbegerichte auf gleiche Stufe mit den Schöffen, denen Stillschweigen nur über Vorgänge im Beratungszimmer auferlegt werde. Von derartigen Vorgängen habe der Angeklagte nichts verstanden, da er nicht seine eigenen Wahrnehmungen erzählt. Die Hauptpflicht der Beisitzer sei darin zu erblicken, daß sie in objektiver und gewissenhafter Weise an den Entscheidungen des Gewerbegerichts mitzuwirken haben. Ein Verstoß hiergegen sei nicht erwiesen. Der Angeklagte möge in der Form verstoßen haben, aber dies genüge nicht, auf eine so harte Strafe wie Amtsentsetzung zu erkennen. Da eine Geldstrafe nicht vorgesehen sei, müßte demnach auf Freisprechung erkannt werden.

Der große Bergarbeiter Kravall, welcher am 1. Juli auf der Brauntobelgrube „Zentrum“ in Schenkenberg bei Königs-Wusterhausen staatl. beschäftigt wurde, heute noch einmal die zweite Strafkammer am Landgericht Berlin II. Die Verwaltung der genannten Grube hatte damals 60 Bergarbeiter aus dem Kreise Waldenburg in Schlesien unter glänzenden Versprechungen angeworben. Als aber die Leute hierher kamen, fanden sie, daß die Grube naß und gesundheitsgefährlich war und die Versprechungen nicht eingehalten wurden. Etwa 50 Leute forderten daher alsbald ihre Abkehr. Da ihnen aber das verlangte Reisegeld für die Rückkehr in die Heimath verweigert wurde, kam es am 1. Juli 1892 zu einem Kravall, an welchem sich etwa 50 Mann beteiligten. Nachdem die zum Zwecke der Unterhandlung bestimmte Deputation im Komptoir beschimpft worden war, geriethen die draußen harrenden Bergleute in große Aufregung, sie drangen in das Komptoir ein und wurden von hier zwar durch die Gummischläuche der Beamten vertrieben, doch sammelten sie sich draußen und bombardirten nun von außen das Fingerringhaus mit Steinen. Die Fenster wurden eingeworfen, Türen und Möbel zertrümmert und Körperverletzungen hat es auf beiden Seiten gegeben, bis herbeigerufene Gendarmen die Ruhe wieder herstellten. Infolge dieses Kravalls sind dann dreißig der Beteiligten wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt worden. In sechs Schwurgerichtsvorhandlungen sind die Beschuldigten nach und nach abgetheilt, theils freigesprochen worden. Niemals waren sämmtliche Angeklagten zur Stelle, weil die meisten über alle Bergwerksdistrikte Deutschlands verstreut, einzelne sogar nach Amerika gegangen waren. In der letzten Schwurgerichts-Verhandlung fehlten noch vier der Angeklagten. Da es sich bei diesen nur um Theilnahme an einer Zusammenrottung handelte, wurde der Rest der Sache der Strafkammer zur Erledigung überwiesen. In der heutigen Verhandlung war von den letzten vier Angeklagten nur der Schlepper Paul Kienast erschienen, die anderen waren wieder ausgeblieben. Da Kienast geschuldig war, wurde er zu der niedrigsten Strafe von drei Monaten Gefängniß verurtheilt, auf welche die Untersuchungsfrist, die am 25. April begonnen hat, voll angerechnet wurde. Die letzten drei Beschuldigten sollen zu einem neuen Termin vorgeführt werden.

Die Verweigerung einer Mutter beschäftigte gestern das Schwurgericht am hiesigen Landgericht I in einer Anklage gegen die geschiedene Arbeiterfrau Albertine Karoline Auguste Kurzweg geb. Krüger, die des Mordes beschuldigt war. Der Vorst. führte Landgerichtsrath v. Romm, die Anklage vertrat Staatsanwalt Kehler, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Vallien I. Die Angeklagte war seit dem Jahre 1891 mit dem Arbeiter August Kurzweg verheiratet; die Ehe ist durch Urtheil des Landgerichts Prenzlau am 26. April 1895 geschieden worden und zwar wurde die Angeklagte wegen Ehebruchs als der allein schuldigen Theil erklärt. Nach ihrer Scheidung wurde sie am 25. Mai vorigen Jahres von einem Mädchen entbunden, welches den Namen Marie Albertine erhielt. Eine Hausgenossin, Frau Schnell, nahm das Kind gegen ein Monatsgeld von 18 M. in Pflege und die Angeklagte fand eine Stelle als Amme bei der Gräfin von der Goltz in der Kantstr. 150a. Sie scheint die Verpflichtung, von ihrem Gehalt almonatlich die größere Hälfte für den Unterhalt des Kindes herzugeben zu müssen, als eine immer drückendere Last empfunden zu haben, namentlich da zum April ihre Stelle als Amme aufhören und sie alsdann als Dienstmädchen gegen geringeren Lohn weiter dienen sollte. Bei den verschiedenen Besuchen, die sie ihrem Kinde abtrattete, hat sie wiederholt Aeusserungen gethan, welche bekundeten, daß sie es am liebsten sähe, wenn das Kind sterben würde. Letzteres wurde einmal recht kraud und da sagte die Angeklagte zu der Pflegemutter: „Wenn das arme Wärmchen doch nur erst tod wäre!“ Mit ähnlichen Worten hat sie öfter den Tod des Kindes herbeigesehnt. Am 31. Januar holte sie das Kind von der Frau Schnell ab und brachte es gegen ein Pflegegeld von 15 M. zu einer Frau Krautwurst in Nixdorf. Am 29. Februar erhielt sie von ihrer Herrschaft Urlaub. Angeblich hatten sich ihre Eltern nun doch entschlossen, das Kind an sich zu nehmen, und sie wollte es an jenem Tage ihrem angeblich mit der Eisenbahn hier ankommenden Vater zuführen. Sie begab sich zunächst zu der Frau Krautwurst nach Nixdorf und nahm ihr das Kind ab. Die Frau wollte ihr noch Kleider mitgeben, sie erwiderte aber, es sei nicht nöthig, das Kind brauche keine Kleider mehr. Dann besann sie sich und erklärte, sie wolle dem Kinde neue Kleider beschaffen. Sie ging von Frau Krautwurst ohne Zeichen der Erregung weg und kehrte abends zu ihrer Herrschaft zurück, wo sie ruhig ihre Arbeit wieder aufnahm. Am 5. März ist sie verhaftet worden. In der Nähe der Charlottenburger Freiarche war inzwischen die Leiche des Kindes im Sandwehrgaben aufgefunden worden, und zwar hatte es einen Handstich im Munde. Die Angeklagte hatte bei ihren ersten Vernehmungen dem Untersuchungsrichter Landrichter Tellezugegeben, daß sie mit dem Kinde direkt von Nixdorf aus sich nach dem Sandwehrgaben begeben und dort vor Verweigerung das Kind in das Wasser gelegt habe. Im geistigen Termin behauptete sie, daß sie in der That geglaubt habe, ihr Vater würde an jenem Tage auf dem Bahnhofe Zoologischer Garten mit der Bahn ankommen. Ihre Hoffnung sei aber getäuscht worden. Als sie den Bahnhof verlassen, habe das Kind angefangen zu schreien und um es zu beruhigen, habe sie ihm den Handstich in den Mund gesteckt. Dann sei sie, vor sich hinblühend weitergegangen und habe plötzlich das Wasser vor sich gesehen. Sie wisse selbst nicht, wie sie dazu gekommen sei, das Kind in das Wasser zu legen. — Frau Gräfin v. d. Goltz stellt der Angeklagten das allerbeste Zeugniß aus. Sie habe sich wiederholt beklagt, daß ihr Kind nicht sauber genug gehalten werde, habe auch wiederholt Sorge um die weitere Beschaffung einer Unterkunft für das Kind geäußert. — Nach den Gutachten des Prof. Dr. Strahmann und des Sanitätsraths Dr. Mittenzug ergibt konstatirt an der Leiche alle Symptome des Todes durch Ertrinken festgestellt werden, diese seien aber nicht so absolut sicher, daß nicht noch eine andere Todesart offen bliebe. Jedenfalls habe der in den Mund gesteckte Handstich, der den Mord nicht beweist, den Erstickungstod

nicht hervorgerufen. — Die den Geschworenen vorzulesenden Fragen lauteten auf Mord bzw. Todtschlag. Auf Antrag des Vertheidigers wurden noch Fragen nach Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge, Kindesaussetzung und mildernden Umständen hinzugefügt.

Staatsanwalt Kehler führte den Geschworenen vor, daß alle Thatumstände darauf hindeuten, daß die Angeklagte die Tödtung mit voller Ueberlegung ausgeführt habe und empfahl für den Fall, daß die Geschworenen nur Todtschlag annehmen sollten, die Verneinung der Frage nach mildernden Umständen. — Rechtsanwalt Vallien vertrat die entgegengesetzte Auffassung. Nach seiner Ueberzeugung habe die Angeklagte ohne Ueberlegung und in einem Augenblicke gehandelt, als sie die Verweigerung und die Sorge für die Zukunft übermannen. Der Vertheidiger wies schließlich auf das Schicksal des Moses hin und war der Ansicht, daß man die That der Angeklagten sehr wohl aus dem Gesichtspunkte der Kindesaussetzung betrachten könnte. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig des Todtschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie vier Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust und der Gerichtshof erkannte auf diese Strafe.

## Partei-Nachrichten.

Zum Internationalen Kongress entsenden die Bremer Parteigenossen den Genossen Dr. Diederich, Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“. Polnische Genossen in Breslau beschloßen, Fel. Rosa Duzenburg in Zürich nach London zu delegiren.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Diegnitz, 10. Juni. Freisprechung der Genossin Emma Jhrez. An die Anklagevorlage erinnerte eine Anklage, welche heute vor der ersten Strafkammer gegen Frau Emma Jhrez aus Pantow bei Berlin, verhandelt wurde. Die Anklage stützte sich auf § 181 des Straf-Gesetzbuchs wonach mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsanstellungen oder Ämterwerbungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Wie wir einem Bericht der „Breslauer Morgenzeitung“ entnehmen, ging aus dem Eröffnungsbeschlusse hervor, daß die Beschlußkammer die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hatte. Auf die Beschwerde des Staatsanwalts hatte dann der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau die Hauptverhandlung vor der Strafkammer angeordnet. Die Angeklagte vertritt in August v. J. die Eigenhändig Gegend und soll in zwei öffentlichen Versammlungen in Haynau und in Diegnitz gegen § 181 St.-G.-B. sich vergangen haben. In der am 16. August in Haynau stattgehabten Versammlung soll sie, wie der Polizei-Inspektor Franke daselbst gehört haben will, gesagt haben, in den Schulen werde der Hunger-Patriotismus gelehrt. In der Versammlung in Diegnitz am 19. August soll die Angeklagte, wie Polizeikommissar Richter bekundete, u. a. ausgeführt haben, die Gesetze über die Krankenkassen hätten keinen Werth; sie hätten eine Menge Hinterhöfen und würden „vom Kapitalismus und der Polizei gehandhabt, daß es eine Schande sei“. Dann hätte die Beschuldigte die Einrichtung der Volksgesetze — Schöffen- und Geschworenengerichte — abfällig kritisiert und sich darüber beschwert, daß darin nur die Besitzenden, nicht aber auch die beschlossenen Klassen als Richter Verwendung fänden. Auch soll die Angeklagte behauptet haben, wenn sich Unternehmer, Polizei und Staatsanwalt bei der Rechtsprechung in die Hände arbeiteten, so seien die gegen Arbeiter ergehenden Urtheile besiegelt u. s. w. In der Beweisaufnahme, welche sich lediglich auf die Vernehmung der beiden genannten Beamten erstreckte, wies die Angeklagte darauf hin, daß die — übrigens nicht stenographischen — Berichte derselben aus dem Zusammenhange gerissen seien und daß ihre Ausführungen im Zusammenhange einen ganz anderen Sinn gehabt hätten, als ihnen von der Anklage untergelegt werde. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht und beantragte gegen die Angeklagte 300 M. Geldstrafe oder 90 Tage Gefängniß. Die Angeklagte vertheidigte sich in geschickter Weise selbst. Die Vernehmung in Haynau, die man ihr in den Mund gelegt habe, sei unsinnig, und man werde ihr als einer gebildeten Frau doch wohl nicht zutrauen, daß sie solches Zeug „geschwört“ habe. Die Aeusserungen in Diegnitz seien entliehen wiedergegeben. Bei ihrer Kritik der Gesetze über Krankenkassen und Sonntagruhe habe sie sich lediglich auf die Berichte der Fabrik-Inspektoren gestützt. Die Angeklagte verlas einen Passus aus einem solchen Bericht, worin ausgeführt wird, daß die unteren Verwaltungsbehörden oft geneigt seien, den Anträgen der Arbeitgeber auf Gestattung von Ueberarbeit stattzugeben. Sie habe auch mit Bezug auf die Bestimmung der preussischen Verfassung: „Jeder Preuze ist vor dem Gesetze gleich“ ausgeführt, daß diese Bestimmung zum Beispiel auf die Frauen nicht zutreffe. In Beziehung auf die Zusammenfassung der Volksgesetze sei es ja wohl natürlich, daß die unteren Schichten der Bevölkerung darin keine Vertretung hätten. Die sonstigen Schlussfolgerungen, welche die Anklage aus ihren Ausführungen gezogen, entbehren jeder zuverlässigen Grundlage; ihre Kritik, welche sie von ihrem sozialdemokratischen Standpunkte aus an den bestehenden Einrichtungen geübt, sei sie durchaus in den gesetzlichen Grenzen gehalten und deshalb rechtfertigt sich ihre Freisprechung. Der Gerichtshof erachtete zwar als erwiesen, daß die Angeklagte die von den Zeugen bekundeten Aeusserungen gethan; dieselben stellten aber lediglich Passagenentzerrungen, Urtheile und Phrasen dar, keine Thatsachen“ im Sinne des § 181 St.-G.-B. Hiernach sei die Angeklagte freizusprechen und die Kosten der Staatskasse anzuliegen.

## Gewerkchaftliches.

Im Weberstreik im Culengebirge wird uns aus Langenbielau unterm 11. Juni geschrieben: „Am Mittwoch fand hier eine Volkversammlung statt, die von nahezu 1000 Personen besucht war und welche Stellung zu dem Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma S. Neugebauer nahm. Das Mitglied der Streikkommission Kästig referirte über den Anstand. Er bemerkte, daß die so schon geringen Löhne seit Jahren beständig noch mehr gesunken seien, so daß selbst die als äußerster bedürfnislos bekannten Weber des Culengebirges nicht mehr damit ihr Leben zu fristen vermöchten. Auch die geführte Arbeitszeit könne und müsse erreicht werden. Durch die Einführung derselben in anderen Webereien am hiesigen Ort sei der Beweis erbracht, daß die Fabrikanten dabei wohl bestehen könnten.“

Der Referent, sowie alle nachfolgenden Redner warnten die Streikenden in nachdrücklicher Weise, sich ja nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Eine Resolution, in welcher sich die Arbeiter und Arbeiterinnen Langenbielau's verpflichten, jede Woche 50 beziehungsweise 25 Pf. für die Streikenden beizuführen, fand einstimmige Annahme. Mittheilung wurde ferner, daß eine ganze Reihe Geschäftleute bereits eine Herabsetzung der Preise habe eintreten lassen.

Die angebeuteten, um Verbesserung ihrer traurigen Existenz ringenden Weber des Culengebirges appelliren an das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter. Sie hoffen, daß ihre Arbeitsbrüder sie nicht in ihrem gerechten Kampfe zu Grunde geben lassen. Gelber sende man an D. Kästig, Weber, Langenbielau IV. Bez. Nr. 178.

Die Redaktion des „Vorwärts“ kann sich diesem Appell an die Solidarität der Arbeiter zu Gunsten der am meisten ausgebeuteten Proletarier nur anschließen.

Ueber die Scheidig'sche Möbel- und Spiegelfabrik in Frankfurt a. M. ist wegen Entlassung organisirter Arbeiter die Exerte verhängt.

Der Fürther Aluminiumschläger-Streik soll nach Mittheilung der „M. N. N.“ ergebnislos beendet sein.

Einen Abwehrstreik führen die Arbeiter der Gieserei und Maschinenfabrik von Paul Schübe in Oggersheim (Pfalz).

Der Dachdeckerstreik in Ludwigshafen dauert, soweit die Firma Fr. Müller u. Henkel in betracht kommt, noch immer fort. Die übrigen Dachdeckermeister haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Der Ausstand in der Schenk'schen Gieserei in Darmstadt ist ohne Erfolg für die Arbeiter beendet.

Der Streik der Kesselschmiede in der Darmstädter Kesselfabrik von Raderg, dessen Ausbruch wir bereits mitgetheilt, umfaßt 56 Mann; 16 arbeiten weiter. Bei der Firma Schenk streiken 58 von 56 beschäftigten Formern. Die Ursache des Ausstandes bildete die Entlassung eines Arbeiters in den beiden Fabriken, weil sie in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsleiter mit einem dritten Fabrikanten die Verhandlungen für ihre dort beschäftigten, mit der Firma in Differenzen gerathenen Kollegen geführt hatten.

Vom Bildhauerstreik in Stuttgart. Eine recht ergötzliche Afsuhr wurde dem Hofmöbelfabrikanten Brauer in Stuttgart von einem Bildhauer zu theil, den er zum Streikbrecher machen wollte. Auf die Anfrage des Herrn Brauer, ob er Bildhauerarbeiten für ihn übernehmen wolle, antwortete der brave Bildhauer, der in Mühlheim a. D. in Arbeit steht, kurz und bündig: „Ihr Werthe vom 4. d. M. habe ich dem Bildhauerverein Stuttgart zugehen lassen, da ich nicht in der Lage bin, Ihnen Bildhauerarbeiten zu fertigen. Wenden Sie sich also an die Stellenvermittlung der Bildhauer in Stuttgart.“ — Würde nur jeder Arbeiter so handeln, dann wäre es oft besser bestellt — am alle.

Ausförrung der Prager Tischler. Die großen Möbelfabrikanten und die Kleingewerbetreibenden haben sich verbündet und setzten einen Meistertarif in Genu, bei welchem a d e r t halbtausend Tischlergehilfen brotlos wurden, in der eillen Hoffnung, durch diese Maßregel die Wafade der Möbelfabrik Heinrich Köhler zu vernichten und zu bewirken, daß die streikenden Genossen ruhig unter den alten Bedingungen zur Arbeit zurückkehren. Diese Hoffnung der Prager Fabrikanten und Meister hat sich aber bisher nicht verwirklicht, so daß die kleinen gewerblichen Ausföhren, um Forderungen der Firma Heinrich Köhler zu ermögliehen, sich selber in das Arbeitsloch einspannen mußten, und übernehmen die unvollendeten Arbeiten billiger als die Arbeiter — um einen Spottpreis!

Genossen! Um den Streikenden und Boykottirten den Sieg zu ermögliehen, hat die Prager Holzarbeiter-Organisation ihr Möglichstes gethan, sie hat Opfer gebracht, die über ihre Kraft steigen; denn um eine schmächtige Niederlage hintanzuhalten, veranlagte sie wöchentlich 2000 Gulden an Unterstuhlungen! Wir wenden uns deshalb an alle Organisationen, Vereine und einzelne Gesinnungsfreunde mit der Bitte, uns s chleunigst Hilfe zu leisten, und kollektieren in den Organisationen zu veranstalten, damit wir im Hande sind, der gerechten Sache der Holzarbeiter in Prag den Sieg zu sichern. Genossen! Müßbrüder! Arbeiter! Lasset diesen Hilferuf, der an Euch ergeht, nicht unerhört, und spendet aus Eurem Lagen Löhne einige Groschen für das kämpfende Holzarbeiter-Proletariat in Prag!

Alle Sammlungen und Gelder übernimmt die Redaktion des „Trevodelnik“, Prag, Weinberge 278.

Zu Basel haben die Arbeiter der Maschinenfabrik Herz u. Cie. nach 14tägigen Streik die Reduktion der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden und eine Löhnerhöhung von 8 pCt. für die Verheiratheten und 5 pCt. für die Ledigen erlangt. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft hat durch den Streik viele neue Mitglieder gewonnen, so daß ihr von den 830 Metallarbeitern in Basel 300 angehören.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund. Auf Einladung des Zentralkomitees der Schweizerischen Landesausstellung in Genf hat das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes eine „Ausstellungsbroschüre“ im Druck herausgegeben, die über den neunzehnjährigen Zeitraum von 1857 bis 1895 recht interessante Daten mittheilt. Danach hat der Gewerkschaftsbund in der genannten Periode für Unterstützung von Lohnkämpfen und von gemäßigten Arbeitern 203 267 Fr. ausgegeben, die einzelnen Verbände und Sektionen 209 227 Fr., total 412 494 Fr. Von den Gewerkschaften (Verbandssektionen und Lokalorganisationen) vorausgabten 124 für Lohnkämpfe 159 448 Fr., 65 für 454 Gemäßigte 6017 Fr., 24 für Rechtschutzbedürfnisse 2784 Fr., 123 für reisende Mitglieder 13 893 Fr., 20 für Arbeitslose 3596 Fr. und 68 für franke und hilfbedürftige Mitglieder 21 487 Fr. Von den 283 Lohnbewegungen hatten 112 vollen, 44 theilweisen und 27 negativen Erfolg; von den 87 Streiks verliefen für die Arbeiter 56 ganz, 14 theilweise günstig und 15 erfolglos. Die Verbände der Metall-, Holz- und Bauarbeiter, Lithographen und Buchbinder, Müller, Korbmacher, Gärtner, Tabak- und Zigarrenarbeiter und der Schneider haben mehr oder weniger werthvolle Mittheilungen über die Arbeitsverhältnisse an verschiedenen Orten gemacht. Der Jubiläumstag hat danach weite Verbreitung, auch der Neu- und Achtundzestag besteht, während die Schneider, Gärtner, Schmiede und Küfer noch 12 Stunden und darüber, selbst noch bis zu 16 und 18 Stunden arbeiten müssen. Diese haben denn auch die schlechtesten Löhne, dagegen die Lithographen, Metall-, Holz- und Bauarbeiter die besten. — Die Broschüre ist nebst einer graphischen Darstellung der Verbreitung der Gewerkschaften in der Schweiz in der Landesausstellung in Genf ausgestellt.

Der Streik der 1500 Porzellanarbeiter in Limoges (Frankreich) dauert fort.

Von der Bewegung der Tabakarbeiter in Rußland. Im Februar dieses Jahres forderten sämmtliche (ca. 150) Arbeiter der Tabakfabrik von Awadurov in Odessa, deren Lage durch die Einführung von neuen Maschinen auf der Fabrik verschlimmert worden ist, von ihrem Fabrikanten eine Erhöhung ihrer Löhne. Der Fabrikant beantwortete diese Forderung mit einer sofortigen Entlassung von 30 Arbeitern, doch wurde er von dem Fabrikinspektor, dessen Einmischung die Arbeiter veranlaßten, genöthigt, diese Arbeiter 14 weitere Tage zu beschäftigen, da er nicht das Recht habe, seine Arbeiter ohne vorangehende zweiwöchentliche Kündigung zu entlassen. Nachdem ein Theil der Arbeiter von Awadurov bei dessen Konkurrenten Pokow in Arbeit trat, und zwar für einen billigeren Lohn als der, welchen sie von Awadurov verlangten, — es geschah dies nur, um das Geschäft dieses letzteren zu schädigen und ihn auf diese Weise zur Nachgiebigkeit seinen Arbeitern gegenüber zu zwingen —, fanden plötzlich unter den Tabakarbeitern in Odessa Verhaftungen statt. Diese Verhaftungen werden auf eine Denunziation seitens Awadurov zurückgeführt, welcher den Behörden mitgetheilt haben soll, daß eine geheime Organisation der Tabakarbeiter bestehe und daß verbotene Schriften von ihnen gelesen würden.

## Briefkasten der Redaktion.

Bureauangestellte. Wegen Raummangel zurückgestellt. B. Mainz. Die Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter dürfte geeignet sein. Wenden Sie sich an Karl Scholz, Postenstr. 8 im Keller.

## Briefkasten der Expedition.

Verein der Schlosser und Dreher in Halle. Den Betrag von 15 M. haben wir Herrn Näher übergeben.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 18. Juni.  
**Opernhaus, Mignon.**  
**Neues Opern-Theater.** (Kroll.)  
Die verkaufte Braut. — Carneval.  
Schauspielhaus, Die Karolinger.  
**Deutsches Theater.** Die Weber.  
**Leistung-Theater.** Waldbühnen.  
**Berliner Theater.** König Heinrich.  
**Neues Theater.** Lata-Loto.  
**Kessiden-Theater.** Der Stellvertreter.  
Vorher: Erlauben Sie Madame!  
**Theater Unter den Linden.** Orpheus in der Unterwelt.  
**Schiller-Theater.** Bergnügte Fitterwochen.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante.  
Vorher: Die Bajazzi.  
**Selle-Aliance-Theater.** Die Kinder des Kapitan Grant.  
**National-Theater.** Maria Stuart.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr, zum 1. Mal:  
**Vergnügte Fitterwochen.**  
Sonntag, abends 8 Uhr: **Vergnügte Fitterwochen.**

**Theater Alt-Berlin.**  
(Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)  
Jeden Nachmittags 5 1/2 Uhr:  
**Märkisches Ringelstechen.**  
Eintritt 60 Pf., Parter 1 Mk., Loge 2 Mk.  
Abends 7 1/2 Uhr.  
**Der Meister von Berlin.**  
**Unsere Viktoria.**  
**Märkisches Ringelstechen.**

**Alt-Berlin.**  
Bei günstiger Witterung nachmittags 4 Uhr: **Märkischer Jagd- u. Reutzug.**  
Nachmittags 6 Uhr:  
**Aufzug zum Ringelstechen.**  
Zwei Musikkorps.  
Baubühnen; Diorama; Aldeutscher Fergarten. Rembrandtmühle. Reise in die Unterwelt.  
Eintritt: 25 Pf.  
Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf., später 25 Pf.  
**Passepartouts à 4 Mk.**

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samat.  
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Gastspiel des Herrn Robert Harberg vom Stadttheater zu Düsseldorf.  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel in 5 Akt. v. Fr. v. Schiller.  
Regie: Fritz Schäfer.  
Morgen: Die Waise von Lowood.  
**National-Theatergarten.**  
Heute Ringkampf zwischen Herrn Theodor Heide u. Georg Villodat.  
Vorher: **Großes Konzert.**  
Spezialitäten. Theaterstücke.

**KAIRO** von 7 Uhr abends ohne Gewerbeausstellungs-Billet zugänglich.  
**KAIRO** von 10 Uhr vorm. geöffnet.  
1. Eingang: Ausst.-Bahnh., II. Eing.: Köpnick-Landstr.  
**KAIRO** Waffensamml. d. Chediwe; Samml. d. egypt. Behörden, Schwert des Mehmet-Ali.  
**KAIRO** Salon bedeutender **Orientaler.**  
**KAIRO** Riesen-Arena mit Monstre-Aufführungen v. 500 Pers. m. Pferd., Dromedaren etc.  
**KAIRO** Leibkapelle d. Chediwe 60 Mann in Uniform, 3 Hauskapellen.  
**KAIRO** Arena: Beduinenkämpfe und Reiter-Fantasias um 5 und 8 1/2 Uhr nachm.  
**KAIRO** Cheops-Pyramide mit Königsgräbern.  
**KAIRO** Entree 50 Pf. Elittotag (Dienstag) 1 Mk.  
**KAIRO** Dauerkarten: Erwachsene 15 Mark, Kinder 8 Mark, im Bureau Kairo und bei C. Stangen, Mohrenstraße 10.  
**Weiß- und Gairisch-Bier-Lokal** v. A. Günther, Frankfurter Allee 16. Vereinszimmer mit Piano, 60 Pers. fassend, zu vergeben. 51856\*

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
**Wissenschaftl. Theater**  
abends 8 Uhr.  
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn.  
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr  
abends ab. Eintritt 50 Pf.

**Passage-Panopticum.**  
**42**  
**wilde Weiber**  
ans  
**Dahomey.**

**Castan's Panopticum.**  
165 Friedrichstraße 165.  
**Das Bärenweib**  
phänomenales Naturspiel  
aus den Felsenbergen New-Mexico's!  
Illusionen — Kasperle-Theater —  
Damen-Kapelle — Irrgarten.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Charley's Tante.**  
Schwank in 3 Akten von Brandon  
Thomas. Repertoirestück des Globe-  
Theaters in London.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Vorher: Mit neuer Ausstattung:  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Posse mit Gesang in  
1 Akt von Ed. Jacobson und Benno  
Jacobson. Musik von F. Roth.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Apollo-Theater**  
und Konzert-Garten  
**Die Spree-Amazone**  
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glök.  
Posse mit Gesang und Tanz in 1 Akt  
v. A. Sennfeld. Musik v. Paul Lemele.  
Anton Emil Pummel Geny Bender.  
Wanda Kiesel . . . . . Elfe Linda.  
Carl Schwemmler . . . . . Fedor Marlow.  
Lilli . . . . . Clara Antonie.  
Clemens Stempel . . . . . Robert Steidl.  
Guido Sturm . . . . . Hedw. Döring.  
Helmuth Diebillini . . . . . Josef Armin.  
Zum Schluss:  
**Große Ausstellungs-Apotheose.**  
Berne Austraeten von  
**20 Kunstkräften 1. Ranges.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert  
7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

**Altes Schützenhaus**  
Linienstr. 5 (21816\*)  
empfiehlt seine Säle mit schönem Natur-  
garten. Sonnabende noch frei.

**Ostbahn - Park**  
Rüderdorferstr. 71. Am Küstriner Park.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle  
unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschoek.  
Kasserküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.  
Volkbelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.  
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
**H. Jmbs.**

Größtes Schauspiel der Welt.  
Vorstellungen  
täglich  
**Bolossy**  
Király's „Orient“  
im  
**Olympia-**  
**Riesentheater.**  
Alexanderstr., Ecke Magazinstr.  
Nachmittags 5-7 Uhr,  
Abends  
9-11 Uhr.  
Ca. 1000 Mitwirkende.  
Übertrifft alles bisher Dagewesene.  
Sensationeller Erfolg d. Saison.  
Olympia-Theater  
zu London ohne  
Unterbrechung gegeben.  
500 Mal im  
500  
Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.

**Reichshallen** im prach-  
vollen  
Garten,  
Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.  
Täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
Um 1/10 Uhr: Hoffmann  
mit die Musik der armen  
Leute. Um 1/11 Uhr die stets  
mit stürmischem Beifall auf-  
genommenen  
**Alle fünf Barrisons**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., reserv.  
Platz 50 Pf. Vorzugsbilletts haben  
Giltigkeit.

**Puhlmann's**  
**Vaudeville-Theater.**  
Schubhauser Allee 148.  
Täglich:  
**Das wunderbare Juni-**  
**Programm.**  
Erna Rolla die muß man sehen.  
Prof. Matutta, Illusion. **Rajado-**  
**Trio.** Nelli u. Albert. **Rapp-**  
**mann.** Duett. **Geschw. Trancy,**  
Trapes zc. Entree 30 Pf.

**W. Noack's**  
**Sommer-Theater.**  
Brunnenstr. 16.  
Täglich:  
**Konzert, Theater und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag  
und Donnerstag:  
Im  
Saal:  
**Gr. Ball.**  
**Das Königreich der Weiber.**  
Operette in 3 Bildern von Millöder.  
Julius Ernest, Liedersänger.  
Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette.  
Willi Reuschel, Gesangs-Humorist.  
Janka Rosl, Opernsängerin.  
Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

**Steglitz, Albrechtshof.**  
Heute Sonnabend, 13. Juni:  
**Stettiner**  
**Sänger**  
(Meysel,  
Pietro,  
Britton,  
Steidl,  
Krone,  
Röhl  
und  
Schrader).  
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf siehe Plakate!  
**Großartiges Programm**  
Nach der **Lanzkränzen.**  
Soiree: **Viktoria-Brauerei.**  
Achtung!  
Künstl. Zähne v. 3 Mk. an, Theilg.  
wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigen, Nervöditen bei  
Besetzung umsonst.  
Gudel, Sanftgerplatz 2, Gfasserstr. 12  
Athleten-Klub verkauft Gewichte.  
Näh. Paull r. 51 bei Böhm.

**Stettiner**  
**Sänger**  
(Meysel,  
Pietro,  
Britton,  
Steidl,  
Krone,  
Röhl  
und  
Schrader).  
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf siehe Plakate!  
**Großartiges Programm**  
Nach der **Lanzkränzen.**  
Soiree: **Viktoria-Brauerei.**  
Achtung!  
Künstl. Zähne v. 3 Mk. an, Theilg.  
wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigen, Nervöditen bei  
Besetzung umsonst.  
Gudel, Sanftgerplatz 2, Gfasserstr. 12  
Athleten-Klub verkauft Gewichte.  
Näh. Paull r. 51 bei Böhm.

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 Mk. an, Theilg.  
wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigen, Nervöditen bei  
Besetzung umsonst.  
Gudel, Sanftgerplatz 2, Gfasserstr. 12  
Athleten-Klub verkauft Gewichte.  
Näh. Paull r. 51 bei Böhm.

**Ostbahn - Park**  
Rüderdorferstr. 71. Am Küstriner Park.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle  
unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschoek.  
Kasserküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.  
Volkbelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.  
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
**H. Jmbs.**

Größtes Schauspiel der Welt.  
Vorstellungen  
täglich  
**Bolossy**  
Király's „Orient“  
im  
**Olympia-**  
**Riesentheater.**  
Alexanderstr., Ecke Magazinstr.  
Nachmittags 5-7 Uhr,  
Abends  
9-11 Uhr.  
Ca. 1000 Mitwirkende.  
Übertrifft alles bisher Dagewesene.  
Sensationeller Erfolg d. Saison.  
Olympia-Theater  
zu London ohne  
Unterbrechung gegeben.  
500 Mal im  
500  
Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Bauthstr. 2. Berlin SW.  
Soeben erschienen:  
**Revolution und Kontrevolution in Deutschland.**  
Von Karl Marx. Mit einer Vorrede von R. Kautsky.  
Brosch. 1,50 M., geb. 2 M. — Porto 20 Pf.  
Die längendste und schärfste Charakterisierung der ent-  
scheidenden Faktoren in der deutschen Revolutionsbewegung.  
**Geschichte des Sozialismus.**  
I. Bd. Teil 1 und 2.  
Brosch. je 3 M., Ebd. 4,50 M., Halbfr. 5,50 M. — Porto 50 Pf.  
**Beiträge zur Geschichte des Materialismus.**  
Von G. Plechanow. 3,50 M. — Porto 30 Pf.  
**Geschichte der englischen Arbeit.**  
Von E. Rogers.  
Brosch. 5 M., Ebd. 6,50 M., Halbfr. 7 M. — Porto 30 Pf.  
**Geschichte der deutschen Schiffszimmerer.**  
Von H. Groß. Brosch. 2,25 M., geb. 3 M. — Porto 30 Pf.  
**Englische Gewerkevereins-Bewegung.**  
Von C. Hugo. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M. — Porto 20 Pf.  
**Neue Agitationsschriften.**  
**Arbeiterhatechismus.** Von H. Calwer.  
**Arbeiterelend in der Konfektions-Industrie.**  
**Zweierlei Recht. — Liebknecht-Prozess.**  
Preis je 10 Pf. — Porto 3 Pf.  
**Arbeiterschutz-Heuchelei.** Mit Nachwort von A. Sebel.  
**Septemberkurs vor dem Reichstag.**  
**Essener Meincids-Prozess.**  
Preis je 15 Pf. — Porto 5 Pf. 204/11

**Zenthen.**  
Freunden und Be-  
kannnten die Mit-  
theilung, daß ich  
See-Strasse 35 ein neues Lokal  
eröffnet habe. Dasselbe ist herrlich ge-  
legen, für Landpartien gut passend und  
per Wasser, Bahn und Chaussee zu er-  
reichen. Gute Speisen und Getränke zu  
den bill. Preisen. Zu zahlreichem Besuch  
ladet ergebenst ein **Isert, Gastwirth.**

**K ü n s t l. F ä h n e.**  
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.  
Zweizahlung pr. Woche 1 Mk.

**Möbel-Ansverkauf,**  
passendste Gelegenheit für Brautleute. In  
meinem größten Möbelspeicher, Neue König-  
straße 35, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen,  
verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem  
annehmbaren Preise verkauft werden. Durch  
sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir  
möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100,  
200 Mark abzugeben. Zehnjährige gestiftet.  
Beachten ohne Anzahlung, Kleiderständer 15 Mark,  
Kleiderkasten, Kleiderständer 15, Aufbaum-Kleider-  
ständer, Vertikales 20 Mark, Kleiderständer  
25, Kleiderständer mit Klatschen 15 Mark, Sophas  
15, Stuhlsesselstühle, Kleiderständer, hochlegant 60,  
Trümmen mit Säulen und Karyatidengliedern  
60, Herrenschreibtisch, Büchergarnituren 60 Mark,  
Kleiderschrank 75 Mark, Steppdecken, Tisch-  
decken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gefasste  
Möbel können drei Monate kostenfrei auf  
meinem Ausbesserungsspeicher lagern, werden  
durch eigene Gespanne transportirt, auch nach  
außerhalb. 4891L\*

**Jede Uhr**  
repariren u. reinigen kostet  
bei mir unter Garantie des  
Gutgehens nur 1 M. 50 Pf.  
außer Bruch, kleine Reparaturen  
billiger. Großes Lager neuer und  
gebrauchter Taschenuhren, Regula-  
toren und Werke, alle Arten Ketten,  
sowie Brillen und Pincenez.  
**Carl Lux, Uhrmacher,**  
35, Chaussee-Strasse 35.

**Reell und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuh-  
fabrik von W. Hilschke, gegründet 1872,  
Stalhoferstr. 13, Ecke Admiralstraße,  
am Rottbuscher Thor. 50158\*

**Achtung! Kein Laden.**  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren  
1 Mark. Garantie rein amerikanische  
Tabake. Hippentabak 2 Pfd. 80 Pf.  
50231\*  
G. F. Pönske,  
Rottbuscherstr. 4, Hof part.

**Gänlicher** 14856\*  
**Möbel-Ansverkauf**  
wegen Räumung des Ladens zum  
**Selbstkostenpreise.**  
Fr. Anna Wildberger,  
Lübeckerstraße 31 (Moabit).

**Möbel** u. Polsterwaaren,  
reelle Waare emp.  
**Franz Tutzauer,**  
Tischlermeister, [49929\*  
Berlin SW., Plächer-Strasse 14.  
Vereinszimmer für 40-60 Pers. ist  
noch für einige Tage zu vergeben  
21506] Oswald Stein, Wienerstr. 31.  
Eine möblirte Schlafstube zu ver-  
mieten Belfortstr. 7, 2 Tr. r. 21488  
Schlafst. sof. od. spät zu vermieten  
Bwe. Gofnial, Wahnmannstr. 35, 4 Tr.  
Möbl. Zimm. sof. an Herrn od. Dame  
zu verm. Grüner Weg 111 8 Tr. links.

Milchgeschäft billig zu verkaufen  
Hannoverstr. 52g b. Schneider. 21545

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung! Klavier-,**  
**Klavatur- und Piano-**  
**mechanikarbeit Berlins.**  
Der Streik ist am 5. d. M. als be-  
endigt erklärt worden, doch sind 5-600  
Arbeiter nicht wieder eingestellt, somit  
als gemäßigert zu betrachten. Wir  
erfuchen die Kollegen von außerhalb,  
sowie die Tischler Berlins, den Zugang  
nach obigen Fabriken fernzuhalten.  
289/12\* **Die Lohnkommission.**

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Die Kollegen der Tischler-Berkschaft  
von **Exemplar, Müddendorferstraße 7,**  
und der **Sargtischlerei von Robert,**  
**Potthamerstr. 114 (Berkschaft Steinmetz-**  
**straße 6)** haben wegen Lohndifferenzen  
die **Arbeit eingestellt.**  
Zugang fernhalten!  
Die Ortsverwaltung  
des Deutschen Holzarbeiter-  
Verbandes. 291/4\*

Ein  
**tüchtiger Meister,**  
der mit Guert. resp. Mühlen-Stählen  
gründlich Bescheid weiß, findet dauernde  
und lohnende Stellung.  
Offerten unter **J. S. 9888** besördert  
**Rudolf Mosse, Berlin S.W.**

Arbeiterinnen, geübte, verk.  
**Marton** **M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.**

**Tüchtige Mechaniker**  
welche mindestens schon 4 Jahre als  
Gehilfe gearbeitet haben, aber nur  
solche, werden bei gutem Akkordverdienst  
gesucht. Offerten unter **J. Y. 9917**  
besördert **Radolf Mosse, Berlin SW.**

**Zohlenstepper** findet Beschäftigung  
Fischuhlfabr. Barnimstr. 22. 2145b

**Einpacker** verlangt bei hohem Lohn  
Goldlestenfabrik Rottmannstr. 5. 2152b

**Plätterin** wird sofort verlangt,  
dauernde Beschäftigung. **Gutte,**  
W. Friedrich Wilhelmstr. 20 (Laden).

**Konfirmations-**  
**tüchtige Agenten.**  
Offert. sub **N. M. 102** an Haasen-  
stein u. Vogler A.-G., Leipzig gerstr. 48

**Stricker** und **Stickerinnen** auf  
Maschine verlangen 2149b  
**Schlottmann u. Ko., Klosterstr. 69/70.**  
**Delateur-Gesuch.**  
Ein tücht. Delateur, der gründlich  
in der Delatur erfahren, wird zur  
Führung meiner Delatur bei gutem  
Lohn sofort gesucht. Offerten unter  
Einreichung v. Zeugnissen u. Angabe v.  
Gebaltsforderung zu richten an  
2144b **Leopold Jnda, Stettin.**  
Zum sofort. Antritt suche einen tücht.  
Klempner für Blech-, Ofenrohr und  
juno Spannen von Messing-Ofenböden  
2147b **Jechlin, Alexanderstr. 49.**



## Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 12. Juni 11 Uhr.

Am Ministerische Justizminister Schönstedt und Kommissarien.

Die Vorlage betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Znin wird debattelos in dritter Lesung angenommen.

Die Vorlage betr. die Aufhebung des Amtsgerichts zu Peltworm wird nach kurzer Debatte, in welcher namentlich der Abg. Brütt (fr.) gegen die Vorlage spricht, in dritter Lesung genehmigt.

Nach kurzer Debatte wird der Staatsvertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen betr. den weiteren Ausbau der Fahrbahn in der Außenweser in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die Vorlage betr. die Familienidealkommission in Neuvorpommern und Rügen.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Es kommt sodann der Antrag Brömel (fr. Vg.) zur Beratung: Die Regierung zu ersuchen, für die Uebelstände, welche in der Berliner Stadt- und Ringbahn infolge häufiger Ueberfüllung der Wagenabtheile seit Jahren bestehen und neuerdings durch den Verkehr nach und von der Gewerbe-Ausstellung noch gesteigert worden sind, mit aller Beschleunigung Abhilfe zu schaffen.

Abg. Brömel begründet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß nach den amtlichen Mittheilungen am zweiten Pfingstfeiertage durchschnittlich zwanzig Personen in jedem Wagenabtheil befördert worden sind. Den Kampfen auf den Haltestellen um die Ertragung eines Platzes in den überfüllten Wagenabtheilen stehen die Beamten mit einer Ruhe und Gleichgültigkeit gegenüber, die nur durch häufige Uebung erworben werden kann. (Heiterkeit.) Im Vorortverkehr ist es vorgekommen, daß Eisenbahnwagen, in denen Schülerinnen von 6 bis 16 Jahren unter Aufsicht ihrer Lehrerin sich befanden und für welche die Wagen besonders reservirt waren, durch Leute, für welche die Bezeichnung Arbeiter viel zu schade wäre, gestört und die Mädchen auf das Ärgste belästigt wurden. Soll man es einer Mutter verdenken, daß sie die schlimmsten Vorwürfe gegen solche Verwaltung erhebt? Es mangelt an dem nöthigen Aufsichtspersonal auf der Stadt- und Ringbahn. Beim Pferde- und Omnibusverkehr wären solche Vorkommnisse unmöglich. Das feste Gebränge hat eine grenzenlose Verwilderung der Sitten beim Stadtbahnverkehr zur Folge gehabt. Wenn nur der Herr Minister öfter auf der Stadtbahn fahren würde! Aber da werden seine Beamten wohl sagen: Excellenz, bleiben Sie lieber zu Hause; fahren Sie jedenfalls nicht auf Ihrer Eisenbahn! Das Problem der Massenbeförderung mag schwer zu lösen sein, aber es kann manches geschehen, um die Uebelstände zu mildern. Eine bessere Aufsicht kann dafür sorgen, daß der Andrang sich gleichmäßiger vertheilt. Der Staat hat keine Verpflichtung, den Berlinern eine ausreichende Verkehrsbelegenheit zu geben; aber an anderen Stellen hat man die Berliner Verkehrsbelegenheiten zu lange vernachlässigt und ihre Entwicklung zurückgehalten. Den städtischen Behörden muß klar gemacht werden, daß sie selbst für die Verkehrsverbesserung sorgen müssen und kein Recht haben, auf die Staatsbahn allein sich zu verlassen. Ein Eisenbahnunglück bei solchen überfüllten Zügen müsse furchtbare Katastrophen herbeiführen. Nehmen Sie den Antrag mit recht großer Mehrheit an. (Beifall.)

Ministerial-Direktor Fleck anerkennt die Begründetheit der vorgebrachten Klagen, auf deren Abhilfe bedacht genommen wird. Im Jahre 1890 hat der Abg. Parisius eine Strafverfügung, wonach das Einsteigen in vollbesetzte Kupes mit 30 M. Geldbuße geahndet wird, sehr abfällig beurtheilt. Nun sieht uns allerdings noch ein Mittel zur Verfügung, bei starkem Andrang die Sperrung der Schalter und Vordränge; ob damit dem Publikum gebient ist, weiß ich nicht. Andere Vorschläge werden gern in Erwägung genommen. Die Zifferangaben des Herrn Brömel über den Verkehr am 2. Pfingstfeiertage sind ungenau; seine Zahlen umfassen den Stadt- und Ringbahn, sowie den Vorortverkehr. Anerkannt muß werden, daß an solchen verkehrsreichen Tagen die Beamten ihren Dienst mit anerkanntem Eifer versehen. (Beifall.)

Abg. Nath Schröder giebt Auskunft über die getroffenen Vorkehrungen zum Zwecke der Verkehrs erleichterung und schildert die Schwierigkeiten, welche einer weiteren Vermehrung der Züge entgegenstehen.

Abg. Freiherr v. Erffa-Wernburg (L.): Wir wollen den Antrag Brömel unterstützen, aber nicht ohne zu betonen, daß die Schuld der ungenügenden Verkehrsbelegenheiten hauptsächlich die Stadtverwaltung trifft, die selbst Anlagen abgelehnt hat, die ihr unentgeltlich angeboten wurden, wie z. B. die Langen'sche Schwebebahn. Die Vorwürfe gegen die Bahnverwaltung halten wir für unbillig. Viele der Brömel'schen Vorschläge halten wir für unbrauchbar und ungewinnlich. Rüssel giebt es überall, namentlich auf der Eisenbahn. Das Publikum muß eben lernen, die nöthige Ordnung unter sich selbst zu halten, wie man das in Paris und London längst gelernt hat.

Abg. Schmidt-Warburg (B.) spricht sich ebenfalls für den Antrag Brömel aus, obwohl er dessen Gründe nicht überall anerkennt; aber auch die Ausführungen v. Erffa's seien nicht überall zutreffend. Ein bessere Aufsicht auf den Bahnsteigen könnte viel bessern.

Abg. Dr. Langerhaus (fr. Vg.) weist die gegen die Stadt Berlin erhobenen Vorwürfe zurück. Die Stadt habe es an Bereitwilligkeit nicht fehlen lassen. Die Schwierigkeiten liegen an anderen Stellen. Das elektrische Hochbahn-Projekt war für uns längst erledigt. Ebenfalls Straßenbahnen mit ihrem schnellen Betriebe sind im Innern der belebten Stadt sehr gefährlich. Alles kann doch auch die Stadt nicht machen, wir müßten da sonst den sozialdemokratischen Staat einrichten.

Abg. Wallbrecht (nat.) findet den Verkehr auf der Berliner Stadtbahn mangelhaft. Berlin muß selber für seine Verkehrsbelegenheiten sorgen. In den elektrischen Betriebsbelegenheiten ist es zurückgeblieben.

Damit schließt die Beratung. Nach einem Schlusswort des Antragstellers wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Morgen (Sonnabend) 11 Uhr: Antrag v. Knebel (nat.) betr. Staatszuschuß für Landwirtschaftskammern und Antrag Alberts betr. Währungsfrage.

Schluß 2 1/2 Uhr.

## Soziale Ueberfluth.

Kriminalität und Arbeitslosigkeit. Wenn recht viel Arbeit vorhanden, nehmen die Gesetzesübertretungen ab. Die beste Statistik hierzu bieten die beiden Strafkammern des Elberfelder Landgerichts als anerkennende Berichte erster Instanz, deren Geschäftsberichte seit Jahren ein riesiges Anschwellen der Strafsachen erkennen lassen. Seit vorigem Jahre nun ist hierin ein erfreulicher Rückschlag eingetreten, der in folgenden Ziffern seinen Ausdruck findet: In den ersten fünf Monaten des Jahres 1895 verhandelten die beiden Strafkammern gegen 740 Angeklagte, wovon 572 verurtheilt und 168 freigesprochen wurden. In demselben Zeitraum des Jahres 1896 entfielen dagegen nur 617 Angeklagte mit 445 Verurtheilungen und 172 Freisprechungen. Die Zahl der Angeklagten hat sich also um 17 pCt., diejenige der Verurtheilungen sogar um 23 pCt., also nahezu um 1/4 vermindert, während sich das Verhältnis der Freisprechungen zu der Gesamtzahl der Angeklagten um 13 pCt. besser stellt. Diese Feststellungen bilden einen deutlichen Beweis dafür, daß Mangel an Arbeit und an ausreichendem Verdienst mehr zur Erhöhung der Verbrecherstatistik beitragen, als Untugenden und böse Neigungen der Menschen.

**Ladenschluß in Budan.** Wie der „Magdeburger Zeitung“ mitgetheilt wird, hat sich der größte Theil der Geschäftsinhaber im Stadttheil Budan dahin geeinigt, ihre Geschäfte von jetzt ab abends 9 Uhr zu schließen. Es ist die Ansicht der Geschäftsinhaber, daß sie, ebenso wie jeder Beamte und Arbeiter im Stande ist, seinen Lebensunterhalt in 10—12stündiger Arbeitszeit zu verdienen, auch ihrerseits dasselbe in einer 14—15stündigen Geschäftstheil erreichen können. Sie hegen die Erwartung, daß auch das launische Publikum dem bescheidenen Wunsche, so früh die Geschäfte zu schließen, Rechnung tragen und seine Einkäufe danach einrichten wird.

**Zur Bäckerei-Verordnung.** Eine halbamtliche Ausgabe der Verordnung, die am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, ist soeben unter dem Titel „Die Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien. Erläuterung von v. Meyeren“ im Verlage von Carl Heymann in Berlin erschienen. Außer der Verordnung des Bundesrathes enthält sie die Ausführungs-Anweisung des preussischen Handelsministers und die Bestimmungen über die Sonn- und Festtagsarbeit in Bäckerei- und Konditorgewerbe. Zahlreiche Erläuterungen sind den Gesetzesbestimmungen angefügt. Der Preis des 34 Seiten starken Heftchens ist 60 Pf.

**Was das belgische Volk ist.** Der Londoner Korrespondent eines bürgerlichen belgischen Blattes (L'Echo de la Belgique) macht in einem eingehenden Artikel geradezu entsetzliche Enthüllungen über die Art, wie von England aus für die Ernährung der belgischen Proletariat gesorgt wird. In London wurde gelegentlich einer Gerichtsverhandlung gegen einen Kaufherrn, der wegen Thierquälerei angeklagt war, festgestellt, daß die armen abgetriebenen, kranken und alten Thiere zur Ausfuhr nach Belgien bestimmt gewesen waren. Auf die verwunderliche Frage des Richters, wozu man solche fast werthlose Thiere nach ausführe, erfolgte die Antwort, daß sie in Bestimmungslande zum Lebensunterhalt dienten, nämlich in einer Antwerp'schen Fabrik zu „amerikanischem Corned-beef“ verarbeitet würden. Acht Tage darauf richtete schon ein Unterhausmitglied an die Regierung die Anfrage, ob die Befehle beständen, daß die so verarbeiteten Londoner Rindergäule als Fleischkonferven ihren Weg wieder nach England zurücknehmen könnten, wurde aber über diese Sache vom Regierungsvorsteher beruhigt. Auch im belgischen Parlament fragte ein Mitglied über diese merkwürdige Nahrungsmittelverfälschung an, „beruhigte“ sich aber ebenfalls mit einigen leeren Redensarten — er ist jedenfalls in der beneidenswerthen Lage, von dem Konsum von antwerp'schem Corned-beef absuchen zu können; die Regierung will einige Mittel in Erwägung ziehen, die zum Genuß eingeführten Pferde mit Brenneisen stempeln und so fort. Das ist natürlich lächerlich unwirksam, denn einer Wache gepressten Fleisches kann keiner ansehn, ob das Thier, von dessen Leib der Inhalt gebildet wird, einst als staltlicher Bulle auf den Prärien des westlichen Amerika's oder als kranker Droschhengaul auf dem Londoner Pflaster lebte. Wie bedeutend aber die Frage für das belgische Publikum ist, mag man aus der Zahl der eingeführten Pferde ersehen: aus England kommen ihrer nachweislich 24000 jährlich, die ungefähr 9 600 000 Büchsen falschen Cornedbeef zu einem Pfunde jede geben; das macht aber nicht weniger als 1 1/2 Büchsen auf den Kopf der belgischen Bevölkerung! Die schamlose Ausbeutung des Proletariats wird hier gekrönt von dem grandiossten Lebensmittelbetrug; die geringen Löhne erlauben dem Arbeitmann selten den Fleischgenuß, und was er sich einmal kaufen kann, in dem Glauben, daß er amerikanisches Rindfleisch von frischen, gesunden und wohlgenährten Thieren erhalte, — das sind die fast und kostlosen, ekelregenden Ueberbleibsel der unter der erbarmungslosen Peitsche zu Tode gepeinigten Londoner Droschhengäule! —

**Vor der Ueberfluthung nach Bukarest,** der Hauptstadt Rumäniens, warnt nachdrücklich der dortige Arbeiter-Bildungsverein. Von dieser Organisation wird uns darüber geschrieben: Außer einigen Staatswerkstätten giebt es in Bukarest nur sehr wenig Betriebe, die einen ziemlich regelmäßigen Geschäftsgang haben. Es bestehen hier Werkstätten, die regelmäßig jedes Jahr mehrere Monate lang geschlossen sind, nachdem vorher aus Leben und Tod gearbeitet worden ist. Die Arbeiter, die hierher engagirt werden, haben davon keine Ahnung. Die Arbeitsgelegenheit ist hier überhaupt unsicher. Der größte Theil der ausländischen Arbeiter ist im Baugewerbe beschäftigt, wo auch der größte Stellenwechsel herrscht. Die Unsicherheit in diesem Gewerbe ist so groß, wie der Arbeiter, der dabei getrieben wird. Da giebt es eine Menge Kleinmeister, die wegen mangelnden Betriebskapitals regelmäßige Lohnzahlungen nicht innehalten können. Oft kommt es vor, daß so ein Meister nur etwa die Hälfte der vereinbarten Summe erhält oder daß er in der Konkurrenz der Arbeit zu billig übernommen hat. Dann hat der Arbeiter ebenfalls umsonst gearbeitet. Auch kommt es vor, daß zahlungsfähige Meister ihre Arbeiter um den Lohn prellen. Durch solche Versprechungen werden oft Arbeiter hierher gelockt, um die Stellen auszufüllen, die von betrogenen Arbeitern verlassen wurden. Im günstigen Falle wird das Versprechen eine zeitlang innegehalten, aber dann wird meist der Lohn reduziert oder der Arbeiter entlassen. Der Unternehmer weiß ja, daß der Arbeiter in Rumänien recht- und machtlos dasteht und unter Umständen das ganze Jahr vergebens auf eine Stelle warten könnte. Weiter sind uns Fälle bekannt, daß Arbeiter, die bei einem Konkurrenten ihres bisherigen Meisters Arbeit nahmen, so lange durch Verhaftungen oder Drohungen chikanirt wurden, bis sie abreißen. Die Unternehmer haben in solchen Fällen das Mittel der Denunziation angewandt und gewußt, vermittels dessen die Ausweisung bewirkt werden kann. Wir wissen sehr wohl, daß überall die Arbeiter die Ausgebeuteten und Verfolgten sind, aber so hilflos und verlassen sind sie in keinem vorgeschrittenen Lande als hier. Wegen alle die erwähnten Uebelstände vermag der einzelne nicht anzukommen, nur eine starke Organisation könnte Wandel schaffen; zu dieser werden auch die hiesigen Arbeiter ihre Zuflucht nehmen müssen, trotz der Schwierigkeiten, die sich besonders in Form der Sprachverschiedenheiten dem entgegenstellen. Vorläufig haben wir uns die Pflicht auferlegt, Auskünfte, soweit es uns möglich ist, über solche Arbeitsplätze zu ertheilen, welche an allfällige Fragesteller Arbeitsangebote gemacht haben. Briefe sind zu adressiren an den Arbeiter-Bildungsverein in Bukarest, Bucania Radulesca, Bulavardul Elisabeta No. 40.

Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.

**Von der nordamerikanischen Landwirtschaft.** Nach dem Berichte des Ackerbau-Bureaus der Vereinigten Staaten betrug am 1. Juni d. J. die mit Baumwolle beplante Fläche 116,2 von der Anbaufläche des Vorjahres. Der Durchschnittsstand ist 97,2, der höchste seit 15 Jahren. Die ganze mit

Winterweizen bedaute Fläche betrug 22 794 000 Acres, die ganze mit Sommerweizen bestellte 11 625 000 Acres. Der Durchschnittsstand des Winterweizens ist 77,9, des Sommerweizens 99,9. Die Anbaufläche von Hafer betrug 98,8, der Durchschnittsstand 98,8, die Anbaufläche von Roggen 69,9, der Durchschnittsstand 85,2.

**Die australischen Frauenrechtlerinnen** haben einen neuen bemerkenswerthen Erfolg errungen. Zum ersten Male sind am Krankenhaus in Melbourne zwei Damen als Ärzte angestellt worden. Der Sieg ist nicht ohne schweren Kampf erkochten worden. Es galt, sechs Plätze zu besetzen und aus der Zahl der Bewerber wurden neun zur engeren Wahl gestellt. Darunter befanden sich zwei Damen, deren Zeugnisse sie unter die ersten sechs Bewerber stellten und deren Wahl deshalb vom Komitee befürwortet wurde. Es fehlte nicht an Einwendungen. Die Mehrheit des Komitees erklärte jedoch, daß die Anstellung befähigter weiblicher Ärzte nur eine Sache der Gerechtigkeit sei und daß die 600 Frauen, die alljährlich im Krankenhaus Hilfe suchten, einen Anspruch hätten, von Frauen behandelt zu werden. So wurden Fräulein Dr. Gamble und Fräulein Dr. Greig mit 13 gegen 5 Stimmen angestellt. —

## Gewerkschaftliches.

**Zur Buchdruckerbewegung.** Die Buchdrucker in Elberfeld und Barmen haben sich gegen die neuen Tarifbestimmungen und für die Haltung des „Correspondenten“ ausgesprochen. Sie forderten den Gehilfenvertreter für Rheinland-Westfalen zum Rücktritt auf.

**Herr Buchdruckerbesitzer W. Köhle** sendet uns folgende Berichtigung:

In dem Hauptblatte Ihrer Zeitung Nr. 135 vom heutigen Tage, 4. Seite, 3. Spalte, wird unter meiner Berichtigung u. a. behauptet, der betreffende „Vertrauensmann“ sei zwei Jahre bei mir thätig gewesen. Wahr ist nur, daß derselbe während zweier Jahre zu vier verschiedenen Malen zeitweise bei mir beschäftigt war, und davon zweimal aus eigenem Antriebe diese Stellung verließ und zweimal, wie auch das letzte Mal, nach Fertigstellung der betr. Arbeit entlassen wurde. Das ist denn doch etwas anderes! Und wenn nun andere Seher, die 21 resp. 9 Jahre bei mir beschäftigt waren, trotz meiner gegenständlichen Versuche, dennoch die Arbeit niederlegen, so besitze ich kein Recht, diese mit Gewalt zurückzuhalten.

Was nun die weiteren unwarhen und häßlichen Bemerkungen betrifft, so verzichte ich auf eine Klarstellung meinerseits, da dieselben zu durchsichtig erscheinen. Auch Sie vermögen nicht umsonst zu arbeiten. — Wenn ich die uneigennützigste Art und Weise des Vorstandes der „Buchdrucker-Organisation“ hervorgehoben habe, die Differenzen gütlich beizulegen, so behaupte ich damit doch noch keineswegs, daß derselbe meiner Ansicht sei. Hiernit betrachte ich meinerseits diese Angelegenheit für erledigt.

**Die Konferenz der Schneidergehilfen Mittel- und Süddeutschlands,** die am vergangenen Sonntag in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, war von 25 Delegirten, welche 19 Orte vertraten, besetzt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die allgemeine Lage der Konfektionsarbeiter“ referirte K. o. p. Frankfurt. Der lehrerlose Streik habe nicht den erhofften Erfolg gebracht, er sei namentlich auf dem Lande fast spurlos vorübergegangen. Die Lage der Konfektionsarbeiter in Süd- und Mitteldeutschland sei wohl schlechter als im Norden. Die Ausbeutung der Arbeiter am Orte (Frankfurt) sei geradezu grauhaft. Eine Firma zahle für eine Stoffhose 40 Pf., für ein Stoffjacket 1,20 M. Nach Wschaffenburg würden von Frankfurt und der Umgegend Hosen für 20 Pf., Sackos für 40 bis 60 Pf. geliefert.

Die Zustände der Landschneider spotten aller Beschreibung. Der Uneingeweihte kann sich keinen Begriff davon machen, welches menschenwürdige Leben diese Leute gezwungen sind, zu führen; sie machen den Schneidern in den Städten die größte Konkurrenz. Als Hauptlieferanten der städtischen Konfektionsbranchen sind sie dem Unternehmertum auf alle Fälle preisgegeben. So bekam ein Mädchen vom Lande von einer Firma, für die es schon längere Zeit Westen anfertigte, für 45 Pf. pro Stück, den Bescheid, daß sie nur noch 25 Pf. für das Stück zahlen könne. Im allgemeinen sind die Löhne um 30—40 pCt. zurückgegangen, die Arbeitszeit beträgt bei den Konfektionsarbeitern 16—18 Stunden. Nachdem Redner dann noch die Konkurrenz der Gefängnisarbeit eingehend beleuchtet, macht er folgende Vorschläge: Bis längstens Juli sind in allen mittel- und süddeutschen Städten formulierte Forderungen zu stellen; ferner sind die Gewerbegerichte um Erhebungen in der Konfektionsbranche anzugehen. Ein noch traurigeres Bild entwickeln die Vertreter von Raubheim, Bingen und Wiesbaden von den Arbeitsverhältnissen der Schneider in den kleinen Landstädten.

Alle Redner sprechen sich für Betriebswerkstätten aus. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

1. Die heutige Konferenz der Schneider von Hessen-Rhassau, der Pfalz und Unterfranken erkennt nach Anhörung der Debatte an, daß eine allgemeine Lohnaufbesserung in der Konfektionsbranche notwendig ist. Die Konferenz verpflichtet alle Kollegen an denjenigen Orten, wo Konfektionsgeschäfte vorhanden, sofort Lohnkommissionen, soweit dieselben noch nicht vorhanden, zu wählen. Am 15. Juli sind die aufgestellten Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten. Werden dieselben jedoch abgelehnt, dann sind die bestehenden Gewerbegerichte als Einigungsämter anzurufen. Vor allen Dingen ist darauf zu sehen, daß die aufgestellten Tarife öffentlich in den Geschäftslokalen auszuhängen sind. Ferner verpflichtet die Konferenz alle Konfektionsarbeiter, sich der Organisation anzuschließen. Die Konferenz beschließt, die Forderung für Einführung der Betriebswerkstätten hochzuhalten, jedoch verbleibt die praktische Durchführung den einzelnen Orten.

2. Die heutige Konferenz macht den von Frankfurt aufgestellten Lohnsatz zu dem übrigen, jedoch überläßt sie den einzelnen Orten je nach den örtlichen Lebensverhältnissen eine diebezügliche Aenderung vorzunehmen.

Ein weiterer Antrag, am 5. und 6. Juli überall in Mittel- und Süddeutschland Versammlungen, sowie gleichzeitig an genannten Terminen ein in Frankfurt abgefaßtes Flugblatt zu verbreiten, wird gleichfalls akzeptirt.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung, Verlegung des Hauptvorstandes des Verbandes nach Mitteldeutschland, sowie über die Herabsetzung der Beiträge sind die Meinungen getheilt. Ein definitiver Beschluß darüber wird jedoch nicht gefaßt. — Damit ist die Tagesordnung erledigt.

**Der Streik der Dortmunder und Mainzer Wauerer und Handlanger** dauert fort.

**Der Streik der Wollendruker in Greig** ist als beendet zu betrachten. Nur eine Firma hat nicht bewilligt; dort arbeiten aber nur vier Mann, welche anderweit untergebracht werden. Die Forderungen der Drucker sind, was Bücher und lange Waare anbelangt, ganz auf taube Ohren zum Theil bewilligt. Der Sieg ist dank der Solidarität der Drucker ein



glänzender geworden. Zwei Streikbrecher hatten sich gefunden; dieselben mußten erst aus der Fabrik hinaus, ehe die übrigen Arbeiter wieder angingen. Die Lohnkommission spricht ihren Dank für die Unterführung aus.

**Zum Münchener Schächlerstreik.** Infolge eines gefaßten Beschlusses sind am 11. d. M. bereits ca. 50 Schächler, welche in München keine Familie haben, abgereist, damit die Unterführungsgelder für die am Orte Bleibenden leichter aufgebracht werden können.

## Versammlungen.

Die Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises hatten sich am Donnerstag Abend in Rabe's Salon, Kolbergerstraße, versammelt, um einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Klee über „Mittelstand und Sozialismus“ zu hören. Referent legte treffend dar, daß die gegenwärtige Phrase, die sozialdemokratische Partei wolle den Mittelstand vernichten, den betreffenden Parteien als willkommenes Kampfmittel gegen uns gelte. In Wirklichkeit beziehe sich die Agitation unter dem sogenannten Mittelstand darauf, diesen von den Einwirkungen des Großkapitals zu überzeugen und begreiflich zu machen, daß der Kleinhandwerker nicht als ein willenloses Werkzeug des Kapitalismus in der heutigen Gesellschaft bedeute. Mit dem Hinweis, daß es die Pflicht eines jeden sei, in diesem Sinne zu wirken, schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich zwei Redner zukünftig zu dem Referat. Unter „Verständigen“ führt Rogas an, daß Mitglieder zweier Gesangsvereine und eines Rauchklubs des sechsten Kreises an den Pfingsttagen das Schützenhaus zu Freiwalde frequentierten, trotzdem dieß auf der Lokalliste nicht aufgeführt. In der langen, zuweilen heftigen Debatte führten verschiedene Redner an, daß der Boykott über Lokale vom Charakter des Schützenhauses als verfehlt angesehen werden müsse, es seien dieß Nebenbeispielen vom Bierboykott. Die Versammlung beschließt, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen, da die Lokalliste der Umgebung Berlins dringend einer Revision bedürfe. Die Vertrauensperson W a s i l y fordert nun dringend auf, unverzüglich die noch ausstehenden Abrechnungen bei ihm vorzunehmen, widrigenfalls er die Namen der Säumnigen bekannt geben müsse. Nachdem er sucht, sich rege an den Einzelungen in die Wählerlisten für die Gemeinderatswahlen zu beteiligen, des weiteren auf den Boykott der Berliner Privatpost und den Streik der Hutmacher hingewiesen, wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der ausländigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die gestern Vormittag im „Schweizergarten“ tagte, hörte zunächst einen Vortrag des Kollegen K o h l e über: Zweck und Nutzen der Organisation. Die Ausführungen des Redners, der in interessanter Weise die Entwicklung der Technik, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit beleuchtete und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der arbeitenden Bevölkerung betonte, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf berichtete W i l l e l über den Verlauf seiner Agitationstour, die er im Auftrage der Kommission in Städten, wo die Futindustrie von Bedeutung ist und wo die Unternehmer versuchen, Streikbrecher zu werben. Die der Redner mitteilen konnte, sind dadurch nennenswerte Erfolge erzielt worden. Die von den Unternehmern durch die Provinzialblätter hervorgerufene Meinung, in welcher sie den Zustand als einen Streik, der von sozialdemokratischen Agitatoren angezettelt worden sei, bezeichneten, ist damit geschwunden. In der „Gubener Zeitung“ war ein Aufruf und ein Inserat enthalten, in denen den Arbeitern guter und dauernder Verdienst in Berlin versprochen und die sogenannten besonnenen Arbeiter aufgefordert wurden, sich an die Beschlüsse der Streikenden nicht zu kehren und an deren Stelle Arbeit anzunehmen. Nach der Versammlung, die in Guben stattfand, dürfte es den Fabrikanten aber schwer fallen, von dort Arbeitskräfte zu bekommen, da die Bevölkerung jetzt über die tatsächlichen Ursachen des Ausstandes aufgeklärt ist und den Ausständigen nicht nur von den Hutmachern, sondern von der gesamten Arbeiterschaft Gubens die Sympathie gesichert ist. Keineswegs meldet der Redner von Sommerfeld und Kottbus, wo sich die Arbeiter gleichfalls verpflichtet haben, moralisch und finanziell den Klassenkampf, der sich in Berlin abspielt, zu unterstützen, um den Ausständigen zum Siege zu verhelfen. In Neudamm war ein Versammlungstotal nicht zu haben, jedoch befanden die dortigen Kollegen in einem Schreiben ihre Solidarität. Der Redner meint, daß folgedessen alle Urkräfte vorhanden sei, auszuhalten bis der Sieg errungen ist. S a u s k e giebt bekannt, daß in einer Versammlung in Ludenwalde beschlossen wurde, die Ausständigen mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Redner berichtete sodann über die allgemeine Situation der Bewegung, die für die Ausständigen sich täglich günstiger gestaltet und kritisiert die unwahren Behauptungen, die in der bürgerlichen Presse kolportiert werden. Unter anderem wird, um die Ausständigen muthlos zu machen, behauptet, daß die Fabriken voll besetzt wären, zur Unterführung der Arbeiter und Arbeiterinnen kein Geld mehr vorhanden und der ganzen Bewegung die Sympathie der Arbeiterschaft fehle, folgedessen bereits verloren sei. Der Redner weist die Anwesenden auf die Beschlüsse der Gewerkschaftskommission, auf die Berichte aus den Provinzen und auf die Thatsache hin, daß die Fabrikanten alle möglichen Mittel anwenden, die Fabriken, die fast vollständig leer stehen, mit einigen Streikbrechern zu besetzen, um wenigstens den Anschein zu erwecken, als würde in der Fabrik gearbeitet. Eine Reihe von Karten kamen zur Verlesung, durch welche verschiedene Fabrikanten einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen auffordern, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen. Auf das Eingeständnis der Gebr. Silbermann in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bezugnehmend, sind dem Bureau mehrere Karten eingehändig worden, die die Verichtigung der Gebrüder Silbermann als unzutreffend erscheinen lassen. Der Inhalt der Karten lautet wörtlich: „Fraulein . . . Ludenwalde. Falls Sie die Arbeit bei uns wieder aufnehmen wollen, können Sie zu jeder Zeit eintreten. Achtungsvoll (Stempel).“

In diesem Schreiben ist also von irgend welchen Bedingungen keine Rede, und scheint es, daß es die Herren nicht mehr so genau mit der Zugehörigkeit zum Verein nehmen. Ein eigentümliches Verfahren gegen die Ausständigen wird von der Firma Gebr. Gattel beobachtet. Den Mietern in den der Firma gehörigen Häusern ist folgendes hietographische Schreiben zugesandt worden: „Berlin, den 11. Juni 1896. Herrn . . . Wir theilen Ihnen hierdurch mit, daß wir von jetzt an p ä n k t l i c h e Mietzahlungen am 1. jedes Monats gemäß dem Mietvertrage, bei Vermeidung der Ermäßigung beanspruchen. Gleichzeitig fordern wir Sie auf, die rückständige Miete unverzüglich zu zahlen.“ Wie angegeben wurde, soll den betreffenden Arbeitern, welche in diesen Häusern wohnen, seiner Zeit versprochen worden sein, daß sie erst in letzter Linie, wenn Mangel an Arbeit eintritt, auszusuchen brauchen. Trotz aller Chicanen seitens der Fabrikanten bezeichneten alle Redner den Stand der Bewegung als äußerst günstig, was auch von einigen Fabrikanten durch ihre Reuerungen zugegeben wird. Nachdem noch verschiedene Mittheilungen gemacht, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammelten verpflichten sich Schulter an Schulter, treu und fest, den Kampf, zu dem sie gezwungen sind, mit aller Energie durchzuführen. Sollte es selbst körperliche Entbehrungen kosten, so werden sie trotzdem die Fahne der Einigkeit nicht verlassen.“ Hierauf wurde die impfante

Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf das Gelingen der Bewegung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Händler und Händlerinnen, die am 11. Juni bei Busse, Grenadierstr. 83, tagte, erörterte die verschiedenen in diesem Beruf vorhandenen Missethände. Wie angeführt wurde, machen sich stets, besonders bei dem Obhandeln, der zur Zeit wieder beginnt, unehrliebe Zustände bemerkbar, die einer baldigen Remedur bedürfen. Zunächst sei zu verlangen, den Verkauf in den Markthallen zu überwachen, aus denen nicht selten verfaultes Obst an die Händler verkauft wird, die dann die Verantwortung gegenüber den Behörden und dem Publikum zu tragen haben und denen schließlich noch bedeutende Verluste erwachsen. Die in Körben gefasste Waare, die häufig dem angegebenen Gewicht nicht entspricht, ist in den oberen Schichten gut, hingegen unten zumest verdorben oder unreif und sieht der Händler den Schaden erst dann, wenn der Kauf bereits abgeschlossen ist. Um hohe Preise zu erzielen, werden Waggonsladungen mit Obst außerhalb Berlins festgehalten, bis der Markt geräumt ist und die Händler die hohen Preise bezahlt haben. Außer den Mißbilligkeiten, denen die Händler den Behörden gegenüber ausgegesetzt sind, sei die Behandlung seitens der Großhändler im allgemeinen eine unwürdige. Um eine Aenderung dieser Verhältnisse herbeizuführen, wurde Anschlag an den Verein empfohlen und Haupt und W. L e h m a n n als Vertrauensmänner für die Obstbranche gewählt, denen alle Verfassungen unterbreitet werden sollen, um die geeigneten Schritte zu veranlassen. Des weiteren gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammlung den bereits früher über die Engros Händler Hoffmann u. Sohn, Bernauerstr., verhängten Boykott aufrecht erhält. Nach einer vorgenommenen Statistik, die sich nur auf einen engen Kreis erstreckt, sind 58 Personen in circa einem Jahr mit 551 Strafmandaten über 1484,90 M. Geldstrafe event. 527 Tage Haft, bedacht worden. Die Gerichtskosten betragen über 595 M. Eine einzige Person erhielt in einem Jahre nicht weniger als 92 Strafmandate. Von einem Redner wurde kritisiert, daß den Berliner Händlern in Treptow alle möglichen Schwierigkeiten gemacht werden. Zum Schluß macht der Delegierte zur Gewerkschaftskommission auf die Gemeinderatswahlen aufmerksam und ersucht, dem Boykott über die Berliner Privatpost Rechnung zu tragen.

Der Fachverein der Tapezire Berlin und Umgegend hielt am 2. Juni eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Männer unterhielt die Anwesenden mit einem lehrreichen Vortrage über Dekoration. Unter Verschiedenem richtete Kollege Wieser einige energische Worte an die Anwesenden und führte aus, daß die Tapezier-Gewerkschaft die einzige wäre, die zur Verbesserung ihrer Lage infolge der Gewerbe-Ausstellung nicht ein bißchen erreicht habe und daß die Schuld hauptsächlich der Uneinigkeit der Kollegen in der Organisationsfrage zu und sprach die Hoffnung aus, daß es nun endlich Zeit wäre, daß der Streik bald aus der Welt geschafft werde, um in der kommenden Saison das Veräumdete nachzuholen. Im gleichen Sinne sprachen noch die Kollegen Schneider, Franzke, Lesche, Hartig, und ergänzten die Ausführungen des Vortragners.

Der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands hielt am Freitag, den 5. Juni, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse J. Sassenbach referierte über Fortschritt und Armut. Nachdem der Referent unter Beifall gendel, wies Kollege Bauer darauf hin, wie sehr gegen früher die Frauenarbeit, durch die Schreibmaschine begünstigt, in unserem Beruf Verwendung findet. Vor drei Jahren waren nur etwa 20, jetzt sind ca. 127 Damen bei der Orts-Krankenkasse versichert. Zu Punkt Verschiedenes berichtete Kollege Bauer noch über eine Mißsprache, die er mit Herrn Rechtsanwalt B r e s c h n e r gehabt hatte und ermahnte zum Schluß jeden der Anwesenden seine Pflicht zu thun und fest zusammenzubalten, dann werden wir auch in nicht zu fernher Zeit unsere Forderungen durchsehen.

Der Interessenverein der Ristenmacher tagte am 6. Juni. Zunächst erfolgte die Abrechnung vom 1. Quartal, diese ergab eine Einnahme von 159,50 M. und eine Ausgabe von 149,40 M., mithin beträgt das Defizit 9,90 M. Der alte Bestand beläuft sich auf 150,82 M., hierzu Ueberschuß vom Maschinenbau 119,25 M. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, wurde wegen des schlechten Besuchs bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann gelangte eine Resolution zur Annahme, die den im vorigen Jahre gefaßten Beschluß: die Mitglieder, die gegen die Beschlüsse des Vereins während des Streiks verstoßen haben, auszuschließen, wieder aufhebt. Soweit sich die betreffenden melden, steht ihrer Aufnahme nichts im Wege. — Den Klavierarbeitern bewilligte die Versammlung 50 M.

Eine Versammlung des Verbandes deutscher Schneider und Schneiderinnen (Zentrale Berlin) tagte am Montag, den 8. Juni bei Volk, Alte Jakobstraße. Zimm erstattete Bericht über den Gewerkschaftskongreß. Darauf erfolgten die Kandidaten-vorschläge für den am 15. Juli in Eisenach tagenden Verbands-tag. Nach der Mitgliederzahl hat Berlin 26 Delegirte zu wählen. Die Versammlung beschloß indes wegen Kasernenparnis sich mit acht Delegirten zu begnügen. Vorgeschlagen wurden Frau J e k i n - E t u t t g a r t, Frau N o a d, F r a u l e i n B a e d e r, F r a u D ö r i n g, J. Z i m m, C. H a a s e, F. D a n z i g, P. W i t t e und C. B o h n. Zu sieben Versammlungen, die am Montag, den 15. Juni, tagen, findet die definitive Wahl der Delegirten statt. Dann wurden die Mitglieder noch aufgefordert, für die rege Benutzung des seit dem 16. März von der Organisation herausgegebenen „Arbeitsmarktes“ zu wirken. Bekanntgegeben wurde noch, daß am Montag, den 22. Juni, eine öffentliche Versammlung bei Keller, Kopenstr. 29, stattfindet, zu welcher der Reichstags-Abgeordnete Genosse B e t e l das Referat übernommen hat.

Zu der Filiale Nord des Verbandes der Möbelpolirer hielt am 8. d. M. das Mitglied G ä n d e l einen interessanten Vortrag. Zu dem Streik bei Jusi wurde ein Schreiben des betreffenden Herrn verlesen, in welchem derselbe jeden Lohnabzug bestritt, aber ein paar Zeilen weiter selber zugiebt, daß Lohnabzüge stattgefunden haben. Das Schreiben löste im ganzen nur eine komische Wirkung auf die Versammlung aus. Die eingeladenen Polirer, die jetzt die Arbeit dort verrichten, waren außer einem nicht erschienen. Die Versammlung sprach ihre Mißbilligung über ein derartiges Gebahren aus.

Die Trechler beschäftigten sich am 8. d. M. in einer Sitzung der Vertrauensmänner mit der Normirung ihrer Forderungen und wurden die Anwesenden ersucht, für eine regelmäßige Beitragsleistung Sorge zu tragen. Zu dem Zweck haben die Vertrauensmänner in der Versammlung am 22. Juni die Quittungsarten ihrer Kollegen zum Streikfonds einzutreiben.

Der allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein hatte am 8. d. M. eine außerordentliche, leider sehr schwach besuchte Generalversammlung eintreten, in welcher die Frage, über den Anschluß an den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter diskutiert werden sollte. Der Vorsitzende des Verbandes, Genosse B r e i aus Hannover, war erschienen und hielt ein kurzes, einleitendes Referat. In der Diskussion sprachen die Kollegen Bürger, Knäppel und Arndt gegen den Anschluß, während die Kollegen Jahn und Schumann denselben beifürworteten. Bei der Abstimmung stimmten 26 für und 6 gegen, die übrigen enthielten sich der Abstimmung. Hierauf wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplänen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zentrale I) hielt am 8. Juni eine Mitgliederversammlung bei W i l k e, Andreasstr. 26 ab, in welcher Kollege Stein vom Gewerkschaftskongreß Bericht erstattete. In der darauf folgenden sehr regen Diskussion sprachen fast sämtliche Redner gegen die Arbeitslosenunterstützung und für Anschluß an eine größere Organisation. Z i m p e l trat für Bildung allgemeiner Arbeiter-

vereine ein. In die Rechtsschutzkommission wurden hierauf J a n d und in die Arbeitsnachweiskommission S t r y d e l e w s k i gewählt. Am 28. Juni veranstaltet der Verein nach H a n t e l s - A b l a g e eine Dampferpartie. Die nächste Versammlung findet am 6. Juli bei W i l k e, Andreasstr. 26, statt.

**Charlottenburg.** Eine ziemlich besuchte öffentliche Versammlung der Arbeiter Charlottenburgs tagte Montag Abend den 8. Juni in Bismarckstraße, Wilmersdorferstr. 89. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Lage unseres Streiks; 2. Diskussion. Kollege K a t e r legte die Lage des Streiks dar. Er schilderte die heutige Lage des Streiks als eine sehr günstige und ermahnte, daß keiner von heute ab anders arbeiten solle als neun Stunden zu je 55 Pf. Die Versammlung stellte sich auf den Boden der Resolution, welche am Sonntag im Feen-Palast angenommen wurde. An der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Kollegen in sehr regem Sinne. Kollege S c h u l z e legte hauptsächlich noch mehrere Sachen dar. Auch wurde vom Kollegen K a t e r erklärt, daß schon heute wieder eine Anzahl Firmen unsere Forderung bewilligt haben. Da sonst nichts weiter vorlag, wurde noch zum Festhalten an unserer Sache ermahnt. Sodann Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

**Arbeiter-Gesellschaft.** Sonnabend Abend von 8-9 Uhr: Süd ostliche Waldemarstr. 14: Redeübung. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrags.) Herr Heinrich Schulz. — Nord ostliche, Müllerstr. 179a: National-Oekonomie. (Allgemeine Nationalökonomie. Wesen der gesellschaftlichen Arbeit. Die verschiedenen Produktionsformen. Das Charakteristische der kapitalistischen Produktionsform. Theorien zur Erklärung des Kapitalismus, die klassische Nationalökonomie. Marx' Fortführung und Kritik: Werth, Mehrwerth, Urtauselung des Kapitals, Profit, Handelsgeheim, Grundrente. Die Tendenzen der freien Konkurrenz und der Emanzipation des Arbeiters. Die ökonomische Theorie von Marx in ihrem Verhältnis zur materialistischen Geschichtsauffassung.) Herr Dr. Konrad Schmidt. — Die Schuträume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

**Arbeiter-Gesellschaft Berlin und Umgegend.** Versammlung im Vereinslokal, Alte Jakobstr. 82. Vortrag des Genossen Dr. W o l f e n t.

**Arbeiter - Bauernbund Berlin und Umgegend.** Versammlung im Vereinslokal, Alte Jakobstr. 82. Vortrag des Genossen Dr. W o l f e n t.

**„Ethische Gesellschaft.“** Sonntag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, bei Hofmann, Alexanderstr. 270: Versammlung. Vortrag: „Die Stellung der Frau einst und jetzt.“ Referent: Dr. W o l f e n t. — Die Bibliothek befindet sich bei Gärtner, W o l f e n t s t r. 12. Geöffnet Sonnabends von 9 bis 10 Uhr abends.

**Arbeiter der Hutmacher und verwandten Berufsvereine Berlin und Umgegend.** Heute, Sonnabend, abends 9 Uhr: Versammlung im Vereinslokal, Alte Jakobstr. 82. Vortrag des Genossen Dr. W o l f e n t.

**Schüler-Verein.** Heute Abend 8 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung. Mitgliedsbuch legitimirt.

**Allgemeiner Arbeiter - Bildungsverein für Friedrichshagen und Umgegend.** Heute Abend 8 Uhr: Versammlung im Restaurant des Herrn G e n o b. Vortrag des Genossen Bruno F ö r s t. Jahrestliche Berichterstattung erwartet. Der Vorstand.

## Vermischtes.

**Durch Explosion von Petroleum** (fast allein in Lampen) entstanden während der drei Jahre 1888-90 — so weit ist die preussische Statistik im Rückstande — in Berlin 409 Brände, zwei durch in Brand gerathenes Petroleum einer Lampe, 10 beim Feueranmachen und 85 beim schlüssigen Umgehen, 29 durch unvorsichtigen Kochen mit Petroleum, 616 durch Umwerfen oder Herabfallen von Petroleumlampen, 1882 durch unvorsichtiges Anleuchten z. mit solchen, zusammen 2433 Fälle = 23,5 pSt. sämtlicher Brände. In den übrigen größeren Städten (über 20 000 Einwohnern) ereigneten sich zusammen 3515 Fälle = 21,8 pSt. sämtlicher Brände. Für die kleineren Städte sind zu verzeichnen zusammen 580 Fälle oder 7,9 pSt. aller Brände. In den Landgemeinden ereigneten sich zusammen 422 Fälle gleich 1,9 pSt. sämtlicher Brände. Die Gruppe der Gutsbezirke erlitt zusammen 35 Fälle = 1,1 pSt. sämtlicher Brände.

**Eine prinzipielle Republik.** Die in Nürnberg erscheinende „Nordbayerische Zeitung“ läßt sich in einem Telegramm aus München zu der Moskauer Rede des Prinzen Ludwig von Bayern melden:

„Sollte der Bericht korrekt sein, was zunächst noch nicht feststeht, so ist zu bedenken, daß die Republik des Prinzen durch die große Ungeschicklichkeit des Präsidenten der deutschen Kolonie hervorgerufen wurde.“

„Was muß das für ein staatsgefährlicher Präsident sein, der eine Republik hervorrufen kann.“

„Aus Bozen wird berichtet, daß 2 Touristen, ein Wiener und ein Dresdener, seit 2 Tagen vermißt werden. Dieselben dürften auf einer Tour nach dem Billaudereremoos in den Sarnthaler Alpen verunglückt sein.“

„Aus Rom wird vom Donnerstag berichtet: In der Nähe der Basilika des Vatikans entstand heute Nachmittag, als die übliche Prozession der Oktave des Frohnleichnamfestes stattfanden sollte, infolge der wogenden Menschenmassen, die aus der Basilika kamen und in dieselbe fallen wollten, eine Panik. Hierdurch war der Kardinal Staatssekretär Rampolla gendigt, die Prozession mit dem Kapitel in die Sakristei eintreten zu lassen. Ein ernstlicher Zwischenfall ist indes nicht vorgekommen; die Menge verließ schließlich in voller Ruhe die Basilika.“

„Selten dürfte eine so scharfe Selbstkritik geübt worden sein, wie neuerlich durch den Chefredakteur des „Kapitan Fracassa“ in Rom, Arnoldo Basallo, der nach Schluß seines in Turin ausgeführten Lustspiels „Olympia“ seinem Blatte telegraphisch meldete: „Olympia vollständig durchgefallen; Charaktere verzeichnet, Handlung dürftig.“

„Aus Venedig wird gemeldet: In der Provinz Vicenza entstand nahe der österreichischen Grenze in der Richtung nach Ala eine zwei Kilometer lange Erdspalte. Mehrere Häuser versanken darin. Die Bevölkerung flüchtet, weil sie weitere Erdsöffnungen befürchtet.“

„Im Bergwerke Saint Marguerite bei Düttich senkte sich infolge eines Galeriensturzes der Boden in der Aus Quest. Einige Häuser stürzten ein, eine Person wurde getödtet.“

„Der Gouverneur von Dahomeh hat an das Ministerium der Kolonien zu Paris die Mittheilung gelangen lassen, daß der Forschungsreisende Toussigot mit seiner Eskorte von den Baribas angegriffen worden ist. In dem Kampfe wurden sieben Begleiter des Forschungsreisenden getödtet und er selbst schwer an der Hand verletzt.“

**Eine Sprachüberraschung.** Ein Leser der „Neuen Züricher Zeitung“ der in Paris mit einem Bekannten die Große Oper besuchte, theilte dem genannten Blatt die folgende Sprachüberraschung mit: „Wir langten etwas spät in der Barberie an, wo ein starkes Gedränge war, da die Vorstellung jeden Augenblick beginnen konnte. Die kofette Garderobiere hatte sich zu tummeln, um einerseits die ihr anvertrauten Gegenstände zu verpacken und andererseits das Geld hierfür entgegen zu nehmen, daß der hiesigen Sille gemäß voranzubehalten werden muß. Als die Reihe an mich kam und ich in Ermangelung von Münze ein Fünffrankensück zum Wechseln gab, schien mir bei flüchtiger Durchsicht des Herausgenommenen die Summe nicht ganz zu stimmen und so sagte ich denn, halb für mich, halb zu meinem Begleiter gewendet, auf gut Schweizerdeutsch: „Die hät mer goppel 'n wenig usgäh.“ Da kam ich aber bei der vermeintlichen charmannten Pariserin schon an. In unverfälschtem Bernerdeutsch, flammenden Blickes schnurrte sie mich an: „Seit-er wyper g'meint i wöl ch b'schyppe? Dir sit mer jez no-n-en heitete! Dir Donnerstöl!“

„Mutter Sprache, Mutterlaut, Wie so wounefam, so traut!“

**Einer englischen Schriftstellerin** wurde in New-York im Theater eine amerikanische Kollegin gezeigt und von dieser eine Anzahl Anekdoten erzählt. Auf die Frage, wie sie am liebsten sterben wollte, habe die Amerikanerin geantwortet: „Ich möchte todtgelassen werden.“ Die Engländerin murmelte darauf die Kollegin lange durch ihr Glas und bemerkte endlich: „O jetzt begreife ich: Sie möchten unsterblich sein!“



Heberzeugung macht wahr!



Diese große Regalia-Zigarre mit hochfeinem Sumatra-Deckblatt und vorzüglicher, feiner Einlage, mild im Geschmack und fein im Aroma, schnellweiss brennend, kostet bei mir

100 Stück 4 Mark, 500 Stück 18 Mark.

Ferner empfehle gute wohlgeschmeckende Zigarren von 2,75 Mark per 100 Stück bis zu den feinsten Havanna von 6,50 Mark per 100 Stück.

Außerdem soweit der Vorrath reicht eine größere Partie Zigarren von 1,80 bis 2,30 Mark per 100 Stück; diese Sorten führe ich aber nicht fortlaufend, da ich grundsätzlich nur solche Fabrikate vertrete, bei welchen die Arbeiter ihren ansehnlichen Lohn erhalten.

Ich lasse auch nicht in Zuchthäusern arbeiten, sondern führe ausschließlich reelle gute Fabrikate. Da ich nur gegen Kasse Kaufe und verkaufe und kein Ladenlokal habe, ist dies der Grund meiner besonderen Leistungsfähigkeit.

⚡ Nichtkonvenientes nehme stets gern zurück. ⚡

**Th. Peiser**

Berlin C., Alte Schönhauserstraße 23/24 parterre.

Fernsprecher:  
Amt III 8191.

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof  
(Ecke Neue Promenade) **Börse.**

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum

**Ausverkauf:**

**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**

**Fertige Wäsche! Leinwandwaren!**

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

**Große Berliner Schneider-Akademie**

Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.

Seit 1890 in denselben Räumen. Größte und bestuchte Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauseingang: nur Nr. 1. 4638L\*

Die Direktion (früher K u u).

10 Jahre Garantie!  
für das Brechen oder Erlochen der Tasten-  
federn meiner



**Patent-  
Zug-Harmonikas**  
potentirt in verschiedenen  
Größen, in Deutschland pa-  
tentamtlich geschützt unter  
Nr. 47492. Bekanntlich  
können bei den bis-  
herigen Instrumenten  
zu jeder Zeit eine oder  
mehrere Federn bre-  
chen, wodurch das In-  
strument unbrauchbar  
wird. Dies kommt bei  
meinen neu erfundenen  
Instrumenten nicht mehr vor.  
Ein solches Instru-  
ment, ausgestattet mit Co-  
rillon, 40 Stimmen, 2  
Hälften, 2 Register, ste-  
uerverhältnißlichem Doppelzug mit  
Schlüsselwerk, 35 cm groß, liefert für nur  
2 5/10. Dasselbe Instrument dreifach mit  
3 Registern nur 2 7/10. Porto 50 Pf.  
Selbstverständlich und ohne Ansaß. An-  
künfte Preisliste franco. Zu beziehen nur di-  
rect vom Erfinder **Heinrich Suhr** in  
Neuenrade, Westfalen.  
Warnung!  
Ich warne ausdrücklich vor ähnlich klingenden  
Annoncen der Konkurrenz, welche die alte  
Federzug als verbesserte Federzug marktüblich  
anbietet; meine Federzug ist patentirt  
und werden Nachahmungen derselben gericht-  
lich verfolgt.

Nur jeden Sonnabend fabelhaft billiger

**Stiefel-Tag!**

Heute, Sonnabend, verkaufen wir sowohl allerbeste  
Halbschuhe für Herren in braunem oder schwarzem  
Leber als auch sehr haltbare Herren-Zugstiefel mit Befestigung  
oder in einem Stück, sowie auch beste Damen-Zugstiefel  
in garantiert echt Kalbleder-Befestigung, statt 9-10 M. **6 80**

**Hugo Rosenfeld & Co.,**  
Berlin C., Stechbahn No. 1. „Rothes Schloss“.

**Billigste Gelegenheit**  
einer vorzüglichen Beföstigung

in der Gewerbe-Ausstellung  
**Brauerei - Ausschank**

der  
**Brauerei Michelsdorf**  
im Vergnügungspark (vom Eingang rechts geradezu).

**Diners** bestehend aus: Suppe, Fisch oder Fleisch, —  
Braten mit Kompot und Salat,  
Eis — Sutter und Käse — von 1-4 Uhr  
zu **80 Pfennig.**

Reichhaltige Speisekarte zu sehr billigen Preisen.

Vorzügl. helles u. dunkles Michelsdorfer Lagerbier  
**à Glas 15 Pf.** 57/20

Musik der eigenen Matrosen - Kapelle.

Abends glänzende Beleuchtung.

Raum für 6000 Personen. — Entree frei. —

**Achtung!** O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,  
echten alten Nordhäuser Pilsener 1. — 1/2 2. 0,50  
extra alte Waare 1,40. — 0,70  
echten alten Kornbranntwein (besten Erfsay f. Cognac) 2l. 1,50, 1/2 2l. 0,80

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
**Erfurt**

liefert

**Schuhwaren en gros & en detail**  
in eleganter und solider Ausführung.

**Arbeiter Berlins!**

Die Fabrikate der ausgesparten  
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,  
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in  
den eigenen Niederlagen

**Bellealliancestr. 98/99**  
und  
**Rosenthalerstr. 63/64**  
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:

München, Sendlingerstraße 10.	Höln a. Rh., Eigelstein 68.
Dachauerstraße 83.	Bremen, Faulenstraße 75.
Saundersbergerstraße 7.	Hannover, Klagenmarkt 7a.
Frankfurt a. M., Liebfrauen- berg 26.	Hamburg, Bergstraße 8a.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.	Leipzig, Zeilstraße 87.
	Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten  
Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und  
Qualität zufriedenge stellt. — Unser Geschäftsgrundfah ist:  
Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer  
Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.  
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,  
in nur reeller Ausführung. 5228L\*

In der Bellealliance-Straße bitte genau  
auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

**Haben Sie Wanzen?  
Haben Sie Schwaben?**

Dann ist es Ihre Schuld! — Verwenden  
Sie doch R. Hoffers Spezialmittel, welche  
diese Thiere u. ihre Brut sofort tödten  
und ihr Wiederkommen verhindern.  
Dosis 50 Pf. und 1 M. beim Erfinder.

Rud. Hoffers, Rantaustraße 87 u.  
Reichenbergerstr. 55.



**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Bessere Hüte, enorm billig,  
verkauft aus der Fabrik  
im Komptoir 21896  
**Barnimstr. 45.**  
Kastanien-Allee 101.

**Hosenfabrik**

Einzelverkauf

**Alexander-Str. 38 a,**

1. links, am Alexanderplatz,  
unterhält großes Lager zu Engros-  
Preisen in Herren-Hosen, Varschen-  
Hosen, einzelne Schul- u. Knaben-  
Hosen für jedes Alter und giebt Flic-  
klappen gratis.

Für Landpartien und  
**Sommerfeste**

empfehlen wir in großer Auswahl:  
**Stadlaternen, Lampions,  
Fahnen, Papier-Mützen,  
Papier-Schürpen, Radan-  
flöten, sowie Verloofungsgegenst.**  
Neu! Stadlaternen u. Fahnen  
mit Aufzügen v. Berliner Gewerbe-  
Ausstellung 1896! Neu!  
Fahnen und Arbeitervereine erhalten  
die billigsten Fabrikpreise. 5335L\*

**S. & G. Saulsohn Berlin C.**  
Kaiser Wilhelmstr. 19a.  
Papiergroßhandlg. Papierwarenfabr.

Für Kranke!

**Echt Cognac**

Original-Abzug von Gergonne & Cie.  
per Flasche 1,50-5,00 Mark.

Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.  
**Neustädtische Kirchstrasse 12**  
am Bahnhof Friedrichstrasse.  
5895L\*



Album- und Lederwaren-Fabrik  
**O. Gundau**  
30 Granien-Straße 30  
Ecke Adalbertstraße.  
Großes Lager aller Arten Lederwaren  
und Schmuckfächer, wie Broschen, Ohr-  
ringe, Armbänder, Kollies, Ringe, Uhr-  
ketten etc. zu den billigsten Preisen.

**Rindenfett per Pfund 35 Pf.,**

Diejen, Bratenjmalz, sowie Knochenfleisch, Schinkennochen,  
Blut- und Leberwürst und alle übrigen Fleisch- und Würst-  
waren zu billigsten Engrospreisen.

**Wurffabrik mit Dampftrieb,**  
Wilhelmstraße 56, Hof rechts. 21576  
Verkauf jeden Morgen von 7 bis 9 Uhr.

**Cigarren, Cigaretten**  
Rauch-, Kau- und Schnupftabake  
empfehlen äußerst preiswerth 5906L\*

**Willy Kahmann, Kommandantenstr. 22**  
in nächster Nähe der „Reminballen“ (Nr. 20)  
früher Angestellter der Aktien-Gesellschaft Schäffer & Walcker.  
Bitte höflichst, sich beim Einkauf auf diese Annonce zu beziehen.

**Hanckel's Ablage, Käppel's Restaurant.**  
Großer Garten und Saal.  
Wald, Wasser und dicht an der Station gelegen, empfiehlt sich zu Ausflügen etc.  
Saffeehüde. Gute Speisen und Getränke. Ausspannung.



An den Fingern  
abzählen ist der  
Vorteil, den man  
beim Einkauf aus  
erster Hand  
hat!

**Waldemarstr. 44**

parterre rechts im Comptoir,  
zwischen Adalbert-Straße und  
Elisabethufer, ist die vortheilhaft.  
Bozungsquelle für Herren-  
und Knaben-Filzhüte.  
Dort erhält man im Einzelverkauf  
Knabenhüte von 1.- M. an  
Herrnhüte " 1,50 "  
Cylinderhüte " 4.- "  
Haarfilzhüte " 4,80 "  
Nur moderne Waare in großer  
Auswahl! — Kein Laden!  
**Arnold & Eggert**  
Gut - Engros - Geschäft.

**Aluminium-Gebisse, Zahn 3 Mk.,** vollk. schmerzloses Zahnziehen 1 Mk.  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstrasse 22.** Sprechstunden 9-6 Uhr.



**Achtung! Parteigenossen Berlins! Achtung!**

**Große öffentliche Versammlung**  
 im Feen-Palast, Ecke Burg- u. Wolfgangstraße.  
 Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der internationale Arbeiter-Kongress in London. Referent: Reichstags-Abgeordneter August Bebel. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum Kongress.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 Der Vertrauensmann des 1. Wahlkreises.

**Oeffentliche Versammlung der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins**

am Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Goltz, Alte Jakobstraße 75 (oberer Saal).  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission. 2. Weitere Maßnahmen. 3. Wahl einer Agitationskommission zur Zentralisation. 4. Stellungnahme zu den Gewerbeschlichtwahlen vom 24. September 1896. 5. Verschiedenes.  
 Folgende Buchdruckereien sind bis auf weiteres zu meiden:  
 Berlin: Witzstein, Hempel u. Comp., „Neueste Nachrichten“, Boll, Elster, Gutenberg (Schönhauser Allee), Schenk, Rosenthal (Alexandrinenstr.), Kshelun, W. Bausch, Stantienow, Naud (Adalbertstraße), Göttsche u. Gallinet, Klockow, Weisensee: Bartel.  
 Die Herren Buchdrucker sind freundlichst eingeladen.  
 Die Kommission.

**Verband der Möbelpolierer. Nächsten Montag, abends 8 Uhr, Andreasstraße 26: Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Willarg. 2. Verlesung des Schreibens von G. Just, Blumenstr. 30 und die darin enthaltenen Unwahrheiten. 3. Wie hält der Möbelpolierer G. Bolt sein gegebenes Versprechen? 4. Verschiedenes.  
 Herr Just sowie die Gebrüder Volt, Graubaum und Ziegeler, welche bei Just die Polierarbeit verrichten, sind brieflich eingeladen.

**Morgen, Sonntag, vormittags 11 Uhr, in Rixdorf bei Babenschneider, Hermannstraße 138: Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Die Gewerkschafts-Organisation und wie nutzen die Arbeiter ihr Koalitionsrecht aus. Referent: Kollege R. Weber. 2. Bericht des Delegierten des Rixdorfer Gewerkschaftskartells und Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.  
 Nachmittags im selben Lokal: Gemüthliches Beisammensein nebst Familie.  
 Um recht regen Besuch bittet  
 Der Vorstand

**Rohrleger und Gehilfen! Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37: Große öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über den Neunfundentag und die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in unserer Branche. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) — 2. Diskussion. — 3. Bekanntgabe der Statistik unserer Fragebogen. — 4. Stellungnahme und Beschlussfassung zu dem von den Vertrauensmännern ausgearbeiteten Lohnstarif. — 5. Verschiedenes.  
 Die Kollegen folgender Firmen sind hierzu besonders eingeladen: David Grove, Schäffer u. Walder, Riesschel u. Heneberger, Angrit, Rahrun u. Pötsch, Börner, Wäscher u. Ebride, Pflaum u. Gerlach.  
 Es ist Ehrenpflicht aller Kollegen, dass in dieser Versammlung alle Werkstellen unserer Branche vertreten sind.  
 Kollegen! Erscheint Alle, Mann für Mann, und zeigt, dass auch wir unsere Lage erkannt haben und dieselbe verbessern wollen.  
 Der Vertrauensmann.  
 Karl Meißner, Pückerstr. 11 Quergeb. 3 Tr.

**Achtung! Klempner. Achtung! Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Oeffentliche Klempner-Versammlung**

im Lokale des Herrn Henke, Raunynstraße 27.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Nominierung zwei aufgeloster Gewerbeschlichtbeisitzer. 4. Verschiedenes.  
 Unterzeichneter giebt Formulare zum Einzeichnen in die Listen aus.  
**Kollegen! gedenkt der Ausgesperrten, haltet Euer Wort!**  
 F. Zimmermann, Vertrauensmann der Klempner, Pückerstraße 55.

**Achtung! Zimmerer. Achtung! Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Bentzstr. 21: Mitglieder-Versammlung**

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (G. H. Nr. 2, Sieh Hamburg). Vertliche Verwaltung Berlin.  
 Fortsetzung der Tagesordnung vom 21. Mai:  
 1. Gründung einer Filiale für Wedding-Gejundbrunnen. 2. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.  
 Mitgliedsbuch legitimirt.  
 Der Vorstand.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Montag, den 15. Juni 1896, abends 8 Uhr: Branchen-Versammlung**

der Former und Gießerei-Arbeiter im „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der gegenwärtige Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, zu erscheinen.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 Der Vorstand.

**Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1.** Zahnziehen unentgeltl. Zahnas, schmerzlos 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.

**Zentralkranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.**

Einig. Kasse Nr. 3, Hamburg. Verwaltung Berlin C.  
 Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Feil Jubeil, Lindenstr. 106:  
**Mitglieder - Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl des gesammten Vorstandes, der Beitragsammler und des Vertrauensarztes.  
 2. Andere Kassenangelegenheiten.  
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimirt.  
 182/12 Die Ortsverwaltung.

**Ortskrankenkasse d. Gelbgießer. Außerordentliche Generalversammlung**

am Sonntag, 21. Juni cr., vorm. 10 Uhr, im Saale des Herrn Scheffer, Inselstr. 10, 2 Tr.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abänderungen des Statuts wegen Aufnahme weiblicher Mitglieder.  
 2. Verschiedenes.  
 Berlin, 12. Juni 1896.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Vergolder! Monatsversammlung**

am Montag, 15. Juni, abends 8 Uhr, bei Bergner, Annonstraße 16.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Wepl über „Die Ursachen der Berufskrankheiten“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerbeschlicht. 4. Besprechung der Zustände in den verschiedenen Werkstellen. 5. Verschiedenes.  
 NB. Die Versammlung wird pünktlich um 8 Uhr eröffnet.  
 226/3 Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. Tabakarbeiter**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass am Mittwoch, den 10. d. M., unser langjähriges Mitglied 189/12  
**Max Schultze**  
 nach schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag früh 9 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 112 aus nach dem Georgenkirchhof vor dem Landsberger Thor statt.

**Deutsch. Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Berlin. Todesanzeige.**

Am Dienstag, den 9. d. M. verstarb unser als Vertrauensmann thätiges Mitglied, der Dreher 299/1  
**Hermann Scholz.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 14. d. M. nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle der Charitee (Neues Thor) nach d. Chariteekirchhof, Müllerstraße. Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Die traurige Nachricht, dass am Donnerstag, den 11. Juni, vormittags 10 Uhr, meine liebe Frau Franziska Kitzing**

geb. Währl zu Bogen in Bayern im Alter von 28 Jahren aus dem Leben geschieden ist.  
 Dies zeigt tiefbetrubt an und bittet um stilles Beileid.  
 Franz Kitzing nebst Kindern.

**Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.**

Am 11. d. Mts. ist unser Kamerad Herr Wilhelm Silberberg nach längerem, schwerem Leiden verstorben. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**M. J. Hahlo, Patentanwalt,**

Berlin NW., Karlstrasse 8.  
 Patentnachsichtung und Verwerthung. [50148\*]  
 Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.  
 Erste Referenzen im In- u. Auslands.

**Richard Thate Dresdenstraße 110. Weiß- u. Gairischbier-Lokal**

empfehl ich den Parteigenossen.

**Sozialdemokr. Verein „Vorwärts“ Berlin. Dienstag, 16. Juni, abends 8 Uhr, im Marienbad, Bad-Strasse 35/36: Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Volksbeglückungs-Theorien. Referent: Genosse Dr. Pinn. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet  
 Der Vorstand.

**Oeffentliche Versammlung des Fachvereins der Holz- u. Bretterträger sowie Brettschneider**

Berlin und Umgegend  
 am Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Nieft, Weberstraße 17.  
 Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu der Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.  
 Die Lohnkommission.

**Achtung! Brauereiarbeiter. Achtung! Sonntag, den 14. Juni 1896, mittags 12 Uhr: Große öffentliche Versammlung**

bei Cohn, Bentzstr. 20-21 (großer Saal).  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Die Bedeutung des internationalen Gewerkschafts-Kongresses in London.“ (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Wahl eines Delegierten dazu. 3. Verschiedenes.  
 Zur Bedung der Unkosten Tellerfassung.  
 In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Brauereiarbeiters dringend nothwendig.  
 Der Einberufer.

**Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. Mitglieder-Versammlung**

am Montag, den 15. Juni 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Firth, Elisabethkirchstraße 14.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen J. Sassenbach über: „Verfassungskämpfe und Demagogie-Verfolgungen in Deutschland.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
 Zu dieser Versammlung sind die mechanischen Musikinstrumenten-Arbeiter hiermit besonders eingeladen.  
 Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet  
 Der Vorstand.

**Montag, den 22. Juni 1896: Grosses Sommer-Fest**

in der „Neuen Welt“, Hasenhaide 108-114.  
**Konzert. Grosse Spezialitäten - Vorstellung. Gesangs-Vorträge und Brillant-Fenerwerk.**  
 Im Saal champöter: Grosser Ball.  
 Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Kinderbelustigungen und Stocklaternen gratis.  
 Anfang 4 Uhr nachmittags.  
 Billets 30 Pf.  
 Billets sind zu haben bei E. Böttcher, Melchiorstr. 7, 4 Tr.; G. Lößlig, Skalitzerstr. 57, Quergeb. 2 Tr., sowie im Verkehrslokal Raunynstraße 78, Restaurant A. Böcker.  
 Der Vorstand.

**Volks-Badeanstalt Rixdorf. Canner Chaussee. A. Stolzenburg.**

Empfehle den geehrten Bewohnern von Rixdorf und Umgegend meine renovirte Badeanstalt für Herren u. Damen mit Schwimmbassin. Billige Abonnements u. Ausbildung f. Schwimmschüler. Schönst. Aufenthalt im schattigen Garten. 4 gute Kegelbahnen u. sonstige Volksbelustigungen. Kaffeeküche.  
 Jeden Sonntag: Gr. Konzert, Spezialitäten u. Theatervorstellung, im Saal: Gr. Ball. Vereinen steht mein Lokal unentgeltlich zur Verfügung.  
 Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen. **Grünau.** Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen.  
**Gastwirthschaft G. Tindenhayn, Friedrichstraße 2.**  
 Garten — Kegelbahn — Kleiner Saal mit Piano — Verkehrslokal des Arbeiter-Bildungs- und Gesangvereins. — Speisen und Getränke in bekannter Güte. Gr. Weiss 20 Pf. 1/20 Bötzw Versand 15 Pf.

**Part-Restaurant. Treptow. Wilhelm Jakob.**

**Köpnick Landstrasse.** Drittes Lokal hinter der Verbindungsbahn. Prachtvoller schattiger Garten. Cirka 5000 Plätze.  
 NB. Fagerbier, 10 elegante Kegelbahnen, Kaffeeküche.  
 NB. Meine Lokalitäten (einschl. großem Konzertsaal mit Bühne und 2 H. Sälen) sind noch einige Sonnabende zur Abhaltung von Sommerfesten etc. zu vergeben. — Bier in H. Gebinden zum Auslegen stets vorräthig.

**Mart. Berndt's Würfelstube**

empfehl nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen Frühstück-, Mittags- und Abendtisch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: H. Eisbeins. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martha Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstrassen-Ecke.

**Berl. Gewerbe-Ausstellung 1896 Kothalle Berliner Großdestillateure.**

Abthellung Nr. 12:  
**Julius Abraham**  
 empfiehlt seine bekannten [5209L\*] Spirituosen und Spezialisöre.

**Restaur. Spree-Schloss**

Bes.: Ernst Brüning. Friedrichshagen, Seestr. 23.  
 Erstes Wasser-Lokal Friedrichshagens mit Dampf-Anlegestellen, großem schattigen Garten, Saal, Kegelbahn. Bairisch Bier Seidel 10 Pf., Berliner Weiße 20 Pf., Ruderboote 1 bis 3 Personen Stunde 50 Pf. 21268\*

**Bereinszimmer**

mehrere Tage frei. Pilek, Simeonstr. 23.\*

**Paster's Gesellschafts-Säle**

Neue Königstrasse 7.  
 Säle von 100-400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 5013L\*

**Restaurant „Zum Giebfuß“.**

Georg Schulmeisterstr. Treptow, Neue Krug-Allee 4. 3 Minuten hinter dem Paradies-Garten. Gr. schattiger Garten, Kaffeeküche, à laiter 60 Pf. Zwei Kegelbahnen. Zimmer für Vereine. Auskhanf von Fruchtwinein der eigenen Kelterei à Glas 10 Pf. 49712\*  
 Jeden Sonntag: Großer Ball.

**Sänger's Ruh**

Gust. Harnsel Beelighof (Wannsee) in 20 Min. vom Bahnhof Schlachtensee sowie Wannsee zu erreichen. Großer schattiger Garten, Kaffeeküche, Kegelbahn u. f. w. Vorzügl. Speisen und Getränke. 50568\*  
 Große verdeckte Hallen u. Saal für Vereine und Gesellschaften stehen zur Verfügung. Bei größeren Partien Preisermäßigung.  
 Carl Ulrich, Buffetier.